DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

325 28. JAHRGANG Oktober 2011 4,50 €

MEHR ALS 1.200 LINKS-ALTERNATIVE MEDIENMACHERiNNEN TRAFEN SICH IN BERLIN

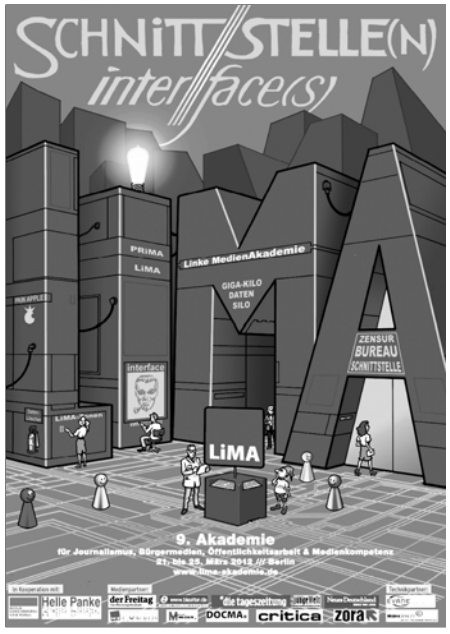
Schnittstellen für Gegenöffentlichkeit gesucht

In einer »grenzenlosen« Medienwelt – dominiert von Mainstream-Medien – bedarf es eines Netzwerks moderner Gegenöffentlichkeit, weil sonst Alternativen zum werbedominierten Einerlei verstummen. Bei der achten Auflage des links-alternativen Medienkongresses LiMA diskutierten mehr als 1.200 Menschen vier Tage über neue linke Medienstrategien und bildeten sich in mehr als 200 Workshops weiter. In diesem Herbst macht die LiMA in neun Städten für jeweils einen Tag Station – um vor Ort fit für den alternativen Medienalltag zu machen.

Von Christoph Nitz und Bernd Hüttner ● Männer und Frauen allen Alters, sie laufen summend durch den Raum, drehen sich zu Salsaklängen im Raum und verbreiten Yogastundenflair. Sie sind offen zueinander, konzentriert und ernst: Sie lernen sich gut zu artikulieren, mit voller Stimme zu lesen und zu sprechen. Es ist ein Moderations- und Sprechworkshop – ein Tagesseminar auf der achten Linken Medienakademie (kurz LiMA) in Berlin. So beschreibt Anne Kratzer für »politikorange« den partizipativen Ansatz dieses links-alternativen Medienkongresses, bei dem die (Weiter-)Bildung von MedienmacherInnen im Vordergrund steht. Die TeilnehmerInnen könne man schlecht in einen Topf werfen: »Bunt sind sie. Allen gemein ist, dass sie verschieden sind. Lautes Lachen und Aufgeregtheit scheint es hier nicht zu geben, die Männer und Frauen sind entspannt und ruhig. Sie wirken nicht, als würden sie hopplahopp die Welt umstürzen. Und wenn doch, dann wollen sie vorher lernen, wie man richtig revolutioniert.«

Im Lauf der Jahre entwickelt sich das 2002 mit einem Workshop für ZeitungsmacherInnen gestartete Projekt munter weiter. Das zentrale Motto der Linken Medienakademie lautet »Medien kompetent nutzen, gestalten & diskutieren«. Neben dem jährlichen Kongress in Berlin bietet der gemeinnützige Bildungsverein ein- und mehrtägige Workshops zum Medienhandwerk in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Hellen Panke e.V. in Berlin und anderen Bundesländern an.

Mit dem neuen Format LiMAregional soll der Dreiklang Debatte, Networking und (Weiter-)Bildung vor Ort verstärkt werden. Eingefordert wurden die regionalen Kongresse von TeilnehmerInnen der Berliner LiMA, die vor Ort aktiv werden wollten. Der Test mit Stuttgart, Frankfurt/Main und Erfurt gelang im Herbst 2010 und in diesem Jahr gibt es LiMAregional in Bonn, Magdeburg, Stuttgart, Hannover, München, Ludwigshafen, Leipzig, Frankfurt/Main sowie Erfurt. Start ist jeweils ein Auftaktvortrag zum gewählten Tagungsschwerpunkt. Parallele Workshops sollen dann das Handwerkszeug für die Gegenöffentlichkeitsarbeiter*Innen bieten. Abends schließt eine kleine Podiumsdiskussion zwischen Netzwerken das Programm ab. Zwischen 50 und 150 Menschen machen mit bei Weiterbildung mit Eventcharakter und nutzen die Gelegenheit auch, um sich im jeweiligen Bundesland kennen zu lernen und Netze zu knüpfen. Vorbereitungsgruppen vor Ort entwickeln LiMAregional kontinuierlich weiter. In den meisten Städten finden die Kongresse an Hochschulen oder Universitäten statt – oft mit Unterstützung und Mitwirkung der Studierenden-Vertretungen.



Wenn ihr diese CONTRASTE-Ausgabe in den Händen haltet, laufen die Vorbereitungen für die 9. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz schon seit geraumer Zeit. Gesucht werden im kommenden Jahr »Schnittstelle(n) /// interface(s)« – die LiMA möchte sich mit dem zweisprachigen Motto für Akteure aus Europa öffnen. Erstmals findet der links-alternative Medienkongress an der Technischen Universität Berlin und der Universität der Künste statt. Unser Thema »Schnittstelle(n)///interface(s)« verstehen wir medien-technisch, politisch aber auch geografisch. Es kommt heute einerseits darauf an, Inhalte für verschiedene Medien herzustellen, als auch Bündnispartner für Gegenöffentlichkeit und Projektideen zu finden. Dabei muss die überregionale und auch internationale Vernetzung eine stärkere Rolle spielen. Mit einem Aufruf zur Mitwirkung werden Ideen gesammelt, jede/r kann sich einbringen – diese Mischung aus Profis und Aktivisten macht den Charme der LiMA aus.

Ebenfalls neu an Bord des LiMA-Schiffs sind die MacherInnen der re:publica, durch die das Themenspektrum der LiMA um wichtige Fragestellungen der digitalen Welt erweitert werden soll. Das Plakat gestaltete übrigens Comic-Legende Gerhard Seyfried, ein gern gesehener LiMA-Gast.●

LiMAregional: 8. Oktober Stuttgart, 15. Oktober Hannover, 29. Oktober München, 5. November Ludwigshafen, 12. November Leipzig, 19. und 20. November Frankfurt/Main, 3. Dezember Erfurt.

9. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz, Berlin, 21. bis 25. März 2012, Technische Universität (TU) Berlin
Informationen: www.linke-medienakademie.de

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

AUS DEM INHALT:

RECHT AUF STADT

»Luxus für alle – Leerstand zu Wohnraum!« Das war das Motto der (nur kurz dauernden) Besetzung eines 4* Hotels in Wien. Diese Besetzung war die letzte einer Serie von Hausbesetzungen in Graz, Wien und Linz in den letzten Jahren. Die längste und aufsehenerregendste war die des Lobmeyrhofes im Juli 2011. Seite 3

NEUES PROJEKT?

Vor einigen Wochen wurde der Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim per E-Mail eine Immobilie angeboten. Dabei handelt es sich um eine ehemalige Gaststätte auf dem Lande, genauer in einem Ort namens Oberiglbach in Niederbayern. Nächstgelegene Städte sind Vilshofen (8 km) und Passau (22 km). Der Besitzer weilt zur Zeit aus beruflichen Gründen in Peru und ist interessiert daran, das leerstehende Anwesen möglichst an ein alternatives Projekt zu verpachten oder zu verkaufen. Seite 4

DIE KINDER DES SISYFOS

In seinem Zeitroman schildert Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989. Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die LeserInnen an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Im vierten Roman, »Winterdämmerung«, erhält die Kostümbildnerin Lena Bliss am Giessener Theater die Gelegenheit, Texte aus Maxie Wanders zuerst in der DDR erschienenen Gesprächssammlung »Guten Morgen, du Schöne« für die Bühne zu bearbeiten und aufzuführen. Die sechste Folge unserer Artikelserie auf Seite 5.

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Mit dem großen Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« im November 2006 in Berlin ist es gelungen, den bis dahin in Deutschland eher unbekannten Begriff »Solidarische Ökonomie« in politische und fachliche Diskussionen um eine notwendige andere Ökonomie einzubringen. Am 7./8. Oktober 2011 trifft sich in Kassel eine Initiative zur Gründung eines »Netzwerk Solidarische Ökonomie« in Deutschland, wo auch wieder die Frage nach einer Definition für »Solidarische Ökonomie« diskutiert werden wird. Ein Plädoyer gegen die Definiererei in einer entstehenden Bewegung auf Seite 12.

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Stadtwerke initiieren Energiegenossenschaften, Bürger beteiligen sich an Stadtwerken, um innovative Energiekonzepte umzusetzen. Burghard Flieger erläutert in einem Interview Beispiele erfolgreicher Kooperation. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

Anzeige

OLDENBURG: RECHT AUF STADT

Haus »Friedensbruch« forever!

Seit fünf Monaten existiert nun das (wieder-)besetzte Haus »Friedensbruch« am Oldenburger Theaterwall 24 a – wunderbar zentral gelegen zwischen Innenstadt und Staatstheater. Nachdem die erste Besetzung des denkmalgeschützten und seit Jahren leerstehenden Hauses am 11. April nach nur wenigen Tagen rüde durch die Polizei beendet wurde, scheint es diesmal wesentlich besser zu laufen.

Foto: Haus »Friedensbruch«

Redaktion Heidelberg ● Die fleißigen InstandbesetzerInnen planen auf jeden Fall schon die Zukunft ihres kulturellen, selbstverwalteten Wohnprojekts, welches sich zum Symbol gegen die unhaltbare Wohnraumsituation in Oldenburg entwickelt hat. Durch tägliches Werkeln und ein erstes größeres Bauwochenende ist das Gebäude schon jetzt bewohn- und nutzbar geworden.

Die fast unglaubliche Sympathiewelle, die dem besetzten Haus in der Stadt entgegengebracht wird (und welcher sich selbst die »Nordwest Zeitung« nicht entziehen konnte), hat wohl auch die SpaßverderberInnen solcher Projekte nachhaltig beeindruckt. Die Stadtverwaltung äußert sich einfach gar nicht zu der Besetzung, sondern stellte lediglich fest, dass sie gegen Leerstand keine Handhabe sehe. Polizei-Chef Johann Kühme sieht »keine unmittelbare Gefahrenlage« drohen und verkündete ergänzend (juristisch bei einem Dauerdelikt wohl aber nicht ganz zutreffend), dass ein zurückgenommener Strafantrag nicht nochmals gestellt werden könne und ein weiteres Eingreifen der Polizei daher unwahrscheinlich sei. Viel deutlicher können Verwaltung und Polizei kaum deutlich machen, dass sie sich an dieser Thematik nicht die Finger verbrennen wollen. Und die Eigentümer, eine gewisse Familie Thomas? Sie zeigen nicht das geringste Interesse an dem Haus, nachdem ein schon gestellter Strafantrag wegen Hausfriedensbruch von ihnen überraschend wieder zurückgezogen wurde. Und unverhohlen ließen sie verlauten, dass in den nächsten Jahren weder Sanierungsmaßnahmen noch ein Verkauf geplant sei.

Bisher also beste Aussichten für das Haus »Friedensbruch«. Und so kann mensch mal überraschenderweise mit dem Polizei-Chef Kühme völlig d'accord gehen, als jener sagte: »Wir würden es begrüßen, wenn eine dauerhafte Lösung erarbeitet würde«. Eine »dauerhafte Lösung« haben die BesetzerInnen und ihre SympathisantInnen in den letzten Wochen jedenfalls eindrucksvoll auf den Weg gebracht. Das Haus wurde von innen renoviert und eine Küche eingebaut. Die Frontfassade wurde verputzt und komplett neu gestrichen. Im Untergeschoss stehen mittlerweile ein Tresen und mehrere Sofas, Sessel und Bänke. Es gibt viele Menschen, die vorbeikommen, um den geschaffenen Freiraum mit ihren Ideen zu füllen oder Sachspenden vorbeibringen.●

Kontakt:
hausfriedensbruch.wordpress.com
instandbesetzer@gmx.de

Quelle: alhambra 7/8 2011

AKTION 2011

Danke!

Es ist geschafft! Durch eine Großspende haben wir die Ziellinie unserer »Aktion 2011« knapp überschritten. 7.775 EUR sind von Dezember 2010 bis Ende September 2011 auf unser Spendenkonto eingezahlt worden. Diese Spenden und Eure Fördermitgliedschaften sorgen dafür, dass die Produktion der CONTRASTE für die nächsten Monate gesichert ist und verhindern, dass unser Zeitungsprojekt zum Jahresende rote Zahlen schreiben muss. Herzlichen Dank an alle SpenderInnen und Fördermitglieder!

Redaktion Heidelberg ● In diesem Monat gab es ein Neuabonnement und leider auch vier Kündigungen. Somit benötigen wir noch 134+ Abos, um auch ohne Spenden wirtschaften zu können. Zum Vergleich: im Oktober 2010 benötigten wir noch 139+ Abos.

Die Spenden im Monat September:

- Kai Böhne, Göttingen (50 EUR)
- Martin Esch, Köln (1.500 EUR!)

Die nächsten 17 NeuabonnentInnen erhalten als Begrüßungsgeschenk das Buch »Sonnenflucht« von Erasmus Schöfer. Es ist das dritte Buch der Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos«. Aus der Sicht der damals handelnden Personen erzählt der Autor facettenreich und spannend den Lebensweg von Viktor Bliss und seiner politischen WeggefährtInnen. Stets aus der Sicht der damals handelnden Personen: über ihre Versuche und Wagnisse, ihre Hoffnungen und Erfolge, ihre Selbsttäuschungen und Niederlagen. Die Geschichte der Linken dieses Landes zwischen 1968 und 1990 wird so von einem ihrer Zeitgenossen bewahrt.

Wir danken unserer Leserin Marianne Walz, die uns diese Aktion ermöglicht hat. Auszüge aus der Romantetralogie veröffentlicht CONTRASTE zur Zeit in einer Artikelserie.

Erasmus Schöfer: Sonnenflucht, Dittrich Verlag 2001, 349 Seiten, 19,80 EUR
www.dittrich-verlag.de

Adressänderungen

Nun noch etwas Wichtiges: In fast jeder Ausgabe weisen wir darauf hin, dass bei einem Umzug Zeitungen im Postzeitungsvertrieb trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt werden. Bisher sollte der/die Postbedienstete die Zeitung mit der neuen Anschrift an den Verlag zurückschicken. In der Regel hat dieses aber fast nie funktioniert. So wie es aussieht, wird unsere Zeitung vom Postbediensteten gelesen oder, was wahrscheinlicher ist – vernichtet. Deshalb bitten wir Euch um Benachrichtigung bei einem Umzug an unsere Anschrift Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg oder per Mail: contraste@online.de.

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht. Die beteiligten Banken belasten nicht ausführbare Lastschriften mit Beträgen zwischen 5,50 und 8 EUR.

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung durch Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften (siehe Coupon auf dieser Seite) und/oder durch Spenden. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Kostenlose Überdrucke für die Werbung auf Treffen & Tagungen können bestellt werden unter contraste@online.de●

Bitte Umzug melden!

Einstürzendes Hochhaus

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 0 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 134+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

elis.corner

Schreiben?!

Von Elisabeth Voß ● Manchmal frage ich mich, was ich da eigentlich tue, wenn ich mal wieder einen langen Abend am Computer verbringe und um Worte ringe, oder Artikel anderer AutorInnen bearbeite. Satt und komfortabel im Warmen bei einem Glas Rotwein. Während draußen in der Welt täglich 24.000 Menschen verhungern und 10 Millionen Menschen auf der Flucht sind.

Kann ich es vor mir selbst verantworten, unzählige Stunden meines Lebens so behaglich zu verbringen, nur um mit dem Ergebnis die Lebenszeit anderer – der LeserInnen – zu beanspruchen? Ist das mein Beitrag zur dringend notwendigen Veränderung der Welt? Wie eitel und selbstbezogen ist meine Schreibe? Rückzug und Besserwisserei oder Intervention? Aber wie kann ich schreibend – oder redend, wenn ich als Referentin eingeladen werde – gesellschaftliche Verhältnisse verändern?

Dass angesichts des Elends der Welt meine Möglichkeiten sehr begrenzt sind, ist eine banale Einsicht, seit ich denken kann. Aber auch in der Begrenztheit gibt es große Unterschiede zwischen dem Rückzug in meine kuschelige Nische, beim Schreiben für eine Szene, in der »wir« uns weitgehend einig sind, und dem Versuch, mich dem kalten Wind gesellschaftlicher Realitäten und möglicher Ablehnungen auszusetzen. Letzteres vielleicht mit der Chance, Menschen zu erreichen, die bisher mit meinen Themen – Selbstverwaltung und Solidarische Ökonomie – nicht viel anfangen können.

Wäre nicht gerade das eine spannende Herausforderung? Mit Frau Meier und Herrn Müller von nebenan zu diskutieren, wie die Welt funktionieren könnte, wenn da nicht schon immer wer da wäre, der oder die sagt, wo es lang geht? Und mit ihnen von diesen Alltagsbeobachtungen ausgehend herauszuarbeiten, welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme dazu führen, dass die Ungerechtigkeiten auf der Welt immer mehr zunehmen. Und dann zu überlegen, welche anderen Systeme wir bräuchten, uns umzuschauen, wo es bereits Ansätze dazu gibt und selbst gemeinsam Schritte zu einer systemverändernden Praxis zu gehen.

Und das alles nicht abstrakt, sondern konkret am eigenen Leben ansetzend. Vielleicht mal über Wohn-Wünsche zu sprechen mit denen, die in ihren Hartz-IV-kompatiblen Einzimmerwohnungen oder in ihren 1-Familien-Reihenhäuschen glücklich oder unglücklich sind, wer weiß? Nicht gleich unhinterfragt von der Höherwertigkeit des autonomen, kollektiven und selbstverwalteten Wohnens auszugehen, sondern den kleinen Träumen vom Privaten, Familiären, ein ebenso selbstverständliches Recht einzuräumen.

Warum sitze ich und schreibe darüber, wie in Betrieben und Projekten das selbstverwaltete Leben funktioniert, statt meine Kenntnisse und Fähigkeiten ganz praktisch mit denen umzusetzen, die allein dazu nicht in der Lage sind? Na gut, mitunter berate ich Projekte, aber gehören die nicht eher zu den privilegierten Selbstverwaltungsfähigen? Wie erreichen wir die Entmutigten, an den Rand Gedrängten, die Armen, die Flüchtlinge, die perspektivlosen Kids? Und was kann eine kleine Zeitung dafür tun?

Ich bin sicher, dass in den Konzepten und Erfahrungen von Selbstorganisation und Selbstverwaltung Antworten liegen, die die Gesellschaft brauchen könnte. Immerhin gibt es eine ganze Bandbreite von real existierenden Beispielen dafür, dass es durchaus möglich ist, den herrschenden Verhältnissen ein Schnippchen zu schlagen, sich jenseits von Gewinnstreben und Konkurrenz zusammen zu tun und gemeinsam etwas wirtschaftlich Tragfähiges auf die Beine zu stellen. Aber um das Wissen darüber in die Welt zu bringen, müssten wir von viel mehr Menschen gelesen werden.

Tun wir was dafür!●

OFFENE AUSSCHREIBUNG FÜR SOZIOKULTURELLE PROJEKTE

Keine Generationenfrage

Die soziokulturelle Szene bemüht sich, die Qualität ihrer Angebote zu steigern, und setzt dabei auf Kooperation, Vernetzung und Pragmatismus. Diese Bestandsanalyse der »Soziokultur à la carte« ist mittlerweile mehr als zwanzig Jahre alt und hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Auch heute dienen die alten Werte als Leitmotiv für's soziokulturelle Engagement.

Redaktion Heidelberg ● Von der anderswo oft beklagten »Überalterung« findet sich jedoch keine Spur. Ein Beispiel für den Generationenwechsel: Mehr als die Hälfte der BesucherInnen der Soziokulturellen Zentren ist auch heute jünger als 40, ein Viertel ist unter 20 Jahre alt. Die Initiativen rund um die einstigen »Bürgerhäuser neuen Typs« stehen mit ihren Angeboten für Kontinuität wie für Wandel. Nach wie vor zählen bürgerschaftliches Engagement, die Neugierde auf interkulturelle Begegnungen und das Innovative aus Kunst und Kultur. Soziokultur ist Vielfalt aus Prinzip. Der alte Gegensatz zwischen Soziokultur und Hochkultur ist längst überwunden, auch wenn er noch in manchen Köpfen spukt. Freies Theater steht neben Punk und Poetry Slam, Public Viewing neben Kino und Tanz. Ausstellungen und Lesungen gehören ebenso dazu wie Stadtteilkulturarbeit, Karaoke oder Dj-ing, Geschichtswerkstätten oder die Beschäftigung mit Fußball. Offene Angebote für Kinder und Jugendliche sind ebenso selbstverständlich wie Gendermainstreaming oder das Eintreten für Good Governance.

Der Fonds Soziokultur fördert diese Dynamik und Offenheit – über alle Generationen hinweg.

Wettbewerb um die besten Projektideen

Träger soziokultureller Projekte können sich beim Fonds Soziokultur zweimal jährlich um Fördermittel bewerben. Die Ausschreibung für das erste Halbjahr 2012 ist an kein spezielles Thema und auch an keine Kunst- und Kultursparte gebunden. Vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel des Fonds durch die Kulturstiftung des Bundes stehen für Projektförderungen im ersten Halbjahr 2012 zirka 430.000 Euro zur Verfügung. Gefördert werden zeitlich befristete Projekte, in denen neue Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur erprobt werden. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und beispielhaft sein für andere soziokulturelle Akteure und Einrichtungen.

Damit regt der Fonds Soziokultur einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen an. Es können auch Projekte unterstützt werden, die aufgrund ihrer Konzeption und ihres Umfanges eine längerfristige (mehrjährige) Zeitplanung erfordern. Die Förderung des Fonds ist dabei nicht nur auf die Durchführungsphase des Projektes begrenzt, sondern kann auch die Phase der Konzeptentwicklung einbeziehen. Voraussetzung für solche Förderungen ist, dass die Vorhaben besonderen qualitativen Ansprüchen genügen und geeignet sind, die Bedeutung der Soziokultur für das kulturelle Leben in der Öffentlichkeit darzustellen. Kulturelle Initiativen, Zentren und Vereine sind aufgerufen, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen und Anträge für das erste Halbjahr 2012 zu stellen.

Einsendeschluss ist der **1. November 2011**. Es gilt das Datum des Poststempels. Das Kuratorium des Fonds entscheidet am 12. und 13. Januar 2012 abschließend über die eingegangenen Anträge. Die Projekte dürfen nicht vor diesem Termin beginnen!●

Nähere Informationen zur Ausschreibung und die Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 2012 können über folgende Internet-Adresse bezogen werden: fonds-soziokultur.de.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

»SCHIFFE DER SOLIDARITÄT«

Das Sterben im Mittelmeer stoppen!

Die Situation ist und bleibt unerträglich, direktes Handeln ist angesagt, um dem tödlichen EU-Grenzregime Einhalt zu gebieten.

Redaktion Heidelberg ● »Schiffe der Solidarität – das Sterben in Mittelmeer stoppen« ist eine internationale Initiative, mit der Flüchtlinge und MigrantInnen auf ihrem Weg nach Europa durch unmittelbares Eingreifen vor Ort unterstützt werden sollen. Am 15.10.2011 werden mehrere kleine Schiffe in Rom in See stechen, in entgegengesetzter Richtung zu den Fluchtrouten der Boatpeople: über Sizilien, Lampedusa und Malta bis zu verschiedenen Häfen in Tunesien und gegebenenfalls auch in Libyen. Das Projekt zielt auf eine mediterrane Vernetzung, die ein dauerhaftes Monitoring zwischen der nordafrikanischen Küste und den südeuropäischen Inseln in Gang bringen will.

Die skandalösen Vorgänge auf dem Meer sollen dokumentiert und öffentlichkeitswirksam angeklagt werden. Es soll alles dafür getan werden, dass Schiffbrüchige gerettet werden. Über 2.000 Menschen sind allein seit Beginn des Jahres in dieser Region des Mittelmeeres ertrunken oder verdurstet und Tausende stecken weiterhin in Wüstenlagern wie dem tunesischen Choucha oder im Bürgerkriegsland Libyen fest. Sie haben kaum eine andere Hoffnung als den riskanten Versuch zu wagen, in überfüllte und seeuntaugliche Boote zu steigen. Menschenrechtsorganisationen und antirassistische Netzwerke haben in den letzten Monaten in gemeinsamen Appellen die sofortige Aufnahme von Flüchtlingen gefordert.●

Weitere Infos zu den Schiffen und zum Choucha-Appell:
afrique-europe-interact.net

ÖSTERREICH: RECHT AUF STADT

Luxus für alle – Leerstand zu Wohnraum!

Das war das Motto der (nur kurz dauernden) Besetzung eines 4* Hotels in Wien (1). Diese Besetzung war die letzte einer Serie von Hausbesetzungen in Graz, Wien und Linz in den letzten Jahren. Die längste und aufsehenerregendste war die des Lobmeyrhofes im Juli 2011.

Von Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz ● Der Lobmeyrhof, im Besitz der Stadt Wien, schaut von außen ziemlich heruntergekommen aus und der Eindruck verstärkt sich noch, wenn man sich im Inneren umschaut. In dem großen Siedlungshaus sind nur mehr zwei Wohnungen bewohnt. Alle anderen Mieter sind in den letzten Jahren mehr oder weniger freiwillig ausgezogen, die Wohnungen wurden nicht wieder vermietet, sie standen leer und bröckelten vor sich hin.

Das sollte sich ändern, wenn es nach dem Willen derer ging, die Anfang Juli den Hof besetzten, um darin ein autonomes Zentrum zu errichten. Dort sollte, so die Selbstdarstellung der BesetzerInnen, »neben Wohnraum auch Platz sein für kostenlose Nahrungsmittelverteilung, Beratungsstellen, freien Internetzugang, Spielräume, Nachhilfe, KostNix-Laden, Sprachaustausch, Solidarität und gegenseitiges Weitergeben von Wissen, Veranstaltungen, Workshops, usw. Ein AZ bietet verschiedenen Interessensgruppen die Möglichkeit sich kreativ auszudrücken, einzubringen und Räumlichkeiten frei von jeglichem Konsumzwang zu nutzen. Nichtsdestotrotz bedeutet all dies vor allem, sich gegen die herrschende Ordnung aufzulehnen. Gerade weil in Wien 80.000 Wohnungen leer stehen. Weil die Mieten weiter steigen. Weil durch die Aufwertung von Stadtteilen ökonomisch Benachteiligte verdrängt werden. Weil es an sozialen als auch kulturellen Räumen mit partizipativem Charakter mangelt. Weil wir selbst entscheiden wollen. Weil diese Gebäude leer stehen und verfallen, während wir sie brauchen. Wir ist keine Gruppe, sondern lauter Du und Ichs, die sich in prekären Lebenssituationen befinden, die sich nicht regieren lassen wollen und sich ohne zu fragen den Raum nehmen, der ihnen zusteht, um dort ein selbstbestimmtes Leben zu verwirklichen (2).

Das Haus wurde vom ersten Tag an mit unterschiedlichen Veranstaltungen bespielt und von verschiedenen Gruppen genutzt. Der Traum währte nur kurz, am 17. Juli wurde der Hof gewaltsam von der Polizei geräumt (3). Dabei hätte eine solche Nutzung genau den Zielsetzungen entsprochen, mit denen das Haus einst, vor mehr als 100 Jahren, erbaut wurde. Denn der Lobmeyrhof ist ein Stück österreichischer Sozialgeschichte.

Abgerissener Castellhof in Graz — Foto: Brigitte Kratzwald

Beginn und Ende des sozialen Wohnbaus in Wien

Anlässlich des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums von Kaiser Franz Josef I. wurde 1895 die »Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen« gegründet, mit dem Ziel, die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung zu verbessern. Damit wurde zum ersten Mal in Österreich die Verpflichtung der öffentlichen Hand für die Wohnungsversorgung einkommensschwacher Gruppen anerkannt (4). Die Siedlungen, die mit diesen Mitteln gebaut wurden, hatten für die damalige Zeit einen hohen Standard und enthielten neben Wohnungen auch verschiedene gemeinschaftliche Einrichtungen und ausreichend Grünraum. 1905 wurde im Grundbuch die Auflage eingetragen, dass die Grundstücke für Arbeiterwohnungen und Wohlfahrt verwendet werden müssen, diese Auflage wurde jedoch auf 50 Jahre beschränkt. Bereits in den 20er Jahren wurde mit dem Verkauf der Häuser an Private begonnen, als 1973 die Auflage von 1905 gelöscht wurde, fackelten einige der privaten Besitzer nicht lange, sondern begannen prompt mit der Aufwertung ihres Eigentums. Das bedeutete erst einmal, man musste die BewohnerInnen, die nur wenig Miete bezahlten, loswerden, um die Häuser für viel Geld an Investoren verkaufen zu können, die an ihrer Stelle neue, teurere, höhere Wohnsilos hinbauen wollten. Die Mietervertreibung ließen sich die Investoren auch einiges kosten. 17 Millionen Schilling wechselten den Besitzer dafür, dass die Eigentümer diese lästige Aufgabe übernahmen.

Erreicht wurde das und wird das – damals wie heute – dadurch, dass Häuser so lange nicht renoviert werden, bis die »wirtschaftliche Abbruchreife« bestätigt wird. Hat der Hausbesitzer diese »nachgewiesen, so ist es ihm erlaubt, die Mieter ohne Ersatzpflicht und Entschädigungsanspruch zu kündigen. Man kann sagen, daß die Kündigungen der Jubiläumshäusermieter eine bestimmte historische Wende darstellt, denn durch diesen aufsehenerregenden Fall drang diese Form der Hausherrenstrategie in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit.« Viele Menschen verloren damals ihre Wohnungen, der Lobmeyrhof blieb verschont. Nun bedient sich die Stadt Wien als Eigentümerin im Namen der »Stadtentwicklung« derselben Mittel, der Verwertung aller noch in ihrem Besitz befindlichen Immobilien, um ihre Finanzlöcher zu stopfen und die Stadt für Investoren attraktiv zu machen.

Wie weiter? Die Erfolgschancen von Hausbesetzungen in Österreich

Die Forderungen nach einem autonomen Zentrum (5) sind durch die Räumung natürlich nicht auf Eis gelegt, es wurden in Folge einige weitere Häuser kurzfristig besetzt und nach wenigen Tagen wieder polizeilich geräumt, eines davon war das eingangs erwähnte 4* Hotel. Für die Beteiligten stellte sich einmal mehr die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Hausbesetzungen in Wien (und das gilt gleichermaßen für ganz Österreich). Der letzte Freiraum, der aus einer Besetzung entstanden und noch in Betrieb ist, ist das Amerlinghaus, das aus den 70er Jahren stammt. Spätere Hausbesetzungen endeten allesamt in Sackgassen, erreichten auch kaum die Wahrnehmungsschwelle der Öffentlichkeit.

Im Frühjahr 2009 versuchte das Projekt AZ in Graz durch Besetzungen ein Haus für ein autonomes Zentrum zu bekommen (6), gab jedoch entmutigt auf, als die BesetzerInnen letztinstanzlich zur Bezahlung der Schäden verurteilt wurden, die die Polizei bei der Räumung des (unverschlossenen!) Hauses mutwillig angerichtet hatte, was doch einiges Medieninteresse erweckte. Die Besetzungen in Wien und Linz (7). Anfang Juli 2011 schafften es endgültig ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit und trafen auf eine durchaus wohlwollende Presse. Wie sehr man um eine solche »Medienwirksamkeit« selbst bemüht sein sollte, aber auch inwieweit man sich auf Verhandlungen mit Parteien und der Stadtpolitik einlassen sollte, wurde kontrovers diskutiert.

Besetztes 4* Hotel Kaiserpark-Schönbrunn in Wien — Foto: Martin Juen

Die österreichische Politik vertritt nahezu einstimmig die Position, dass solche Formen widerständiger Aneignung nicht zum Erfolg führen dürfen, der Wiener Wohnbaustadtrat Michael Ludwig wörtlich: »Hausbesetzungen werden nicht toleriert.« Mit dieser Haltung konnte sie bis vor kurzer Zeit mit breiter gesellschaftlicher und medialer Zustimmung rechnen. In den letzten Jahren steigt der Unmut jedoch auch in bürgerlichen Schichten. Ihnen geht es weniger um billigen Wohnraum, sondern um die Einhaltung des Denkmalschutzes, wo im Grunde die gleichen Taktiken funktionieren. Denkmalgeschützte Gebäude werden so lange nicht saniert, bis es einen Abbruchbescheid gibt. Die Stadt Graz kann eine lange Liste solcher Vorfälle vorweisen, die immer wieder zu Bürgerunmut führten.

Stadtregierungen fördern Immobilienspekulation

Mit dem Abriss des Castellhofs im Sommer 2010 erreichte diese Vorgangsweise eine neue Dimension: Die Bürgerinitiative zur Rettung des Castellhofs hatte vom Besitzer des Hauses, das einem größeren Neubau Platz machen sollte, die Zusage erhalten, mit dem Abriss noch zuzuwarten. Die BI wollte versuchen, einen Käufer zu finden, der das Haus renovieren und einer an den Bedürfnissen des Stadtteils ausgerichteten Nutzung zuführen würde. Nachdem ein von der BI beauftragter Historiker Beweise fand, dass denkmalschutzrechtliche Bedenken gegen den Abriss geltend gemacht werden könnten, sickerte diese Nachricht sofort vom Denkmalamt zum Immobilienunternehmen durch und dieses ließ noch vor Ablauf der Frist freitagmittags Bagger vorfahren und bis Samstagabend lag das Haus in Trümmern. Die PolitikerInnen, die den Abbruch verhindern hätten können, hatten sich leider schon alle ins Wochenende verabschiedet und waren erst Montag wieder zu erreichen. Das war der Auslöser, dass sich verschiedene Bürgerinitiativen in Graz, die sich für den Schutz alter Häuser einsetzten, zur Plattform »Graz denkt« (8) zusammenschlossen und auch mit einer ähnlichen Wiener Initiative, der Aktion 21 kooperieren. Die Hauptforderung besteht in mehr Mitsprachmöglichkeiten der BürgerInnen bei der Stadtentwicklung, basierend auf den negativen Erfahrungen mit Pseudobeteiligungen der letzten Jahre. Nachdem das Zusammenspiel von Immobilienspekulanten und Stadtregierungen immer deutlicher sichtbar wird, wird auch unter diesen Gruppen ziviler Ungehorsam eine Option und kann auf Zustimmung in den Medien rechnen.

Natürlich müssen sich autonome Gruppen überlegen, mit wem sie kooperieren wollen, von der Bürgermitbestimmung zum selbstorganisierten und autonomen Zentrum ist es noch ein weiter Weg. Klar ist, mithilfe bestehender Strukturen können diese nicht überwunden werden. Andererseits, eine Handvoll »Autonomer« wird ein autonomes Zentrum kaum über längere Zeit halten können, das war eines der Resumees der letzten Besetzungen. Da braucht es eine größere Bewegung dahinter, für die man sich an der Hamburger »Recht auf Stadt-Bewegung« orientiert. Damit eine solche entstehen könne, brauche es »regelmäßige Treffen, zu denen im ganzen Grätzel eingeladen wird, Diskussionsrunden, kulturelles Programm wie Filme, Theater, Straßenfeste, Einmischen in Bau- und Grünflächenpolitik in einem bestimmten Gebiet: Würden sich in jedem Wiener Bezirk Gruppen finden, die sich um solcherart Aktivitäten bemühen, dann wären bald die Vorraussetzungen für die Erkämpfung selbstverwalteter Räume vermutlich wesentlich besser als heute. Diese wäre dann logischer Ausdruck eines materiellen Bedürfnisses von vielen, und damit potentiell unaufhaltbar.« (9) Ein solches Programm könnte heute tatsächlich Erfolgschancen haben, die Regierungen haben mit der neoliberalen Stadtpolitik der letzten Jahre den Boden dafür aufbereitet.●

Anmerkungen:

1) http://autonomizethecity.blogsport.eu/2011/08/01/4-hotel-besetzt/
2) https://at.indymedia.org/node/20866
3) https://at.indymedia.org/node/20978
4) Alle Informationen über die Jubiläumshäuser aus: Autorengruppe »Dokumente des Klassenkampfs« (1974): Der Fall der Jubiläumshäuser. Anatomie einer Spekulation. http://autonomizethecity.blogsport.eu/files/2011/07/Der-Fall-der-Jubil%C3%A4umsh%C3%A4user.pdf
5) Diverse Texte, die sich mit dem Thema auseinandersetzen finden sich hier: http://autonomizethecity.blogsport.eu/2011/08/16/debatte-um-besetzungen-in-wie/
6) http://linksunten.indymedia.org/de/node/1328
7) Zur Linzer Besetzung siehe http://hauszweiundvierzig.blogsport.eu
8) http://www.facebook.com/group.php?gid=131217993588196&v=inf
9) https://at.indymedia.org/node/21073

Anzeige

ArchivCD.3

7 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2009 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2011 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

MITMACHERiNNEN GESUCHT

SSM bald auch in Bayern?

Vor einigen Wochen wurde der SSM per E-Mail eine Immobilie angeboten. Dabei handelt es sich um eine ehemalige Gaststätte auf dem Lande, genauer in einem Ort namens Oberiglbach, der zur Gemeinde Ortenburg in Niederbayern gehört. Nächstgelegene Städte sind Vilshofen (8 km) und Passau (22 km). Eine relativ abgelegene Gegend also, im Hügelland zwischen Donau und Inn. Der Besitzer weilt zur Zeit aus beruflichen Gründen in Peru und ist interessiert daran, das leerstehende Anwesen möglichst an ein alternatives Projekt zu verpachten oder zu verkaufen.

Von Wilfried Stegemann ● Der Gedanke, ausgerechnet im hintersten Teil Bayerns eine neue Gruppe zu starten, liegt den meisten SSMlern eher fern, zumal wir uns gerade mit dem Kauf unserer »Halle-am-Rhein« eine große Belastung auferlegt haben. Mich persönlich jedoch würde solch ein neues Projekt schon reizen. Deshalb möchte ich hier die Gelegenheit nutzen, Leute außerhalb der SSM anzusprechen, die sich vorstellen können, in Bayern gemeinsames Leben und Arbeiten zu verwirklichen.

Anfang August habe ich mit einem Genossen das Objekt in Augenschein genommen. Es befindet sich wie gesagt in Oberiglbach, einem Dorf von 500 Einwohnern. Ursprünglich wurde das Gebäude landwirtschaftlich genutzt, über das Alter konnte uns niemand etwas Genaues sagen. Nach dem Umbau führten die Eltern des Besitzers bis Mitte der Neunziger ein weithin in der Region bekanntes Tanzlokal. Aus Altersgründen verpachteten sie es dann weiter. Dem letzten Pächter misslangen dabei weitere Umbauversuche im Gaststättenbereich ziemlich. Seitdem steht das Haus leer, befindet sich aber ansonsten in einem überraschend guten Zustand. Die Gastwirtschaft besteht aus Hauptraum und Nebenzimmer sowie einem großzügigen Veranstaltungssaal mit Bühne und Ausschankbereich. Dazu kommt noch eine Bar, eine gastronomietaugliche Küche mit Nebenzimmer, Kühl- und Lagerräumen. Ein nett gestalteter Innenhof kommt noch hinzu. Der Toilettenbereich ist renoviert und in sehr gutem Zustand. Im Obergeschoss befindet sich eine geräumige Wohnung von ca. 150 qm mit Wohnzimmer, mehreren Schlafzimmern, Küche, Bad, Balkon sowie Wintergarten und Dachterrasse. Nach unserem Eindruck sehr gut instand gehalten und ohne weiteres bezugsfertig. Den geräumigen Dachboden könnte man langfristig zusätzlich zu Wohnraum umgestalten.

Der Gaststättenbereich und der Saal ließen sich ohne größeren Aufwand für alle Arten von Gewerbe umgestalten. Auch dort könnte man noch zusätzlichen Wohnraum schaffen. Ein größeres Problem ist in jedem Fall die Heizanlage, die mit Öl betrieben wird und mit Sicherheit einen schwer kalkulierbaren Kostenfaktor darstellt. Eine Umrüstung ist da wohl unumgänglich. Ansonsten würde die monatliche Pacht netto 680 Euro betragen, bei drei Monatsmieten Kaution. Was die Nebenkosten anbelangt, so konnte der Eigner uns keine aktuellen Zahlen nennen. Des weiteren müsste noch über das vorhandene Inventar (Küche, Kühl- und Tiefkühlzelle) verhandelt werden. Laut Aussage des Eigners bestehen ansonsten keine Verpflichtungen an Dritte. Er möchte vor allem, dass das Anwesen wieder belebt wird und in gute Hände kommt. Bei Interesse besteht außerdem die Möglichkeit, die gegenüber dem Haus gelegene Pension mit fünf Appartements und 16 Gästezimmern zu nutzen. Die soll ebenfalls neu verpachtet werden.

Gaststätte in Oberiglbach Foto: SSM

Darüber, ob und wie wir die Immobilie nutzen wollen, besteht in der SSM-Gruppe noch weitgehend Unklarheit. Wichtig ist zunächst, eine Anzahl von Menschen zu finden, die sich vorstellen können an diesem Ort zu leben und zu arbeiten. Dieser Kreis hätte dann die Aufgabe Ideen zu entwickeln und darüber zu diskutieren. Ich, als derjenige in der SSM, der in dieser Angelegenheit die Initiative ergriffen hat, habe dabei natürlich vor allem Interesse, den Gedanken der Selbsthilfe jenseits aller staatlichen Fürsorge weiterzutragen und in der Region im Selbsthilfesinne politisch zu wirken. Die Gruppe soll sich ausdrücklich nicht auf Menschen mit Gemeinschaftserfahrung beschränken, vielmehr offen für möglichst viele sein. Wer sich also jetzt angesprochen fühlt, sollte nicht zögern und sich per Anruf, E-Mail oder per Post bei mir melden. Danach würde ich eine gemeinsame Besichtigung der Örtlichkeit mit möglichst allen Interessierten planen.●

Telefon:
(02 21) 640 31 52 (9 bis 18h), 96 39 95 48 (nach 18h)
E-Mail: w.stegemann@ssm-koeln.org
Post: Sozialistische Selbsthilfe Mülheim, z. Hd. Wilfried Stegemann, Düsseldorfer Str. 74, 51063 Köln
Informationen zur SSM gibt es unter www.ssm-koeln.org.
Zwei unserer Broschüren stehen zum Download bereit.

ONLINE-BUCHVERSAND TEILT GEWINNE UNTER LINKE PROJEKTE AUF

Links-Lesen Bildet Banden

Links-Lesen ist ein selbständiger Online-Buchladen, der von zwei Menschen, die auf der Kooperative Karlshof leben, betrieben wird. Links-Lesen funktioniert an sich wie ein ganz normaler Internetbuchladen. Ihr könnt hier alle lieferbaren Bücher bestellen, vom Bolivianischen Tagebuch bis zu Poohs Corner. Unsere Internetadresse ist: www.links-lesen.de

Das Besondere an Links-Lesen ist, dass es linke Projekte unterstützt. Denn die Gewinne aus den Buchverkäufen lassen wir in gleichen Teilen drei verschiedenen Projekten zukommen: dem Netzwerk der »Nichtkommerziellen Landwirtschaft« (NKL), dem Projektehaus Potsdam-Babelsberg, und dem antisexistischen Infoladen F.A.Q. in Berlin-Neukölln.

Es gibt allerdings auch mehrere zu kritisierende Punkte an links-lesen. So bedienen wir uns in der Anfangszeit der Einfachheit halber der Unternehmensform der GbR. Wenn klar ist, dass links-lesen dauerhaft funktioniert, werden wir links-lesen aber auch über entsprechende Binnenverträge oder eine völlig neue Unternehmensform als Gemeinschaftsbesitz absichern.

Darüber hinaus macht links-lesen den etablierten linken Buchläden Konkurrenz. Das ist selbsterklärlich nicht gewollt, denn die soziale Funktion von stationären linken Buchläden als Treffpunkt und Infoladen halten wir für wichtig. Wenn ihr also den Luxus eines solchen stationären Buchladens in der Nähe habt – nutzt ihn. Falls ihr diese Möglichkeit aber nicht habt oder eine Alternative zu anderen Online-Buchhändlern wie Amazon oder buch.de sucht, würden wir uns freuen, wenn ihr uns und die linken Projekte mit eurem Buchkauf unterstützt! Auf gutes Gelingen!

Falls ihr Fragen oder nähere Informationen haben wollt, schreibt bitte eine E-Mail an: p.just@jpberlin.de. Wenn ihr Flyer oder Sticker verteilen wollt oder eine E-Mail über eure Verteiler schicken wollt, schreibt ebenso kurz eine E-Mail an oben genannte Adresse. Danke!●

DIE ROTEN REPORTER HAMBURG PRÄSENTIEREN:

Als ein Bombenanschlag in Oslo und kurz darauf ein Massaker auf der Ferieninsel Utoya verübt wurde, ließ die Tageszeitung *Die Welt* keinen Zweifel aufkommen, wer die Verantwortung für das Verbrechen trägt: »Norwegen ist Zielscheibe von Islamisten.« Dieses Vorurteil wurde auch von zahlreichen anderen Medien eilig verbreitet.

Die »Islamophobie-Megaphone« seien zwar nicht für antimuslimisch motivierte Gewaltverbrechen verantwortlich, ist in einer jüngst veröffentlichten Studie des *Center for American Progress* zu lesen, die anlässlich der Tragödie initiiert wurde. Sie bildeten aber »die Infrastruktur«, aus der neokonservative Extremisten wie Anders Behring Breivik – der wahre Täter – hervorgehen würden.

Der Vierten Gewalt kommt eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung von Ideologemen, Phobien, Falschinformationen zu. Seit den 1980er-Jahren durchströmt eine Bilderflut die politische Kultur der westlichen Welt: Frauen mit Kopftüchern, sich zu Boden werfende fanatisierte Gläubige, Halbmonde, Krummsäbel und allerlei andere Klischees des Islam. Die Titelseiten von Zeitschriften wie *Fokus* oder *Spiegel* konfrontieren den Leser mit finsteren Blicken aus den Sehschlitzen der Niqabs. In Fernsehdokumentationen ist der Ruf »Allahu akbar« stets im Kontext zu Berichten über Selbstmordanschläge zu hören.

Die Medien-Ideologen arbeiten mit angstbesetzten Stereotypen, mit Verallgemeinerungen, Entkontextualisierungen, mit Lügen. Das gilt nicht nur für traditionell fremdenfeindliche rechte und (neo)konservative Medien. Auch Organe, beispielsweise die Wochenzeitung *Jungle World*, die sich im linken-emanzipativen Milieu verorten, haben sich längst eingereiht in die Propagandafront gegen den Islam. Der Herausgeber der Zeitschrift *Konkret* Hermann Gremliza meinte bereits vor einigen Jahren beobachtet zu haben, dass »Millionen von Muslimen, die ihren Wohnsitz in Westeuropa und Nordamerika haben«, das Treiben der »islamistischen Internationalen« und ihrer Kämpfer »nicht ohne Zuneigung betrachten« – »guter und böser Islam sind keine Unterscheidung, sondern eine Unterstellung.«

Die *Roten Reporter Hamburg* laden Medien-Experten ein, um diese Phänomene zu analysieren und die Fragen zu erörtern: Wer sind die Lautsprecher des Islam-Hasses? Welcher Klischees, Methoden und Strategien bedienen sie sich, um ihre Hetze als common sense zu etablieren? In welchem Zusammenhang stehen Islamophobie und der »War on Terror«? Welche Parallelen und welche Unterschiede gibt es zwischen antimuslimischen und antisemitischen Ressentiments?●

Sabine Schiffer – Medienwissenschaftlerin, Leiterin des *Instituts für Medienverantwortung*
Rüdiger Göbel – Journalist, stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung *Junge Welt*
Burkhard Baltzer – Journalist, leitender Redakteur der Zeitschrift *Kunst + Kultur*
Dienstag, 25. Oktober 2011, 19.30 Uhr
Magda-Thürey-Zentrum, Lindenallee 72, Hamburg
Kontakt: rotereporterhamburg@directbox.com

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Fördermittel für Projekte finden

Arbeitshilfe Fördertöpfe für selbstorganisierte Projekte neu aufgelegt

Für die meisten Vorhaben benötigt man Geld und an diesem mangelt es häufig in politischen und selbstorganisierten Zusammenhängen. Das allgemeine Problem ist, dass viele Ideen und Menschen vorhanden sind, aber das Geld ist immer woanders. Wir bieten euch nach zwei Jahren, die vollständig überarbeitete und aktualisierte 11. Auflage der »Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen« an. Sie ist eine Arbeitshilfe, die bei der Projektarbeit nicht fehlen sollte, nicht nur wenn es ums Geld geht.

Die gesammelten Texte und die Zusammenstellung von Stiftungen beruhen auf eigenen Erfahrungen, Beratungsgesprächen und Hinweisen von Bekannten und Mitgliedern des Netzwerkes. Alles in allem ist es ein praxisorientiertes Nachschlagewerk für alle Gruppen und Initiativen die nach neuen Fördermöglichkeiten in den Bereichen Bildung, Jugend, Arbeit, Soziales, Queer Leben, Migration, Entwicklungspolitik, Antifaschismus, Wohnen, Kultur, Frauen und Umwelt suchen.

Zu speziellen Themen, die in unseren Beratungen und Seminaren immer wieder nachgefragt werden, haben wir kleine Texte verfasst, die als Tipps und Tricks im ersten Teil der Broschüre stehen. Aktualisiert wurde auch der sehr ausführliche Text zum immer wieder nachgefragten Thema: Wie stelle ich eigentlich einen perfekten Antrag? Diese und viele andere Informationen sind für die eigene Recherche und als Ergänzung zum Stiftungsteil gedacht und sollen bei der Entwicklung und Realisierung von Ideen unterstützen. Der zweite Teil bietet eine Übersicht von 290 Förderquellen mit Verschlagwortung als Orientierung.

Und genau das – nämlich die Orientierung im Stiftungsdschungel der über 18.000 Stiftungen in Deutschland fällt nicht leicht. Mit unserer Auswahl wollen wir euch bei der Suche nach den passenden GeldgeberInnen behilflich sein.●

Katja Grabert

Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen, 11. Auflage 2011,
19 EUR zzgl. Porto + Verpackung

Bestellungen der Broschüre über ein Bestellformular unter:
http://bestellen.netzwerk-selbsthilfe.de

ARTIKELSERIE »DIE KINDER DES SISYFOS«, SECHSTE FOLGE

Frauenteater

Im vierten Roman, Winterdämmerung, erhält die Kostümbildnerin Lena Bliss am Giessener Theater die Gelegenheit, Texte aus Maxie Wanders zuerst in der DDR erschienenen Gesprächssammlung »Guten Morgen, du Schöne« für die Bühne zu bearbeiten und aufzuführen.

Von Erasmus Schöfer

Kein Mensch kannte Maxie Wander

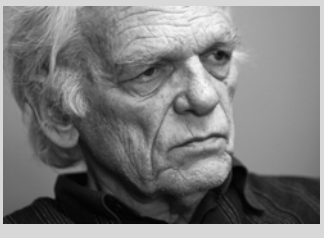
Aber, ach! Maxie Wander! Dieses Echo von drüben, aus einer andern Welt, so vertraut, so anrührend und tröstlich. Nein, kein Echo – es ist ein Ruf, der in mir widerhallt, der eine verborgene Saite in mir zum Schwingen gebracht hat. Vik hatte mir Guten Morgen du Schöne aus der DDR mitgebracht. Da war es grade erschienen, kein Mensch kannte Maxie Wander – er hat es nur wegen dem Titel für mich gekauft, ein ganz unscheinbares Büchelchen, und dann wars eine solche Explosion von Frauenpower, diese ungeschminkten, rücksichtslosen Protokolle von Gesprächen mit DDR Frauen.

Ich kannte die Meulenbelt, die Häutungen von Verena Stefan, das waren starke Ichexpeditionen in das unerforschte Binnenland Frau, aber meine Erfahrungen habe ich da nicht wiedergefunden. Dagegen hier! Alle offenbar normale Frauen, namenlos, also nur die Vornamen, Junge, Alte, Berufstätige, Ehefrauen, Mütter, Alleinstehende, mit heftigen Männervergangenheiten, die meisten, alle aber von einer solchen entschlossenen Ehrlichkeit sich selbst und den eignen Fehlern und Lebenserwartungen gegenüber, auch was die Gesellschaft angeht – ich habe gedacht: nie würde mich jemand zu solchen Geständnissen bringen! Mir war schleierhaft, wie Maxie Wander das geschafft hatte. Und das in der DDR! Wo doch jeder hier denkt, da ist alles Doktrin und graue sozialistische Eintönigkeit.

Zwei Jahre vorher, Alice Schwarzers Der kleine Unterschied, hatte auch einen erheblichen Wirbel verursacht und die Frauenbewegung angefeuert, aber die Schwarzer hat sich ständig eingemischt mit ihren Fragen und Kommentaren in die Aussagen der Frauen, deshalb wirkte das eher gelenkt und absichtsvoll, jedenfalls auf mich, während die Maxie Wander offenbar nur still zugehört hat und dadurch die reichen Lebensberichte der DDR Frauen zu Tage gefördert hat, so wie sie für sich selbst sprachen. Ohne jeden Kommentar und Zeigefinger. Wenn ich die beiden vergleichen will würde ich sagen: die Schwarzer hat einen eingerosteten Wasserhahn aufgedreht, aber die Wander hat einen lebendigen Wasserfall entdeckt.

Da hatte sie schon Krebs. Grade 44 Jahre alt. Und jetzt aber ist dieses zweite Buch von ihr erschienen, kurz nach Viks Verschwinden, genau richtig für mich. Ihr Mann hat es aus ihren hinterlaßnen Briefen und Tagebüchern zusammengestellt. Christa Wolf hat dazu geschrieben, es wäre das fehlende achtzehnte Protokoll, die Selbstauskunft der Autorin. Das stimmt.

Erasmus Schöfer



Ich wollte Menschen in ihrer vollen Daseinsentfaltung zeigen. Dazu gehört auch, dass sie liebende Menschen sind, mit den entsprechenden Problemen, die ihnen aus solchen Beziehungen erwachsen. Und ebenso gehören sexuelle Erlebnisse dazu. In diesem Bereich gibt es heute zwar mehr Freiheiten, und jahrtausende alte Tabus unserer christlichen Moralerziehung sind schon öfter in der Literatur relativiert worden.

Für mich geht es aber darum, einen literarischen Mittelweg zwischen brutaler Pornografie und medizinischer Sexualaufklärung zu gehen, das heißt, das Glück und die Delikatesse intimer Begegnungen zwischen Menschen sichtbar zu machen, eine Sprache für ihre Empfindungen zu entwickeln. Das ist weitgehend Neuland, für mich und die deutschsprachige Literatur, vor allem wenn es im Zusammenhang steht mit realistischer Wirklichkeitsforschung, die an der Arbeitswelt und der politischen Verfassung der Gesellschaft nicht vorbei sieht.

Maxie Wander, so wie sie sich selbst am liebsten sah: beim Schreiben im Garten. Fotografiert von Fred Wander im Frühling 1963, (aus: Sabine Zurmühl »Das Leben, dieser Augenblick«)

Die zwei Bücher sind im Grunde wie eins. Das zweite erklärt, warum Maxie Wander das erste zustande gebracht hat.

Ich habe Jo gefragt, ob es nicht möglich ist, daß wir dieses Buch unserm Publikum irgendwie vorstellen. Er hat gesagt, im Studio können wir vieles versuchen, aber nicht ein ganzes Buch vorlesen. Man müßte es bearbeiten, hab ich gesagt. Und er: Wer in unserm Ensemble wäre dazu in der Lage? Extra kosten darf es nichts. Und ich, kühn wie die Jungfrau von Orleans: Ich könnte es versuchen. Und er: Dann tus Lena. Zwei Schauspielerinnen hast du zur Verfügung.

In keinem Plan stand das.

Der Titel, den Fred Wander aus einem Brief seiner Frau genommen hat, ist meine ich nicht richtig. Leben wär eine prima Alternative. Trifft zwar irgendwie den Grundton ihrer Existenz, aber der Konjunktiv kann sich nur auf ihr Jahr mit dem Krebs beziehn. Ihre ursprüngliche, sinnliche Lebenslust, die Bejahung ihres Lebens ist es doch grade, was diese Frau auszeichnet! Sie liebt und genießt ihren Mann und ihre Kinder und gleichzeitig kämpft sie mit denen und sich um ihre selbstbestimmte Freiheit. Obwohl sie (oder weil sie?) freiwillig in die DDR gezogen ist, als Österreicherin, rebelliert sie gegen die bürokratischen Fesseln und Engstirnigkeiten, wo sie sie trifft, besteht einfach darauf, sich als mündiger Mensch zu verwirklichen. Trotz der Selbstzweifel, mit denen sie sich rumschlägt, weil sie sich als unfertig und unentwickelt empfindet, gegenüber den Ansprüchen, die sie an sich stellt.

Eine großartige Frau. Ich finde sie großartig. Auch deshalb, weil sie selbst sich überhaupt nicht so findet. Sie leidet an der Unvollkommenheit der Menschen wie an ihrer eignen, kritisiert sie und versteht sie doch. Ich könnte sie sein. Viele Frauen könnten sie sein, mit diesem Wunsch, etwas Wichtiges zu tun, um ihr Leben zu beglaubigen, etwas Größeres als nur das Normale – für die Erhaltung der Art zu sorgen (was ich nicht mal gewollt hab, bis jetzt). Es ist verrückt. Sie tut eigentlich etwas ganz Banales, Simples – sie hört ein paar Frauen zu, bringt sie zum Reden, schreibt das auf und heraus kommt ein Denkmal, eine Ruhmeshalle der Frauen in der DDR! Ohne jede Ideologie, ohne Schminke und Beschönigung, mit vielen dunklen, rostigen Stellen neben den schimmernden, und deshalb von erschütternder Wahrhaftigkeit. Und einem tiefen Optimismus. Vik hätte wahrscheinlich gesagt, das ist die Dialektik. In keinem Plan stand das, niemand hat sie beauftragt, diese Arbeit zu tun, aber kein Parteidokument und keine Honeckerrede könnte so zu Herzen gehn und so überzeugen wie dieses kleine Buch. Die SED sollte Maxie Wander posthum den höchsten Orden verleihen, den sie zu vergeben hat! ...

Premiere

Die Diskussion nach der Premiere im TIL unter dem halben Hundert Frauen und dem halben Dutzend Männern, so vielfältig und erregt sie passierte, zeigte Lena, dass ihre Erwartung, ihre Hoffnung nicht getrogen hatte: Die Schwierigkeiten der Frauen mit ihren Männern waren in der sozialistisch verfassten DDR kaum unterschieden von denen in der kapitalistisch begründeten Bundesrepublik. Die gesetzliche Gleichberechtigung hatte weder hier noch dort dazu geführt, dass Frauen Machtpositionen besetzen konnten.

Eine Lehrerin, die am Programmkongress der grünen Partei im März in Saarbrücken teilgenommen hatte, behauptete, dass die neue Partei die große Hoffnung auch für Frauen sei, weil sie als einzige die paritätische Besetzung aller Ämter und Gremien festgeschrieben habe. Da würde jetzt Ernst gemacht mit der Teilung der männlichen Macht.

Eine andre, Verwaltungsangestellte in der Universität, hielt das grüne Programm für eine schwärmerische Luftnummer, in dem der Hauptwiderspruch der Epoche, der zwischen Kapital und Arbeit, einfach wegeskamotiert worden sei, um mit den Rechten und Naturschützern zu einem Konsens zu kommen. Und mit wem will denn der grüne Mann die Macht teilen, die er selbst nicht hat? Ein Unding!

Typisch sei diese Verwirrung, widersprach ihr Lenas Kollegin. Diese Umkehrung der wirklichen Verhältnisse in den Köpfen! Erst wenn der Grundwiderspruch zwischen den Geschlechtern aufgehoben sei, könnten Frauen und Männer gemeinsam den Widerspruch zwischen Besitzenden und Habenichtsen zugunsten einer wirklichen Gleichberechtigung der Individuen abschaffen.

Eine Möbelrestoratörin hielt auch nichts von den grünen Ökofrieks und war stolz auf ihre solide Schreinerausbildung beim VEB Waggonbau in Görlitz. Sie wäre nie rübergemacht, wenn man sie ihren eignen Meisterbetrieb hätte führen lassen. Deshalb konnte sie diese sympatische Frau Wander nicht verstehn, dass sie von Wien in die DDR umgezogen war, wo doch leider für unabhängige Köpfe dort immer noch kein Platz sei. Nicht mal für Sozialisten. Siehe Bahro. Eine Grauhaarige, die sich alte Arbeiterfrau nannte, wäre heilfroh gewesen, hätte sie in ihrer Jugend die Bildungsmöglichkeiten gehabt wie die Frauen in der DDR, wo ihnen alle Berufe offen stehn. In der DDR wäre sie oder eine ihrer Schwestern vielleicht die Köchin geworden, die Lenin als Staatschefin sich vorgestellt hatte.

DDR-Ausgabe 1977: »guten morgen, du schöne«

Da stand Jo Mettmann auf, verbindlich lächelnd, und fragte, ob Lenin auch vorgesehen habe, dass Schauspieler Präsidenten werden, wie jetzt in den ganz unkommunistischen USA? Aber die Alte, schlagfertig: Schauspieler spielen jeden Abend auf der Bühne, was die Regisseure ihnen beigebracht haben – das müssten Sie als Intendant doch schon gemerkt haben. Und wehe die sagen einen andern Text als den vom Regisseur vorgeschriebnen!

Unbestreitbar, gab Jo zurück, einstimmend in die Heiterkeit, aber dann möchte ich doch wissen, weshalb in zwanzig Jahren Chancengleichheit noch keine Frau, außer Margot Honecker, es bis in die DDR-Regierung gebracht hat? Und die vielleicht auch nur, weil sie, mit Lenins Ausspruch im Hinterkopf, so gut für ihren Mann gekocht hat?

Lenas wichtigste Erfahrung bei der Beschäftigung mit Maxie Wander, bekannte sie, war ihre Erkenntnis, dass die wirkliche Gleichberechtigung der Frauen noch nirgends, in keiner Gesellschaft durchgesetzt war gegen die Jahrtausende alten Strukturen des Patriarchats und dass sie, unabhängig von dem individuell milden oder rabiaten Vertreter der Kindermacher, an den sie durch die Fügungen der Liebe oder der materiellen Abhängigkeit geraten waren, ihre Persönlichkeit, ihre Eigenständigkeit entwickeln und geltend machen mussten im Bewusstsein, dass diese Aufgabe von ähnlicher Mächtigkeit war wie die, ein gerechtes Zusammenleben der Menschen gegen ihren Egoismus zu erreichen und die Gewalt aus ihren Beziehungen zu vertreiben. Eine Margret Thatcher oder eine Indira Gandhi waren so wenig Anzeichen von zunehmender Gleichberechtigung wie es eine Kaiserin Maria Theresia im neunzehnten und eine Queen Elizabeth im sechzehnten Jahrhundert gewesen waren. Die hatten eben doch, aus außergewöhnlicher persönlicher Kraft, Macht ausgeübt oder taten es noch, männliche Macht, tüchtige Stellvertreterinnen zufällig nicht vorhandener Mannsbilder, die nichts Besonderes zur Verbesserung der sozialen Lage ihrer Geschlechtsgenossinnen unternommen hatten.

Das eindringende Versenken in Wanders lebensvolle Texte hatte sie so erfüllt, in Hochspannung versetzt, dass sie ganz unangefochten von Ähs und Stottern am Schluss die Diskussion zusammenfassen, auf den Punkt bringen konnte. Das leicht skeptische aber freundliche Staunen in Jos Gesicht war eine zusätzliche Treibkraft für den Fluss ihrer Rede. Von den Mitgliedern des künstlerischen Ensembles waren nur wenige zur Premiere erschienen, dagegen fast vollzählig die Frauen aus der Technik und Verwaltung. Die geizten nicht mit Anerkennung für sie und die beiden Schauspielerinnen.

Premiere hatte die Aufführung der WanderTexte allerdings weder in der öffentlichen Ankündigung des Teaters noch intern geheißen, da Jo Mettmann die Verantwortung für mehrere Vorstellungen nicht vorweg und ins Blaue übernehmen wollte. Auch die drei Akteurinnen selbst hatten kaum auf eine so farbige und teilnehmende Reaktion des weitgehend teaterfremden Publikums zu hoffen gewagt. Als ihr Intendant ihnen nun zwei weitere Vorstellungen bis Weihnachten in Aussicht stellte, war ihnen dies die schönste Anerkennung ihrer Leistung.●

(aus »Winterdämmerung«)

In seinem Zeitroman »Die Kinder des Sisyfos« schildert der in Köln lebende Schriftsteller Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989.

Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die Leserinnen und Leser an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Er erzählt von den Erfolgen und Niederlagen, den Hoffnungen und Enttäuschungen der Menschen, die sich mit den in unserer Gesellschaft vorhandenen Ungerechtigkeiten und Machtverhältnissen nicht abfinden. Es sind die Widerstandsleister für eine humane und solidarische Gesellschaft.

In neun Folgen druckt CONTRASTE Auszüge, in denen von selbstorganisierten Aktionen oder der Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft erzählt wird. Das mehr als zweitausendseitige Epos ist in vier Bänden erschienen. Jeder der Romane kann auch für sich gelesen werden. Wir danken dem Dittrich-Verlag für die Abdruckgenehmigung. Erasmus Schöfer hat für »Die Kinder des Sisyfos« 2008 den Gustav-Regler-Preis bekommen. Wir wünschen dieser Geschichte von unten viele Leserinnen und Leser.

Zitat Maxie Wander

»Wir suchen nach neuen Lebensweisen,
im Privaten und in der Gesellschaft.
Nicht gegen die Männer können wir uns
emanzipieren, sondern nur in der
Auseinandersetzung mit ihnen.
Geht es doch um die menschliche Emanzipation
überhaupt.«

Anzeige

Erasmus Schöfer
Die Kinder des Sisyfos

Ein Frühling irrer Hoffnung
Zwielicht
Sonnenflucht
Winterdämmerung

Ein gewaltiges literarisches Unternehmen ist in diesem Herbst zu einem Abschluss gekommen … Ein parteiisches Buch, auf der Seite der organisierten Arbeiter, der Kommunisten, der Gewerkschafter, der kämpfenden Gewerkschafter, nicht der Funktionäre. Ein kämpferisches Werk, mit einem kraftvollen Glauben daran, dass Literatur die Lebensverhältnisse der Menschen verändern kann.
Volker Weidermann
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

www.dittrich-verlag.de

OFFENE AKTIONSPLATTFORM UND BILDUNGSORT IM RHEINISCHEN BRAUNKOHLEREVIER

Werkstatt für Aktionen und Alternativen

Spätestens seit den Anti-Atom-Protesten beim letztjährigen Castor und nach Fukushima, wodurch die Bundesregierung sich zu einer Befriedungsmaßnahme genötigt sah, und mal wieder einen »Ausstieg« für irgendwann ankündigte, feiert sich die linksbürgerliche Umweltbewegung selber. Gleichzeitig brechen die Aktivitäten der bürgerlichen Anti-AKW-Bewegung durch diese Befriedungsmaßnahme zusammen und diese sieht sich in ihrer Rolle als Bittstellerin erfolgreich und vor allem bestätigt. Schließlich hat sie ihr Ziel ja erreicht – den Atomausstieg. Weite Teile des deutschen Linksbürgertums sind sich sogar sicher, dass umweltpolitisch kritisches Denken und Protestkultur DIE neue »deutsche Kultur« sei, schließlich gelang es in Deutschland ja als einzigem Land genügend Druck für einen »Atomausstieg« aufzubauen.

Von Eberhard Werber ● Nehmen wir ein anderes Thema: Die Kohleindustrie. Obwohl in Deutschland Europas größter Kohletagebau existiert, besteht zu diesem Thema keinerlei Protest- oder Widerstandsbewegung. Anders in anderen Ländern: In Großbritannien gibt es in den verschiedenen Abbaugebieten konstante Kampagnen und viele direkte Aktionen, die von mehrjährigen Waldbesetzungen (der zu rodenden Fläche) über Blockadeaktionen der Kohleindustrie, bis zu nächtlichen Entsorgungsaktionen dergleichen reichen.

Im gleichen Atemzug mit dem scheinbaren »Atomausstieg« wird in Deutschland die Notwendigkeit angekündigt, dafür die Kohlekraft auszubauen. Die logische Konsequenz einer Widerstandsbewegung, die eine solche ist, wäre es, die Befriedungsmaßnahme damit zu kontern, sich nicht länger bloß als Anti-AKW-Bewegung zu sehen, sondern allgemeiner »Energiekämpfe« auszurufen, gegen alle umweltzerstörerischen Energieerzeugungen, und gegen die Maxime der Energieerzeugung, einen nationalen Wirtschaftsstandort mit billiger Energie zu versorgen. Und für eine Maxime der selbstbestimmten und selbstorganisierten Stromerzeugung innerhalb einer Abwägung von unten zwischen positiven und negativen Auswirkungen der (jeweiligen) Stromerzeugung. Praktisch sollte von einer solchen Bewegung zu der Anti-Atom-Infrastruktur vor allem auch jene der Kohleindustrie ins Visier genommen werden, neben den Kohlekraftwerken also auch die drei deutschen Kohleabbaugebiete.

Dass all das nicht geschieht, die Anti-Atom-Bewegung durch und durch befriedet auf ihren Kern zusammenschmilzt, die Fahnen mit den Sonnen im Schrank verschwinden bis zum nächsten Supergau und selbst der Kern der Bewegung keinerlei Antwort parat hat, kommt nicht von ungefähr. Seit Jahren arbeiten die »ManagerInnen« der Bewegung (wobei mensch das gendern hier eigentlich weglassen könnte) an zentralisierten, vereinheitlichten Strukturen, vereinnahmen die Bewegung wo es geht, und bieten ein leicht konsumierbares Protestprogramm. Einerseits können sie dadurch teilweise den Erfolg zahlenmäßig starker Mobilisierungen begründen. Andererseits haben sie dadurch mit dafür gesorgt, dass der Bewegung jede selbstorganisierte Dynamik aus den Segeln genommen wurde. Eine Reaktion außerhalb der Klüngel der »ManagerInnen« findet so nicht mehr statt. Jede Flexibilität ist verloren. Die »ManagerInnen« selbst haben kein Interesse die Dynamik der Anti-Atom-Bewegung auf andere Konfliktfelder zu übertragen. Mit ihrer appelativen Politik haben sie sich ja schon seit Jahren auf diesen »Atomausstieg« als Hauptgewinn beschränkt.

Wenn wir uns nun also aufmachen, die gesamte Energieindustrie ins Visier zu nehmen, auch ohne die zu weiten Teilen befriedete bürgerliche Anti-Atom-Bewegung, sollten diese Fehler nicht wiederholt werden. Der Fokus sollte stattdessen auf der Selbstermächtigung der AktivistInnen liegen. Im Sinne dieses Zieles ist die Werkstatt für »Aktionen und Alternativen« (WAA), die aktuell im rheinischen Braunkohlerevier aufgebaut wird, zu sehen. Diese Werkstatt soll eine offene Plattform sein, um Widerstand einen Raum zu geben und sich zu vernetzen, weiterzubilden, zu organisieren und benötigte Infrastruktur soll bereitgestellt werden. Das Besondere an der Werkstatt ist, dass sie nicht von einer bestimmten Gruppe kontrolliert wird, sondern, dass sie von allen Menschen und Gruppen für politische Arbeit genutzt werden kann. Anstatt gegenseitiger Ausschluss soll hier die Debatte gesucht werden, und die Kooperation bei der Nutzung von Infrastruktur versucht werden.

Das heißt aber nicht, dass es gleichgültig ist, was hier konkret geschieht, sondern bloß, dass nicht verregelt wird, was geschehen darf. Die Gruppe, die die Werkstatt vorbereitet, wünscht sich ausdrücklich ein Eintreten für emanzipatorische Politik und gegen Diskriminierung aller Art. Dennoch liegt der Unterschied nicht nur in der Formulierung. Für eine Widerstandsdynamik von unten ist es unerlässlich, dass ein gleicher Zugang aller zu Ressourcen und Wissen herrscht.

Aber nicht nur aus emanzipatorischen Ansprüchen macht eine offene Widerstandsplattform Sinn, sondern auch für eine effektive Organisierung. Bei gemeinsamen Aufbau und Nutzung einer Infrastruktur fällt dafür weniger Arbeit für die Einzelnen an und

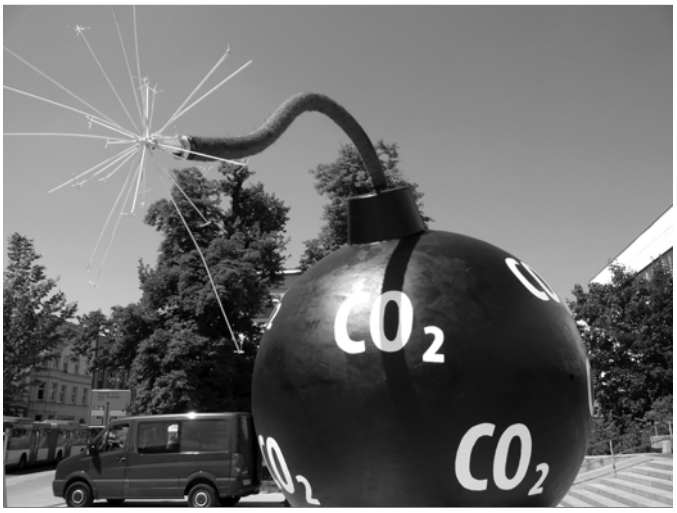


Foto: GuenterHH

gleichzeitig gibt es in der Tendenz für alle mehr Infrastruktur auf die zurückgegriffen werden kann. Außerdem ist die vorhandene Infrastruktur bei einer offenen Nutzung besser ausgelastet, als das ausschließend genutzte Räumlichkeiten in der Regel sind. Die offene Nutzbarkeit von Ressourcen und Infrastruktur ist auf der gesellschaftlichen Ebene DER Punkt, über den die Klimaproblematik gelöst werden kann.

Wo Häuser, Äcker, Produktionsmittel, Werkstätten, Lebensmittel und Wissen als »Commons« gehandhabt würden, also als für alle gleichartig zugänglich, wären jene Anreizsetzungen aufgehoben, die die Klimazerstörung wissend verursachen: Wachstumszwang und kapitalistische Produktion. Weil in dieser (durch die Konkurrenz) ein Zwang zur Profitmaximierung besteht, ist es unerlässlich, die Kosten der Produktion möglichst gering zu halten. Deshalb ist es profitabel, möglichst viel der Produktionskosten auf die Umwelt und damit auf die Allgemeinheit auszugliedern. Die Kosten in eine Debatte mit einzubeziehen, darüber was wie produziert werden soll, ist also nur möglich, wenn die Menschen, die von einer Produktion profitieren, die gleichen sind, die von den Negativauswirkungen betroffen sind, oder zumindest in einem solidarischen Verhältnis zu ihnen stehen. Der Logik des Privateigentums etwas Entgegenzustellen, ist also ein genauso wichtiger Schritt in Richtung einer klimagerechten Gesellschaft, wie das Angreifen klimazerstörender Infrastrukturen selbst.

»Die Werkstatt« wird am Stadtrand von Düren errichtet, in guter Erreichbarkeit zu gleich mehreren Braunkohle-Tagebauen (Hambach und Inden), aber auch zu den Städten Köln und Aachen. Im Idealfall soll die WAA ein Dreh- und Angelpunkt verschiedener Spektren werden, die sich gegen Kohle, gegen Klimazerstörung, oder sonst wie emanzipatorisch engagieren: Die verschiedenen Bürgerinitiativen in der Region, libertäre AktivistInnen aus Köln oder Aachen, UmweltaktivistInnen von überall her, auch aus den Niederlanden und Belgien, was nicht weit entfernt ist.

Durch den Austausch und die Vernetzung von Menschen mit so unterschiedlichen Hintergründen wird eine neue Dynamik und eine Stärkung des Widerstandes erhofft. Einbringen können Menschen sich auf verschiedenste Weisen: Einfach mal ein Seminar oder eine Infoveranstaltung besuchen, sich an den laufenden Diskussionen, an der klimaneutralen Renovierung und dem Ausbau des Gebäudes beteiligen, selber Programm organisieren und anbieten (sich einfach mal trauen!), sich an der Kampagne gegen Braunkohle in der Region beteiligen, die nicht nur von der WAA ausgehend geplant ist.

Das Konzept der WAA ist angelehnt an den 4 Grundpfeilern der Klimacamps: Vernetzung, Weiterbildung über Klimafragen, Erlernen von klimaneutralem Leben und Direkte Aktionen. Vereint sollen alle Elemente in der »school of radikal transition« werden, worunter ein dauerhafter offener Seminar- und Workshopbetrieb zu verstehen ist. Sprich: Dauernd soll es Brauchbares für (Klima)aktivistInnen zu lernen geben. Sei es über die Konzernpolitik von RWE, den Bau von Tripods, oder von Solarduschen.

Ob das Konzept der WAA aufgehen wird, wird sich zeigen, denn das Konzept ist darauf angewiesen, dass sich genügend Menschen mit ihren eigenen Ideen und Fähigkeiten einbringen und diese auch umsetzen. Zeigen wird sich daran auch, wieweit selbstorganisierte Organisierung und Widerstand in Deutschland überhaupt noch möglich sind, und daran wird sich ebenfalls zeigen, ob effektiver Widerstand, der die Ursachen angeht und nicht bloß die Auswirkungen, möglich ist.

Das rheinische Braunkohlerevier wurde zum einen gewählt, weil es Europas größter CO_2 Emmitent ist, also eine herausragende Relevanz für den Klimawandel (oder dessen Bekämpfung) besitzt und zum anderen weil es in Europa zentral liegt und auch eine internationale Vernetzung von KlimaaktivistInnen erwünscht ist.●

Kontakt:
waa@riseup.net
waa.blogsport.de

VERANSTALTUNGSZYKLUS

Was tun mit Kommunismus?!

Die kapitalistische Weltwirtschaft und die bürgerlichen Demokratien sind von fundamentalen Krisen erfasst. Begleitet werden sie von einem Aufschwung des Rechtspopulismus in Europa. Gleichzeitig wächst aber auch die Bereitschaft, über Alternativen und Wege zur Überwindung des Kapitalismus nachzudenken.

Für Empörung, Aufstände und soziale Revolutionen gibt es reichlich Gründe, wie die jüngsten Entwicklungen in der arabischen Welt, in Griechenland, Spanien oder in Großbritannien zeigen. In dieser Situation ist aber gerade in Deutschland auch eine Wiederbelebung der ML-Ideologie der gescheiterten pseudosozialistischen Diktaturen des Ostblocks zu verzeichnen. Die dreiste Leugnung des repressiven Charakters dieser Polizeistaaten gegenüber der Bevölkerungsmehrheit sowie jeder linken Kritik und Mythen über deren »sozialistische Errungenschaften« treiben neue Blüten. Überreste der DDR-Nomenklatura finden namentlich in der Tageszeitung »junge Welt« eine Plattform dafür.

Angewidert von der antikommunistischen Propaganda entdecken aber auch manch junge Linke plötzlich scheinbare »Vorzüge der DDR«. Auf diese Weise tappen Linke aber nicht nur in die Falle der Neutralisierung antikapitalistischer Strömungen durch die Herrschenden; diese können nämlich die Erfahrungen vieler Menschen in Ost und West mit dem untergegangenen System des »real existierenden Sozialismus« dagegen mobilisieren. Jene Linken sind auch dazu verdammt, erneut autoritäre Wege zu betreten, die nicht über den heutigen Kapitalismus und die in langen geschichtlichen Kämpfen gegen Kapital und Staat erstrittenen Freiheiten hinausführen, sondern dahinter zurückfallen.

Die bisherigen »real-sozialistischen« Verhältnisse haben sich als anti-emanzipatorische Sackgassen erwiesen. Deshalb ist für die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert eine radikal emanzipatorische Neubestimmung von Theorie und Praxis der antikapitalistischen Linken notwendig. Eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern und Irrtümern der eigenen Geschichte ist dafür eine ebenso unverzichtbare Voraussetzung, wie neue Antworten auf veränderte geschichtliche Bedingungen.

Diese Erkenntnisse sollten den Ausgangspunkt jeder heutigen Debatte über antikapitalistische Perspektiven bilden. Deshalb wollen wir in drei zusammengehörenden Veranstaltungen darüber diskutieren, ob und inwiefern eine Alternative zum Kapitalismus für verschiedene emanzipatorische Strömungen der antikapitalistischen Linken heute noch unter dem Leitstern eines »Kommunismus« stehen kann? Oder hat die geschichtliche Praxis von Bolschewismus und Stalinismus Begriff und Idee so verschlissen, dass sie durch andere Leitideen ersetzt werden müssten?

In einer ersten Veranstaltung unseres Zyklus wollen wir deshalb darüber diskutieren, wie das Verhältnis verschiedener emanzipatorischer Strömungen der antikapitalistischen Linken zum sogenannten »real existierenden Sozialismus« war und ist. Dabei wollen wir mit Lügen und Geschichtsmythen aufräumen.

Eng verbunden damit soll in einer zweiten Veranstaltung dem Problem nachgegangen werden, wie sozialistisch der »real existierende Sozialismus« jenseits aller Mythen überhaupt war? Damit sollen die verschiedenen Strömungen, die wir eingeladen haben auch bestimmen, was sie unter »Sozialismus« überhaupt verstehen. Ebenso wollen wir ausloten, worin die verschiedenen Strömungen die Ursachen für die Fehlentwicklung des Ostblocks sehen und wie sie den Charakter dieser Gesellschaften rückblickend einschätzen.

In einer dritten und letzten Veranstaltung wollen wir uns darüber austauschen, welche emanzipatorischen Auswege aus dem Kapitalismus sich nach dem Scheitern des »real existierenden Sozialismus« ergeben. Können diese gesellschaftlichen Alternative(n) noch mit dem Begriff »Kommunismus« assoziiert werden?●

Was tun mit Kommunismus?!

Kapitalismus – »real existierender Sozialismus« – konkrete Utopien heute

Montag, 31. Oktober, Mehringhof (Gneisenaustr. 2a, Nähe U 6+7/Mehringdamm), 18 bis 22 Uhr:
»Die Linke und 'der real existierende Sozialismus'«

Dienstag, 1. November, Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Str. 4, Tram 3+4, zwei Stationen vom Alex), 18 bis 22 Uhr:
»Wie sozialistisch war der 'real existierende Sozialismus'?«

Sonntag, 6. November, Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Str. 130, U 1+8/Kottbusser Tor, 17 bis 21 Uhr:
»Raus aus dem Kapitalismus – aber wohin? Konkrete Utopien heute«

Die Veranstaltungen werden unterstützt von:
Assoziation A, ASTA TU Berlin, Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung, Buchladen Schwarze Risse, North-East-Antifa, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Teilhabe e.V., Zeitschrift Analyse & Kritik, Zeitschrift Antirassistischer Gruppen, Zeitschrift telegraph

DISKUSSION

MEDIEN

»Netzwelten
– der Kampf um politische Hegemonie in der digitalen Welt«

Unter dem Titel »Netzwelten – der Kampf um politische Hegemonie in der digitalen Welt« diskutierten der Kommunikationswissenschaftler Christoph Nitz und Timo Luthmann, Gründungsmitglied der Softwaregenossenschaft »mensch.coop eG« über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Internets.

Foto: LiMA e.V.

Wer hat eigentlich derzeit die Hegemonie im Netz?

Nitz: Wenn sich eine Technik von etwas, was Spezialisten nutzen, hin zum Mainstream wandelt, dann gibt es immer ein oder zwei Anbieter, welche sich dann an die Spitze stellen und sagen: »Wir können daraus dann wirklich Kapital werden lassen.« Ansonsten kann man überall beobachten, wenn das Ingenieur- und Pioniertum nicht mehr gefragt ist, dann setzen sich die alten Konzerne durch. So ist etwa der Spiegel-Konzern ein sehr lukrativer Print-Konzern, der relativ früh die Möglichkeit des Privatfernsehens in Deutschland nutzte. Die haben sich dann zunächst mal in den Nischenbereich im Bereich Kultur bei den Privatsendern eingekauft und ihre Programme gemacht und sind inzwischen einer der größten Produzenten. Und diese Spiegel-Gruppe hat sich 1995 dann relativ früh und mit viel Geld in das Internet eingefunden und ist dort heute relativ dominant. Selbst die Bild-Gruppe hat erst relativ spät im Internet investiert und musste erkennen, dass ein Konzern, welcher über Pionierwissen und strategische Neupositionierung in der Spitze verfügt und bereit ist viel Geld zu verbrennen, heute eben Marktführer ist.

Ansonsten gilt vom Grundsatz her, dass die in einem neuen Kanal die Hegemonie haben, welche auch in den alten tradierten Kommunikations- und Gesellschaftskanälen die Hegemonie haben. Das heißt für uns als Linke, dass wir uns immer dem stellen müssen, dass wir weniger Ressourcen haben, dass wir mehr auf Ideen und freiwilliges Mittun setzen müssen, was aber auch bedeutet, dass wir Grenzen haben. Ein Konzern kann einfach sagen, »ich beschäftige jetzt einfach mal 50 Menschen für ein Jahr« und die machen dann ein interessantes Angebot, wo wir dann mit unseren Internetseiten und Blogs nicht mithalten

DOKUMENTATION

Franziska Dähn / Bernd Hüttner / Christoph Nitz (Hrsg.):
Grenzenlose Medien | Gegen-Öffentlichkeit
Dokumentation der 8. Linken Medienakademie (LiMA) 2011.
Buch, ca. 210 S., Kartoniert / Broschiert, 2011, VSA Verlag, ISBN 978-3-89965-469-1, 16,80 EUR inkl. MwSt.

Die Medien. Unendliche Weiten. Wir schreiben das Jahr 2010. Was 2002 mit zwölf Teilnehmern begann, hat sich zum größten alternativen Medienkongress gemausert. Hinter ihm steckt immer auch die Idee, die Herstellung von Gegenöffentlichkeit und einen kritischen Journalismus zu fördern, der die gesellschaftlichen Probleme nicht ausblendet und tiefer gehende Fragen stellt als der Medienmainstream. Neueinsteiger werden mit erfahrenen Medienmachern zusammengebracht, um sich handwerkliches Können anzueignen und um eigene Projekte in Zukunft professioneller gestalten zu können.

quasi allen. Es gibt ganz viele erfolgreiche Internetprogramme, welche die Grundlage des Internets bilden. Ohne diese Open Source Programme würde das Internet gar nicht so existieren, wie wir es heute kennen. Momentan allerdings herrscht der Kampf um die Frage, ob das Internet frei sein soll, ob es Gemeingut sein soll. Oder soll es einer Firma gehören, welche entscheidet, was im Internet steht und ob sich diese immer ein Hintertürchen offen hält.

Gibt es noch weitere interessante Ebenen für Konflikte?

Timo: Eine weitere Ebene, auf welcher Auseinandersetzungen geführt werden, sind Protokolle. Heutzutage kann man mit einer E-Mail Adresse jemanden eine Nachricht schicken und kann sicher sein, dass diese auch ankommt. Früher war es so, dass man nur innerhalb eines Anbieters E-Mails verschicken konnte. Dieses Phänomen haben wir heute bei »Facebook«. Wenn alle meine Freunde bei »MySpace« oder »Xing« sind und ich ausgerechnet bei Facebook, dann funktioniert die Kommunikation nicht. Weil die Unternehmen halt das Interesse haben, dass sie alle Leute nur bei sich haben. Ein Ziel ist es, das zu öffnen, dass wir die kommunikative Freiheit besitzen und nicht nur von den Konzernen gemaßregelt werden. Wir sind natürlich teilweise dazu gezwungen, in solche Netzwerke zu gehen, weil dort relevante Öffentlichkeit entsteht. Wir müssen dorthin gehen, wo die Leute sind. Ein Großteil der Leute ist nun einmal dort und wenn ich mit meinen Freunden oder Menschen, die ich politisch erreichen will, kommunizieren möchte, muss ich dorthin gehen. Dies muss ich in einem restriktiven privaten Raum machen, dessen Regeln der Konzern beschließt.

Nitz: Ich würde noch zwei Aspekte hinzufügen, was die tradierte Medienhegemonie betrifft. Man muss auch bedenken, dass es oft Angebote gibt, welche von Menschen unentgeltlich erstellt werden. Da gibt es zum Beispiel die »Huffington Post«, welche nach ihrer Gründerin benannt wurde. Die Webseite war ein Hort des linksliberalen Journalismus in den USA. Die »Huffington Post« lebte davon, dass Menschen dort Artikel schrieben. Am Ende wurde das Projekt so populär, dass die Gründerin die Zeitung an AOL verkauft hat und das Profil nun wahrscheinlich der Verwertbarkeit übergeben wurde. Damit sind wir wiederum beim »Facebook«-Aspekt. »Facebook« stellt eigentlich nur eine Plattform zur Verfügung und das Geld, welches das Unternehmen wert ist, das ist in den Bildern, Informationen und Erinnerungen gebunden, welche die über 500 Millionen Nutzer einstellen. »Facebook« ist viele Milliarden Euro wert und dieses akkumulierte Kapital ist nicht der Verdienst der Facebook-Gründer, son-

Fortsetzung auf Seite 8

könnten.

Timo, können Sie einmal umreißen, welche Kämpfe momentan im Netz ausgetragen werden?

Timo: Ein ganz wichtiges Feld ist die so genannte Netzneutralität, was bedeutet, dass Informationen mit der gleichen Geschwindigkeit weitergeleitet werden können. Es gibt große Telekommunikationskonzerne, welche gerne bestimmen möchten, wie schnell welche Information weitergeleitet wird. Was bedeutet: Jemand bezahlt mehr Geld und deshalb werden dessen Informationen bevorzugt transportiert. Derzeit herrscht diese Netzneutralität allerdings noch.

Ein weiteres Feld, welches hart umkämpft ist, sind die technischen Standards. Es geht dabei um die verschiedenen Philosophien, wie man das Netz begreift. Ursprünglich war das Netz ein Gemeingut, welches vom Staat aufgebaut wurde. Letztendlich wurde es der Wissenschaft zur Verfügung gestellt, welche dort ihre Ergebnisse frei publiziert hat. Daraus ist dann auch die gesamte Open Source Kultur entstanden, das heißt der Quellcode liegt offen und das Programm gehört

LiMA 2011: GRENZEN DER KOMMUNIKATION

Viel Recherche, wenig Geld?

Überall das gleiche in der Mainstream-Presse? Warum schreiben viele große Zeitungen so ähnlich? Fehlt den Journalisten Zeit und Geld, um zu recherchieren? Oder haben sie schlicht die gleiche Meinung? Eine Podiumsdiskussion am Freitagabend sucht nach Antworten.

Ein Bericht von Felix Werdermann ● »Ich suche immer nach dem großen Geist, von dem sie abschreiben.« Ulrich Maurer spricht über Journalisten. Der Linksparteipolitiker beklagt die Entwicklung der letzten Jahre: Immer mehr würde geschrieben, aber auch immer schlechter. »Ich lese immer das gleiche.« Und hinter dem großen Geist, von dem alle abschreiben, vermutet er die Nachrichtenagenturen.

Maurer sitzt auf dem Podium der LiMA-Diskussion über Grenzen der Kommunikation. Eigentlich sollte auch die taz-Chefredakteurin Ines Pohl dabei sein, aber nun ist es eine reine Männerrunde geworden: Für die taz diskutiert am Freitagabend Sebastian Heiser, neben ihm sitzt Jürgen Reents, Chefredakteur vom Neuen Deutschland (ND). Lorenz Maroldt, Chefredakteur vom Tagesspiegel ist ebenfalls dabei – wie auch Frank Werneke, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Verdi. Der Journalist Wolfgang Storz moderiert.

Maurer macht für die schlechte Qualität im Journalismus den »Kostendruck« verantwortlich. Lorenz Maroldt widerspricht ihm: »Kaputtgespart« würden vor allem die Regionalzeitungen, die großen überregionalen Zeitungen betreffe das nicht so sehr. »Ich glaube auch nicht, dass Recherchieren nur vom Geld abhängt.« Die taz sei dafür ein gutes Beispiel. Auch mit wenig Geld, werde dort Qualitätsjournalismus betrieben.

»Recherchieren ist nicht teuer«, bestätigt taz-Redakteur Sebastian Heiser, der öfter aufwendig recherchierte Artikel veröffentlicht. Dennoch sei die Arbeit bei der taz »Selbstausbeutung«. Ein bestimmter Personenkreis an Journalisten nehme das hin, »aber das kann kein Geschäftsmodell sein für den Journalismus«.

Selbst für viele taz-Redakteure sei das kein dauerhaft akzeptables Modell, meint Gewerkschafter Frank Werneke. Im Regelfall sei die taz keine Perspektive für das gesamte Arbeitsleben, nach einigen Jahren wechselten die Redakteure zu anderen Medien. Werneke bemängelt wie Macholdt die Situation der Regionalzeitungen. Dort würde immer mehr »Agenturjournalismus betrieben«, die eigenen Artikel kämen zu kurz.

ND-Chefredakteur Jürgen Reents hat noch eine andere Erklärung für die vielen Artikel, die sich ähneln. Grund sei weder der Geist, den Maurer sucht, noch eine Anweisung von oben. Entscheidend sei vielmehr »ein Grundkonsens, der nicht in Frage gestellt wird« und von den meisten Journalisten geteilt werde. Ein Beispiel: Wenn Soldaten ins Ausland geschickt werden, dann folgere die schreibende Zunft: Es geht um einen humanitären Einsatz. Sollte sich die Meinung später ändern, so werde das nicht thematisiert. »Das geschieht bei den Medien weitgehend ohne Selbstkritik.«●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

MEDIEN

dern das ist der Wert der kumulierten Daten, Fotos und Erinnerungen der Nutzer. Da müssen wir irgendwo einsetzen und sagen, dass das nicht sein kann. Gleichzeitig müssen wir vom Grundsatz auch dafür kämpfen, dass wenn jemand ein Internetprogramm schreibt, auch ordentlich bezahlt wird. Wie man das organisieren kann, dazu gibt es verschiedene Modelle.

Ist »Wikipedia« ein klassisches Feld für den Kampf um die politische und kulturelle Hegemonie?

Timo: Auf jeden Fall. Dort gibt es Auseinandersetzung um irgendwelche Einträge. Dort gibt es klassisch umstrittene Einträge zu Personen oder Dingen, wie etwa dem Islam, zu denen es heftige Auseinandersetzungen gibt, wo manche auch teilweise gesperrt werden müssen. Gleichzeitig ist auch eine Fülle von PR-Agenturen gerade für große Konzerne aktiv, um Einträge umzuschreiben. Kapitalkräftige Konzerne haben da einen nicht zu unterschätzenden Einfluss.

Nitz: Jedes Instrument, das es neu gibt, kann von jemanden der viel Geld hat, schneller und nachhaltiger eingesetzt werden, als von jemand, der nur über prekäre Ressourcen verfügt. Wir hatten ja den Skandal, dass sich ein früherer Siemens-Chef seine Biografie nach seinen Vorstellungen hat schreiben lassen. Deshalb gilt »Wikipedia«, auch zu recht, an Universitäten als nicht zitierfähig. Ein Instrument, was allen offen steht, kann natürlich leicht manipuliert werden. Das ist auch der Nachteil von Neuen Medien. Wenn Dinge von vielen benutzbar sind, dann sind wir auch durch viele benutzbar. Das ist ein doppelter Effekt. Deshalb muss man viel Medienkompetenz aufwenden, um zu filtern, was ist relevante Information und was ist Blendwerk oder sogar Desinformation oder nur Public Relations. Es gibt ja auch Agenturen, welche sich damit beschäftigen, Seiten von Firmen weit vorne in den Suchergebnissen bei Google zu platzieren. Das hat dann nichts mit relevanteren Informationen zu tun. Was mich auch zu einem Kernpunkt bringt. So liefert mir Google immer mehr die Informationen, welche ich schon einmal abgefragt habe. Allerdings will ich ja als Journalist immer die gesamte Bandbreite haben und

Foto: LiMA e.V.

selbst auswählen. Ich werde in meiner freien Meinungsbildung immer mehr durch diese so genannten personalisierten Web 2.0 Dienste eingeengt. So werden viele Dinge manipuliert und man befindet sich schnell in einer schönen neuen Welt, wo man eigentlich nicht mehr feststellt, dass man eigentlich in einer »Watte-Kulisse« agiert und man bekommt nicht mehr alle Informationen.

Die Umbruchsprozesse in Nordafrika sollen ein großes Stück weit durch die neuen Medien unterstützt und initiiert worden sein. Was ist dort eigentlich genau passiert?

Nitz: In den Ländern, welche eine Bevölkerung mit weniger finanziellen Ressourcen als wir haben, sind Mobiltelefone die am meisten verbreitete Technologie und über die kann man etwa »Twitter« relativ schnell bedienen, womit man eben schnell Dinge organisieren kann. Das heißt also, dort stand für die Organisation einer Revolution ein günstiger Kommunikationskanal zur Verfügung, was genauso für »Facebook« galt. In den nordafrikanischen Staaten war es dann so ähnlich wie vor 20 Jahren bei den Staaten des Warschauer Paktes, wo die dortigen Regierungen mit ihren Sicherheitssystemen durch eine neue Art der Kommunikation überrollt worden waren.

In Ägypten und Tunesien ging immer die These auseinander, ob die Revolution quasi durch »Facebook« nun initiiert wurde oder ob einfach nur die neuen Kommunikationsmittel von einer jungen unzufriedenen Bevölkerungsgruppe genutzt wurden, welche nach 20 oder 30 Jahren einfach die Schnauze voll von ihrer Regierung hatte. Ich würde zu der These neigen, dass der Kommunikationskanal genutzt wurde.

Timo, wie sehen Sie die Ereignisse?

Timo: »Facebook« und die anderen Social Media Dienste haben nicht diese Revolutionen dort ausgelöst, sondern sie haben diesen Prozess nur unterstützt. Letzten Endes waren es im Kern Basiskämpfe und ganz viel klassische Organisation. Allerdings wäre es ohne diese Kommunikationskanäle sehr viel blutiger abgegangen. Es hat natürlich etwas gebracht.

Welche sozialen Schichten nutzen in den nordafrikanischen Staaten eigentlich die neuen Medien?

Timo: In Tunesien nutzen diese 35 Prozent, in Ägypten 25 Prozent und in Libyen drei bis vier Prozent. Man darf sich das auch nicht so vorstellen, das war auch nicht im Iran so, dass die Leute die ganze Zeit im Internet hängen und bei »Twitter« etwas machen. Das ist einfach nur ein Ausdruck von Multiplikatoren, das fließt dann eben weiter und schafft Öffentlichkeit. Speziell in Nordafrika gab es viele Rückkopplungseffekte. Dort war das zentrale Massenmedium Aljazeera Satellitenfernsehen. Das haben dort alle und das verstehen dort alle. Gleichzeitig nutzt Aljazeera Social-Media-Dienste sehr intensiv, wozu es dann speziell in Tunesien zu diesen Rückkopplungseffekten kam, indem Sachen aus dem Internet mittels Satellitenfernsehen an die breite Masse verbreitet wurden.

Im Bezug auf den Iran war das Internet speziell für die Organisation von Solidarität von außen deutlich wichtiger, um die Isolation von der Welt da draußen aufzubrechen. Das andere zentrale sind eben SMS, weil dort wirklich jeder ein Handy hat. Deshalb werden dort etwa vor Wahlen oder bei prekären Situationen einfach die Netze abgestellt und dann muss man eben auf klassische Organisationsmethoden wie vor hundert Jahren zurückgreifen, wie etwa zentrale Plätze zu besetzen.

Kommen wir zurück nach Deutschland und die Plagiatsaffäre um Karl Theodor zu Guttenberg. Auf »Facebook« hatte der Freiherr mehr als eine halbe Million Fans, welche ihn zurückhaben wollten. Doch als der Protest dann auf die Straße kommen sollte, kam fast niemand zu den Demonstrationen. Daher die Frage: Wie geht es eigentlich zusammen, dass jemand bei »Facebook« so populär ist und auf der Straße niemand ist?

Nitz: Es ist eine schnellere Aktion einfach mal auf den »Gefällt mir Button« bei »Wir wollen Guttenberg zurück« zu drücken, weil man die Seite witzig findet, als auch tatsächlich zu schauen, wo eine Demo stattfindet und dort dann auch hinzugehen. Man kann das auch in der kommerziellen Wirtschaft sehen. Also Lady Gaga ist das Phänomen für junge Menschen was Musik angeht. Bei ihren kostenfrei bereitgestellten Videos auf »Youtube« hat sie 1,5 Milliarden Klicks von Menschen bekommen, bei »Facebook« hat sie wieder- um rund 30 Millionen Freunde. Wir sehen also, wenn man mehr Klicks machen muss, werden es schon drastisch weniger. Wenn ich dann sogar auf die verkauften Platten bzw. Downloads gehe, sind wir im niedrigen einstelligen Millionenbereich. Je höher die Schwelle einer Aktion wird, desto weniger bleibt von den virtuellen Unterstützern übrig. So zeigt sich, dass die Neuen Medien nur Cross Medial genutzt werden sollten, das heißt wir sollten bestimmte Angebote bei »Twitter« oder »Facebook« machen und zeigen, wo wir etwa längere Artikel und Untersuchungen im Internet hinterlegt haben. Wir sollten gleichzeitig immer wieder auf tradierte Aktionsformen, wie Demonstrationen, in den Neuen Medien hinweisen und werben. Es gab ja mal diesen Gutenberg, der nicht plagiierte und welcher den Bruchdruck mit bewegbaren Lettern erfand. Und Martin Luther hat diese damals neue Technologie dann im Kampf gegen die tradierte Kirche genutzt. Neue Medien werden oft von »Underdogs« genutzt, weil sie darin eine Chance sehen.

Gibt es innerhalb der Linken nicht eine grundsätzliche Technikskepsis?

Nitz: In der Geschichte sagte man, der Tonfilm wird sich nicht durchsetzen, weil er künstlerisch nicht wertvoll sei. Ich glaube in der Zwischenzeit ist die Zahl der Stummfilmkinos deutlich übersichtlicher geworden. Die Technikskepsis kann man auch innerhalb der links und grünen Bewegung festmachen. Es gab mal im Jahr 1984 den Song »Computer sind doof« der Band Spliff und nichtsdestotrotz benutzen wir alle Computer. Es kommt bei der Technik immer darauf an, was derjenige im Kopf hat, der sie nutzt. Deshalb sollten wir uns auch nicht entmutigen lassen. Ich habe einen klugen Aufsatz über die Weimarer Republik gelesen. Damals haben sich die Nazis und die Kommunistische Partei, hier speziell Willi Münzenberg, einen Schlagabtausch geliefert, wer ist der Modernere und beherrscht die neuen Kommunikationstechniken am besten. Links heißt also nicht per se, dass wir nicht einfach nur technikskeptisch und medienkritisch sein sollen, sondern dass wir unsere guten Inhalte über jeden Kanal professionell verbreiten. Es kann ja nicht angehen, dass die Neoliberalen einfach nur die neuen Techniken besser benutzen als wir, sondern wir müssen uns einfach befähigen und ein Stück Hegemonie zurückgewinnen.●

Eine Maske in Form eines Frauengesichts hinter chinesischen Schriftzeichen

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

Buchhinweis

Ramelow / Wawzyniak / Sitte / Nitz: It's the Internet, stupid! DIE LINKE und die »Schienennetze« des 21. Jahrhunderts 2011. Buch. ca. 160 S. Kartoniert / Broschiert, VSA Verlag, ISBN 978-3-89965-470-7

LiMA 2011: DIE LINKE SUCHT DAS SUPERBLATT

Gegen die Bleiwüste

Schlecht in Form: Viele linke Zeitungen konzentrieren sich auf die Inhalte, nicht jedoch auf die Gestaltung – obwohl das viele Leser kostet. Woran liegt's?

Eine Analyse von Felix Werdermann ● An der Bild-Zeitung gibt es viel zu kritisieren – aber ihren Erfolg kann man schwerlich abstreiten. Auflage: Knapp drei Millionen Exemplare. Davon können linke Zeitungen nur träumen – würden doch viele Macher gerne mehr Menschen mit ihren Inhalten erreichen. Paradoxerweise trägt jedoch gerade dieser Wunsch dazu bei, dass sich linke Zeitungen am Kiosk schlecht verkaufen lassen, ja sogar schlecht verschenken lassen.

Zahlreiche Politgruppen geben Zeitungen heraus – meist mühevoll durch ehrenamtliche Arbeit hergestellt, nur in größeren Organisationen sind es oft die Mitarbeiter der Öffentlichkeitsabteilung. Die Motivation: Die Leser auf die eigene Position hinweisen, von der eigenen Meinung überzeugen, für die eigene Arbeit interessieren. Das ist eine andere Herangehensweise als sie in zahlreichen Zeitungen praktiziert wird, die sich gerne als »überparteilich« oder »unabhängig« bezeichnen (und damit ist nicht nur die Bild-Zeitung gemeint). Dort versteht man den Journalismus stärker als Dienst am Leser: Wir schreiben, was unsere Zeitungskäufer wissen wollen.

Beide Sichtweisen haben ihre Berechtigung und lassen sich in der Realität auch nicht scharf voneinander abgrenzen. Dennoch haben vor allem die Macher kleiner linker Zeitungen ein Problem: Weil sie andere Menschen von bestimmten Positionen überzeugen wollen, konzentrieren sie sich fast ausschließlich auf die Inhalte, die Form ist zweitrangig. Im politischen Alltag spielen Argumente eine große Rolle – Bilder, Schriftart oder Infografiken hingegen normalerweise nicht.

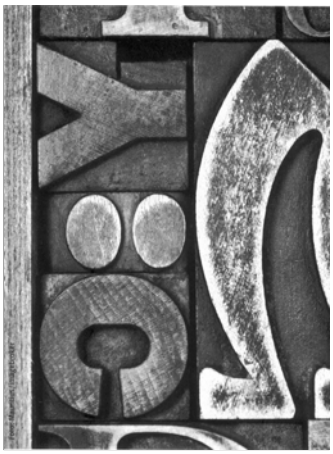


Foto: Mauritius/imagebroker

Doch gerade solche Elemente sind es, die eine Zeitung attraktiv machen.

Hinzu kommt eine falsche Selbstwahrnehmung der linken Zeitungsmacher: Wer felsenfest von seiner Meinung überzeugt ist, glaubt meist, dass sich auch andere leicht dafür gewinnen lassen, wenn sie nur die richtigen Informationen in die Hand gedrückt bekommen. Wie das aussieht, ist egal – es ist schließlich die Wahrheit.

Nur: Die Informationen in der Hand sind nicht die Informationen im Kopf. Das Lesen ist Arbeit, die der Autor dem Leser abverlangt. Und da lässt jede Erleichterung die Chancen steigen, dass der Text tatsächlich (zu Ende) gelesen wird. Konkret hilft eine klare, verständliche Sprache, aber ebenfalls eine deutliche Textstruktur, die auch optisch zu erkennen ist. Ausgedrückte Empörung, Übertreibung und Insidersprache bewirken das Gegenteil.

Schlecht gemachte Zeitungen erreichen teilweise nicht mal die Leute, die den Positionen der Macher nahe stehen. In der Geschichte gibt es dazu ein prominentes Beispiel: So wurde die »Rote Fahne« – damals Mitgliederzeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands – in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mal von allen Parteimitgliedern gelesen. In einer Umfrage bemängelten die Leser vor allem die unverständlichen Texte.

Ganz anders sah es bei der »Arbeiter-Illustrierten Zeitung« (AIZ) aus. Sie richtete sich nicht nur an Parteimitglieder, berichtete auch über Sport- und Kulturveranstaltungen, brachte Fotomontagen, Bilder und Infografiken im Blatt. Mit ihren über 3.000 Leserreportern hat sie vorgemacht, was jetzt die Bild-Zeitung seit fast fünf Jahren nachmacht: Die Leser aktiv einbinden. Die AIZ war mit ihrer Strategie sehr erfolgreich: Im Jahr 1933 wurden eine halbe Million Zeitungen gedruckt, kurz danach wurde die AIZ jedoch von den Nazis verboten.

Bis heute hat sich in Deutschland keine linke Zeitung vergleichbar etablieren können. Die Linksfraktion im Bundestag kopiert mit ihrer Zeitung »Klar« bloß die Bild-Zeitung – und kommt alleine deswegen bei vielen nicht gut an. Die Suche nach dem Superblatt geht also weiter. Vielleicht kann dabei ein Blick in ein Zeitungsarchiv der Arbeiterbewegung durchaus nützlich sein.●

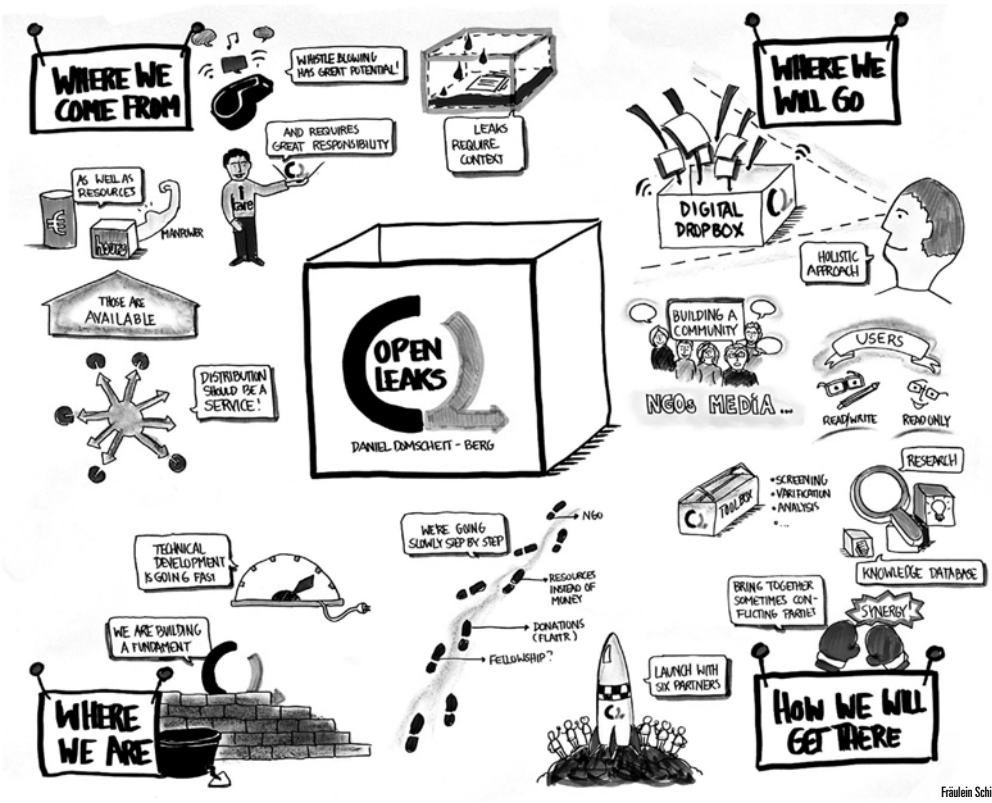
Dieser Text basiert auf Argumentation und Informationen aus dem Workshop »Die Linke sucht das Superblatt« von Jan Maas, Marcel Bois und Stefan Bornost.

OPEN LEAKS

MEDIEN

Wie leakt es sich richtig?

Daniel Domscheit-Berg war neben Julian Assange einer der bekanntesten Akteure der Enthüllungsplattform »WikiLeaks«. Aufgrund von Streitigkeiten verließ er jedoch 2010 das Projekt, woraufhin er wenig später verkündete, mit »OpenLeaks« eine eigene Plattform anbieten zu wollen. Auf der LiMA 2011 stellte der Informatiker die Idee vor und erklärte unter anderem, warum aus seiner Sicht eine totale Informationsfreiheit nicht das Ziel sein kann.



Fräulein Schiller

Warum brauchen wir überhaupt Whistleblowing Plattformen?

Domscheit-Berg: Ich glaube wir alle können sehen, dass die Welt mit der Globalisierung und der gesamten technologischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung immer komplexer und somit es auch schwerer zu verstehen wird. Wenn wir das alles nicht verstehen können und keine Möglichkeit haben, unsere Realität richtig zu beurteilen, dann haben wir keine gute Grundlage, um irgendwelche guten Entscheidungen zu treffen. Das ist so ein bisschen der Grund, weswegen es wichtig ist, dass man Plattformen schafft, die helfen können, Transparenz von unten zu schaffen und das genau da, wo durch Geheimhaltung gewisse Krankheiten in unserer Gesellschaft reifen. Das ist eine Entwicklung, welche wir über die letzten Jahre ganz genau sehen konnten. In den meisten Bereichen, wo wir heute in der Gesellschaft eine rigorose Geheimhaltung haben, wo sehr viel Energie aufgewendet wird, Dinge vor den Bürgern geheim zu halten, zu verschweigen, gewisse Informationen zu unterdrücken, genau da besteht ein enorm großes Potenzial zur positiven Veränderung. Man kann an der Ordnung von Dingen rütteln, wenn man gewisse Dinge ans Licht bringt. Was wir heute an Korruption und den daraus entstehenden Problemen in der Gesellschaft sehen, ist eine Konsequenz aus der Geheimhaltung, welche in der Regel auch keinen Sinn macht, außer natürlich um einen Missstand zu verdecken. Wir müssen somit in unserer heutigen Gesellschaft, in welcher der Standard die Geheimhaltung und nicht die Transparenz ist, Mechanismen schaffen, welche Transparenz von unten ermöglichen. Es muss ganz klar ein Recht darauf geben, dass es in unserer Gesellschaft eine Geheimhaltung gibt, dass Menschen Dinge für sich privat behalten können, dass auch kommerzielle Interessen einer Geheimhaltung unterliegen können, dass es auch in der Diplomatie solch ein Recht gibt. Aber es muss in einer Gesellschaft auch immer ein Recht geben, ein solches Geheimnis zu verraten. Im Moment müssen wir unsere Gesellschaft transformieren. Von einer, welche sich standardmäßig geheim verhält, zu einer, die standardmäßig alles offen legt und nur in Ausnahmefällen Dinge geheim hält.

Daniel Domscheit-Berg Foto: LiMA e.V.

Warum sollten Informationen überhaupt noch geheim gehalten werden?

Domscheit-Berg: Es gibt in der Gesellschaft eine Notwendigkeit, dass Dinge privat oder geheim bleiben. Die gibt es genauso, wie für Dinge, welche an die Öffentlichkeit kommen müssen. Es muss immer eine Einzelfallentscheidung sein, in welcher man prüft, ob ein größeres öffentliches Interesse oder ein größeres privates bzw. Geheimhaltungsinteresse besteht. Diese Entscheidung ganz pauschal zu sagen, was besser ist, ist extrem schwierig. Als plastisches Beispiel gibt es die Coca Cola Formel, deren Geheimhaltung ein rein kommerzielles Interesse hat, wo es wahrscheinlich keinen moralischen Mehrwert hätte, das zu publizieren. Auf der anderen Seite, wenn jetzt über die Publikation der Formel der einzige Weg bestünde, den Nachweis zu erbringen, das Coca Cola beispielsweise krebskrank macht, dann gäbe es unter Umständen einen Grund, warum ein kommerzielles Geheimnis gebrochen werden sollte. Man muss also aus unserer Erfahrung immer den Einzelfall betrachten.

Was kann Whistleblowing gesellschaftlich erreichen?

Domscheit-Berg: Durch Whistleblowing wird eine Möglichkeit geschaffen, etwas ans Licht zu bringen, wo es nicht erlaubt ist, wo wir also noch Mechanismen haben, die warum auch immer, etwas vor der Bevölkerung geheim halten. So kann es dann einen Menschen geben, der entgegen den Anweisungen, entgegen seines Vertrages und entgegen seines Schwures sich entscheidet, etwas doch an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Aus meiner Erfahrung sind dies größtenteils Menschen, welche geschützt werden müssen, um ihnen Gehör zu verschaffen.

Weshalb gab es solche Mechanismen bisher noch nicht?

Domscheit-Berg: Diese Frage hat uns lange umgetrieben. Warum hat nicht jede Zeitung und jedes andere Medium ein Onlinepostfach, indem man Dokumente hochladen kann? Das hat verschiedenste Gründe. Der Wichtigste ist mit Sicherheit die zunehmende technische Hürde, welche nicht so trivial ist, wie man vielleicht denkt. Die Entwicklung eines Systems, das Onlinequellen schützen kann, das die Anonymität einer Person, welche etwas hoch laden will, sicherstellt, ist nicht trivial. Aus unserer Erfahrung sind die meisten Medien kompetenzmäßig nicht so aufgestellt, dass sie so etwas selbst implementieren könnten. Es gibt auch keinen Dienstleister, welcher sich um ein solches Angebot kümmert. Die Expertise zum Betrieb einer solchen Plattform ist eigentlich bis auf die Leute, welche im Umfeld von »Wikileaks« und einiger anderer Seiten tätig waren, einfach nicht vorhanden. Im Moment versuchen verschiedenste Leute eine solche Plattform zu bauen. So probiert es etwa Al Jazeera mit seiner so genannten »Transparency Unit« oder in Deutschland die »WAZ«. Aber wenn man sich diese Lösungen einmal im technischen Detail anschaut, dann wird man feststellen, dass es eigentlich keine besonders guten Umsetzungen für das Problem sind. Bei beiden Projekten gibt es einige Dinge, welche man technisch deutlich besser machen könnte.

Gibt es neben den technischen Problemen noch andere Gründe für das bisherige Fehlen einer solchen Plattform?

Domscheit-Berg: Ein weiterer Punkt ist die weitestgehend unklare rechtliche Grundlage. Wie ist überhaupt die rechtliche Lage, wenn man als Medium einen solchen Service betreibt? Was passiert, wenn es eine Durchsuchung durch die Staatsanwaltschaft gibt und jemand herauszufinden versucht, wer die Quelle von irgendwelchem Material ist? Was ist, wenn jemand versucht rechtlich einzufordern, dass man ihm Informationen bereitstellt. Unklar ist auch, in welchen Ländern man das Material überhaupt entgegennehmen und publizieren kann, ohne dass es rechtliche Probleme gibt. Auch all das ist wieder nicht trivial und wir haben wieder das Problem, dass das Gebiet weitestgehend unerforscht ist und man viel Liebe zum Detail benötigt. Man muss für jedes Land die einzigartige Situation verstehen, man muss sehen, inwiefern rechtliche Fragen schon geklärt sind und inwiefern es bereits Präzedenzfälle gibt. Letzten Endes muss man auch klären, inwiefern man sich auch überhaupt darauf verlassen kann, dass etwas besteht und hier nicht vielleicht ein Risiko eingeht, wenn man ein solches Portal in Ländern betreibt, wo es vielleicht keine so starken Pressegesetze gibt. Diese Punkte sind aus unserer Sicht die einzigen Barrieren, welche viele Medien davon abhalten, so etwas aufzuziehen. Für jedes Medium, dass an einer solchen Lösung arbeitet, besteht auch das Problem, dass in dem Moment, wo man eine Quelle gefährdet oder diese exponiert wird, man an Glaubwürdigkeit einbüßt. Damit hat man eine sehr hohe Sorgfaltspflicht und muss sicherstellen, dass keine Fehler passieren.

Wie ist die Funktionsweise bereits existierender Whistleblowing Plattformen?

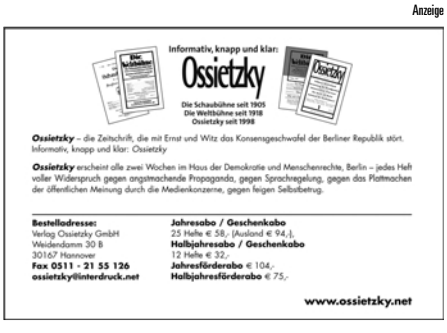
Domscheit-Berg: Bisher gibt es immer einen Kanal, über den ein Dokument eingereicht werden kann und es gibt genau einen Kanal, über welchen dieses Dokument dann wieder publiziert werden kann. Alles dazwischen findet innerhalb einer einzigen Entität statt. Es gibt eine ganze Menge verschiedenster Komponenten, welche jetzt von einer Plattform geleistet werden müssen. Wir müssen eine Plattform haben, die Dokumente annehmen kann und über Mechanismen zur Anonymisierung von Quellen verfügt. Es muss Möglichkeiten zur Bewertung von Dokumenten geben und zur redaktionellen Bearbeitung, etwa für Schwärzungen, geben. Weiterhin muss es die Möglichkeit geben, eine vom Format her standardisierte Zusammenfassung für ein solches Dokument zu schreiben. Das Dokument muss in irgendeiner Art und Weise publiziert und die Publikation muss rechtlich verteidigt sowie technisch aufrechterhalten werden. Allerdings haben wir in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass das viel zu viel Arbeit ist. Man versucht eigentlich, das größte Medienunternehmen der Welt aufzubauen, weil man versucht, alles innerhalb einer Struktur abzufangen. Man müsste sämtliche Sprachen dieser Welt verwerten können, man müsste mit sämtlichen Typen von Dokumenten klarkommen, diese überprüfen und redaktionell bearbeiten können. Allerdings ist dies der Versuch, das Rad in vielen Bereichen neu zu erfinden, was ziemlich ineffizient ist.

Wie lässt sich ein solches Projekt dann effizient gestalten?

Domscheit-Berg: Wenn man irgendetwas effizient publizieren möchte und zwar so, dass es möglichst viele Leute erreicht, dann braucht man verschiedenste Organisationen für eine Zusammenarbeit. Man braucht in der Regel zumindest die Medien, denn die wenigsten Leute lesen Quellendokumente. Zumindest liest niemand Quellendokumente, wenn er nicht unter Umständen von einem Journalisten vorher eine Geschichte gelesen hat, die ihm zumindest den Kontext zu einem Quellendokument erklärt hat. Die meisten Leute interessieren sich überhaupt nicht für das Detail, sondern brauchen erst einmal jemanden, der ihnen einen Kontext bietet und das sind in der Regel die Medien. Wir müssen also, um effizient zu sein, mit Medien zusammenarbeiten. Das ist das, was »Wikileaks« auch

Fortsetzung auf Seite 10

Anzeige



FORTSETZUNG VON SEITE 9

MEDIEN

heute schon probiert, indem man bei den letzten Veröffentlichungen Partnerschaften mit dem Guardian, der New York Times, dem Spiegel und einigen anderen Medien eingegangen war. Das ist sehr sinnvoll. Allerdings besteht das Problem, wenn man quasi Herr über den gesamten Prozess und auch Herr über die Auswahl der Partnerschaften ist, dass man die eigentlich notwendige Neutralität verlässt. Damit wird etwas geschaffen, womit Gatekeeping ermöglicht wird. Das heißt, in Deutschland gibt es beispielsweise nur einen exklusiven Partner für »WikiLeaks«. Jetzt gibt es zwar noch die »Welt«, welche über einen anderen Kanal Depeschen bekommen hat, womit diese allerdings die einzigen sind, welche für diese enorm wichtigen Veröffentlichungen eine Alternative bieten können. Als die Sache im letzten Jahr anlief, hat der Spiegel nämlich gesagt, er möchte bei der Sache keine andere deutsche Beteiligung dabeihaben. Genauso hat der Guardian gesagt, sie möchten in England niemand anderes beteiligen und auch die New York Times hat das für die USA genauso gesehen. Selbst den Spiegel in die Runde mit der New York Times und dem Guardian rein zu bekommen, war ein Problem, weil die das bereits als Konkurrenz angesehen haben. Leider funktionieren Medien so. Sie möchten nicht mit allen anderen kooperieren und sie brauchen diese Exklusivität. Das ist medienökonomisch einfach so gegeben.

Kann man ein solches Problem dann überhaupt umgehen?

Domscheit-Berg: Genau das versuchen wir mit dem »Open Leaks« Projekt so ein bisschen zu versuchen. Die grundlegende Idee im ersten Schritt war, zu sagen, dass es zwei komplexe Teilbereiche gibt. Zum einen den Bereich, der sich darum kümmern muss einen Briefkasten bereitzustellen, indem Quellen Dokumente reingeben können. Die in diesem Bereich gegebenen technischen und rechtlichen Anforderungen sind sehr speziell, was für uns bedeutet, hier alles zu tun, was mit Quellenschutz, Dokumentenanonymisierung, Aufbereitung, Standardisierung und Bereitstellung zur Bearbeitung zu tun hat. Auf der anderen Seite haben wir das, was andere heute bereits klassisch machen, nämlich Inhalte bereitzustellen. Das machen heutzutage sowohl die Medien als auch bereits viele Bürger, welche Blogs und Webseiten betreiben und die sich in irgendeiner Art und Weise vernetzen. Wir sind heute alle Content-Produzenten und es war noch nie so einfach wie heute, zum Publisher im Internet zu werden. Aus unserer Sicht ist dies sinnvoll und wir müssen schauen, wie man sich diese Ressourcen zu Nutze machen kann. Indem Moment, wo wir alles in diese besagten zwei Bereiche aufgebrochen haben und uns auf den ersten Bereich konzentrieren, müssen wir uns um den zweiten Bereich erst überhaupt einmal keine Gedanken machen.

Zweites besteht in diesem Modell allerdings auch das Problem, dass es auch nur einen Kanal gibt, worüber irgendjemand etwas einsenden kann und auch nur einen Kanal zur Publikation. Im Endeffekt ist das dann auch die nächste Ausbaustufe, welche wir anstreben. Wir sagen, es gibt ja eigentlich mehr als eine Entität, welche etwas empfangen und publizieren möchte. Wir stellen also Medien, Nichtregierungsorganisationen und vielleicht Gewerkschaften Briefkästen bereit, also jenen Organisationen, welche traditionell ein Interesse daran haben, die Öffentlichkeit zu informieren. Ein Briefkasten, welcher technisch sicherstellt, dass eine Quelle anonym und ungefiltert ein Dokument einsenden kann. Wenn dieses Dokument nun beim Empfänger eingegangen ist, kann dieser über die Publikation entscheiden. Damit verlagern wir den gesamten Publikationsteil auf die Organisationen und Entitäten, welche Erfahrung in der Veröffentlichung von Dokumenten haben, welche rechtlich gut aufgestellt sind, die redaktionelle Standards besitzen und welche einfach das Rad nicht neu erfinden müssen, wie das in einem etwas zentralistischen Modell der Fall wäre.

Mit diesem Modell entscheiden also die einzelnen Partnerorganisationen, welche Informationen publiziert werden oder nicht. Leistet man damit allerdings nicht der bereits angesprochenen Gate-Keeper-Mentalität Vorschub?

Domscheit-Berg: Es gab bei »WikiLeaks« ein paar Stellen, wo man festgestellt hat, dass es keinen Sinn macht, diese ganzen redaktionellen Standards erneut zu erfinden. Es gibt einen Bedarf dafür, dass Menschen mit Erfahrung in diesem Bereich und mit gesundem Menschenverstand, solche Informationen redaktionell bewerten, bevor diese veröffentlicht werden. Ich war selbst sehr lange ein großer Verfechter der absolut ungefilterten Publikation von Rohinformationen, weil ich immer der Meinung war, das man so hart wir möglich versuchen muss, an dieser Linie zu fahren. Praktisch betrachtet hat sich aber gezeigt, dass bei so etwas Fehler passieren und man dies nur dann umgehen kann, wenn man definierte Standards hat. Solche Standards kann man nicht über Nacht entwickeln. Das geht nicht innerhalb eines kurzen Zeitraumes. Man muss nämlich auch auf die Standards setzen, welche in den letzten Jahrzehnten etabliert wurden und das sind welche, die eben heute in existierenden Organisationen vorhanden sind. Mit diesem Ansatz erreichen wir zwei Sachen. Zum einen stellen wir ein Werkzeug bereit, mit dem Informationen sehr nah dahin kommen können, wo sie einen Unterschied machen. Wenn ich heute als Quelle beispielsweise weiß, ich hab hier bei mir irgendwo in der Gegend eine Umweltsauerei oder ich arbeite bei einer korrupten Behörde, dann weiß ich eigentlich schon sofort, wohin ich diese Information geben kann, wo das auch jemanden interessiert.

Wir geben gleichzeitig der Quelle die bestmögliche Kontrolle darüber, wem sie die Informationen sicher zuspielen kann. Nicht mehr die empfangende Organisation wählt jetzt die Medienpartnerschaften oder die NGO aus, welche das Dokument erstmalig zur Verfügung gestellt bekommt, sondern dies macht dann die Quelle. Aus unserer Sicht ist die Quelle die einzige Partei, welche zu diesem Thema eine Meinung haben darf. Alle anderen, denen dieses Dokument anvertraut wird, haben eine Verpflichtung zur Neutralität und dafür Sorge zu tragen, dass es möglichst viele Menschen erreicht, aber nicht um Politik damit zu machen.

Open Leaks bietet also bereits existierenden Institutionen einen Service, die sichere Übermittlung brisanter Dokumente durch eine Quelle zu ermöglichen. Wenn jetzt allerdings die Quelle den Empfänger ihrer Information auswählt, dann wird doch die eigentliche Idee des Whistleblowing ad absurdum geführt?

Domscheit-Berg: Fragen wir uns: Was ist das Interesse einer Quelle? Warum wendet sich die Quelle nicht direkt an etablierte Medien, indem sie beispielsweise einfach ein Dokument ausdruckt und das dahin schickt? Es gibt verschiedene Antworten darauf und die wichtigste ist aus unserer Sicht, dass die Quelle möchte, dass ihr Dokument möglichst viele Leute erreicht. Und zwar nicht klassisch, indem man das Dokument einem Journalisten gibt und der macht daraus eine gute Story, verkauft unter Umständen damit für sein Blatt eine hohe Auflage und lässt das Dokument dann aber weiter unter Verschluss, um es in Zukunft eventuell weiter ausmelken zu können oder eben nicht. So läuft das ja heute bei den Medien. Keine Redaktionen tauschen Dokumente untereinander aus. Wir wollen das jetzt aber anders regeln: Angenommen jemand möchte jetzt zum Beispiel, dass eine Zeitung ein Dokument erhält, dann kann ich sagen, dass dieses Medium das Dokument für 14 Tage exklusiv bekommt. Diese zwei Wochen ermöglichen es dann der Zeitung, das Material exklusiv zu verwerten, was dem medienökonomischen Interesse entspricht. Nach dem Ablauf dieser zwei Wochen wird das Dokument dann allerdings, sofern die Quelle dies will, innerhalb des Systems an alle weiteren Partner verteilt. Wenn wir also von 100 Partnern ausgehen, haben nach dem Ablaufen der Frist im Endeffekt alle anderen 99 Partner das Dokument auch. Diese Dynamik stellt zum einen sicher, dass das System ökonomisch für Medien interessant ist und nicht jeder seine eigene Insel baut. Zum anderen wird sichergestellt, dass Dokumente nicht irgendwo gedeckelt werden und wir keine Gate-Keeper aufbauen.

Foto: Christian v. Polentz / transitfoto.de

Open Leaks soll auf etwa 100 Partner beschränkt bleiben. Welche sollen das sein und wie werden diese ausgewählt?

Domscheit-Berg: Wir werden mit Organisationen arbeiten, deren Ziel die Aufklärung der Öffentlichkeit ist. Wir werden niemals ein System anbieten, mit dem man innerhalb einer Firma jetzt einen Missstand melden kann und dieses Unternehmen dies als internes Whistleblowing-System nutzt. Für solche Dinge gibt es auch bereits heute schon kommerzielle Lösungen. Ich halte diese allerdings für beschränkt in ihrer Wirkung, denn sie führen eigentlich nur dazu, dass die Information nicht an die Öffentlichkeit kommt, sondern dass der Missstand beseitig wird, bevor er die Öffentlichkeit erreicht. Wir arbeiten also beispielsweise mit NGO's, mit Medien und Umweltorganisationen, Antikorruptionsverbänden und investigativen Rechercheure netzwerken. Zudem wollen wir mit vielen Multiplikatoren arbeiten, sodass wir Netzwerken unsere Dienste zur Verfügung stellen können, welche wiederum mehr erreichen als eine einzelne Medienentität. Wir werden 50 Prozent der Teilnehmer selbst bestimmen. Das liegt einfach daran, dass wir über die letzten Jahre gute Kontakte zu einigen Medien aufgebaut haben, wo man weiß, dass die Zusammenarbeit problemlos funktioniert. Bei vielen NGO's, ob das jetzt »Transparency International«, »Amnesty« oder »Greenpeace« ist, braucht man nicht zu streiten, ob es sinnvoll wäre, denen einen solchen Mechanismus zur Verfügung zu stellen. Wir werden die zweiten 50 Prozent durch ein öffentliches Voting besetzen. Wir möchten also auch, dass uns die Öffentlichkeit Organisationen vorschlagen kann, denen sie vertraut.

Wie soll das Projekt überhaupt finanziert werden?

Domscheit-Berg: Derzeit sind wir gar nicht finanziert, wie das drei Jahre auch bei »Wikileaks« der Fall war. Momentan ist das alles unser privates Geld. Auf unserer Webseite gibt es einige Mechanismen, wie man uns Geld spenden kann, darunter einige anonyme Internetbezahldienste. Der größte Faktor für dieses Projekt sind die operativen Kosten, das heißt vor allem Kosten für die Infrastruktur.

Wir haben uns überlegt, was wir machen, wenn wir diese vielen Organisationen mit im Boot haben, denen wir diese Technologie zur Verfügung stellen. Diese Partner haben dann die Möglichkeit, das Projekt zu unterstützen. Wir haben uns dagegen entschieden, hier Geld nehmen zu wollen. Was wir aber möchten ist, dass unsere Partner Infrastruktur zur Verfügung stellen, um unsere operativen Kosten niedrig zu halten. Als drittes Standbein ist eine Stiftung gedacht, an welcher wir noch arbeiten müssen. Diese Stiftung soll sich dann auch um viele ähnliche Projekte kümmern, zum Beispiel um Lobbyprojekte für ein Whistleblowerschutz-Gesetz, um womöglich in rechtliche Not geratenen Whistleblower oder um Projekte, welche an der technischen Schnittstelle arbeiten.●

Anzeige

Anzeige

EIN GESPRÄCH MIT UWE NEUBAUER, DER IN LESUNGEN GESCHICHTE UND TEXTE VON THOMAS MEYER-FALK VORSTELLT

»Es sind unsere Gefangenen!«

Einen Bankraub, mit dem er Geld für linke Projekte beschaffen will, hält Thomas Meyer-Falk 1996 für eine gute Idee. Damals ist er gerade 25 Jahre alt und identifiziert sich mit den »Red and Anarchist Skinheads«. Die Aktion scheitert, Verletzte gibt es keine, aber er wird 1997 zu elfeinhalb Jahren Knast verurteilt. Mit anschließender Sicherungsverwahrung. Weil er PolitikerInnen, Justizangestellte, RichterInnen und StaatsanwältInnen gegenüber nicht verschweigt, was er von ihnen hält, kommen weitere Strafen wegen Beleidigung und Bedrohung hinzu, insgesamt mehr als fünf Jahre. Bis 2007 verbringt Meyer-Falk elf Jahre in Isolationshaft, das heißt 23 Stunden pro Tag allein in einer sieben Quadratmeter großen Zelle. Danach sitzt er auch im »normalen Vollzug« in einer Einzelzelle.

Entschieden und hartnäckig verweigert er die von Gefangenen erwarteten Reue- und Unterwerfungsrituale, widersetzt sich allen Versuchen, ihn zu psychiatrisieren und lehnt auch die Sozialtherapie ab, die die Richter zur Voraussetzung einer Entlassung machen. Ohne Aussicht, jemals aus dem Knast zu kommen, wird die Schreibmaschine für Thomas Meyer-Falk zum Mittel des Überlebens und des Kampfes. Ungebeugt und ungebrochen schreibt er Briefe und Texte, die seine FreundInnen auf seiner Webseite veröffentlichen. Thomas verfasst auch regelmäßig Rezensionen in CONTRASTE.
2010 erscheinen Auszüge seiner Essays und Gedichte in Buchform unter dem Titel »Nachrichten aus dem Strafvollzug«. Der Wuppertaler Schauspieler Uwe Neubauer, der Meyer-Falk für einen der besten linken Journalisten in der BRD hält, hat aus diesen Texten eine Lesung zusammengestellt. Für die Düsseldorfer Stattzeitung TERZ sprach Nora Hansen mit dem Vorleser.

Nora: Wie bist du auf die Idee zu der Lesung gekommen?

Uwe: Als Schauspieler ist für mich Theater genuines Instrument politischer Arbeit. Theater muss Stellung nehmen, tut es aber oft nicht, weil es zwischen öffentlicher Finanzierung und Publikumswünschen viele Rücksichten nehmen muss. Jenseits meiner Arbeit am Theater habe ich deshalb Lesungen für mich als einen Weg der politischen Arbeit gewählt und bin damit schon einige Jahre auf Tour, etwa mit Lesungen zu Tucholsky oder Irmgard Keun.

Wie hast du Thomas Meyer-Falk kennengelernt?

Da ich schon lange in der Antifa engagiert bin, war mir der Name nie unbekannt. Durch einen Freund kam schließlich der Anstoß, mich näher für Thomas zu interessieren. Das Seltsame ist, dass ich, seit ich ihn kenne, sehr viele interessante Leute kennengelernt habe, weil er eine ganz besondere Art hat, Menschen zusammenzubringen. Das muss man sich vorstellen: Er sitzt in einer Einzelzelle und sorgt dafür, dass sich außerhalb des Knasts Menschen treffen, die viel miteinander anfangen können. Ich denke, da hat er eine einzigartige Fähigkeit.

Bist du ihm persönlich begegnet?

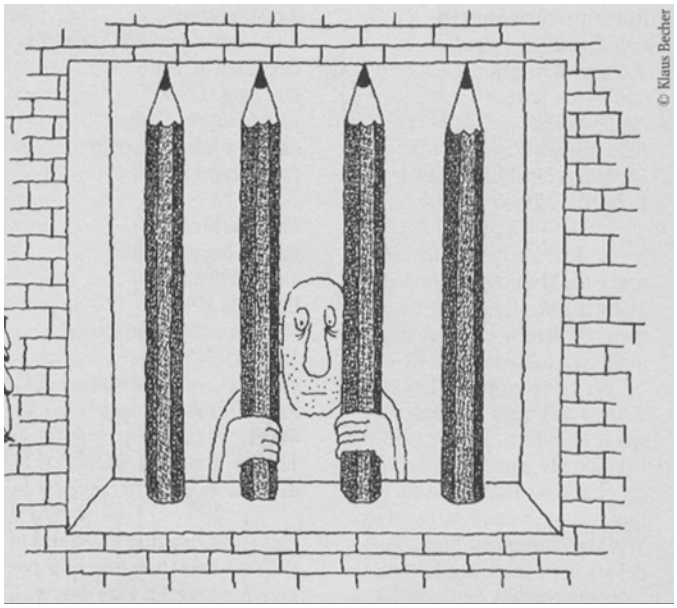
Bislang leider noch nicht. Er sagt, er liebt die Distanz des Briefes. Aber ich hoffe dennoch, dass es im Sommer zu einem Treffen in Bruchsal kommen wird.

Habt ihr die Lesung gemeinsam konzipiert?

Er hat mir sehr freie Hand gelassen und war mit meinen Vorschlägen einverstanden. Allerdings hatte er den Wunsch, dass es auch etwas zu lachen gibt, deshalb sind auch einige seiner satirischen Texte über die Absurditäten des Knastalltags dabei, etwa über das Verbot, Luftballons zu besitzen oder eigene Besen. Oder über die Anregung einer Anstaltsleiterin, sich mit einem imaginären Springseil fit zu halten.

Vor welchem Publikum liest du?

Vorwiegend in Antifa-Kreisen. Im Osten ist Thomas übrigens sehr viel bekannter als im Westen, vielleicht, weil dort die Knastarbeit einen höheren Stellenwert hat. Insgesamt ist das Thema Knast bei Linken ja nicht sehr beliebt. Dabei sollte sich eigentlich jeder politisch arbeitende Mensch damit befassen, weil es jeden ganz plötzlich selbst betreffen kann.



Hat Thomas eine Chance durch die Neuregelung der Sicherungsverwahrung frei zu kommen?

Das betrifft ihn leider nicht, weil die Sicherungsverwahrung schon in seinem Urteil steht. Betroffen von neuen Regelungen sind nur solche Fälle, bei denen die SV im Nachhinein angeordnet wurde.

Das Strafmaß und die anschließende Sicherungsverwahrung sind unfassbar hart. Gleichzeitig erleben wir regelmäßig, dass Nazis nach Gewaltexzessen gegen Linke auf Bewährung freikommen.

In diesem Urteil hat sich die Klassenjustiz selbst völlig demaskiert.

Wie übersteht einer elf Jahre Isolationshaft und ein Leben ohne die Aussicht, jemals entlassen zu werden?

Thomas hat eine sehr große innere Stärke. Er ist ein sehr klarer, kämpferischer und ungeheuer intelligenter Mensch. Natürlich ist ihm die Unterstützung von draußen eine große Hilfe. Wichtig ist aber auch, dass er sich keine großen Hoffnungen macht auf eine Entlassung, sondern seine Situation illusionslos sieht. Erstaunlicherweise leidet er nicht unter den Langzeitfolgen, die die Isolationshaft bei vielen hinterlässt. Viele Betroffene zerbrechen ja psychisch und physisch daran.

Wenn ihn eine Sozialtherapie aus dem Knast bringen könnte, warum lässt er sich nicht einfach zum Schein darauf ein?

Das wäre für ihn eine Kapitulation und Anerkennung des Systems, das er ablehnt und bekämpft.

Welche Unterstützung hilft ihm am besten?

Jede Art von Solidarität ist gut, auch Briefe, die freilich alle kontrolliert und willkürlich weitergegeben werden oder auch nicht. Insgesamt ist öffentlicher Druck wichtig, das heißt, die Justiz muss wissen, dass alles, was dort geschieht, öffentlich wahrgenommen wird. Betroffen von Isolationshaft und Sicherungsverwahrung sind immer häufiger Leute aus dem linken Spektrum, gerade im Zusammenhang mit Verfahren im Umfeld des Paragraphen 129. Auch wenn wir das lieber weit wegschieben von uns, müssen wir uns klar machen: Es sind unsere Gefangenen und sie brauchen unsere Solidarität. www.freedom-for-thomas.de●

Aus: terz, Düsseldorfs Stattzeitung für Politik und Kultur, 06.11, www.terz.org

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Akteneinsicht bei staatlichen Behörden

Informationsfreiheitsgesetz, Umweltinformations- und Verbraucherinformationsgesetz haben eines gemeinsam: Sie schaffen den BürgerInnen Zugang zu Akten bei staatlichen Stellen. Wer also mal reinschauen will, was der Moloch über sich selbst oder über z.B. umweltzerstörende Technologien oder Planungen so gesammelt hat, kann das einfach tun. Eine einfache Akteneinsicht kostet nicht einmal Geld. Hilfen gibt es unter www.frag-den-staat.de und www.projektwerkstatt.de/antirepression/akteneinsicht.html.

Bei ersterer sind bisher nur Tipps zu Bundesbehörden gegeben – das Akteneinsichtsrecht gilt aber genauso für Landes- und kommunale Stellen.

Häftlich und Wählen – soll das gehen?

Bericht eines Gefangenen: »Auch Gefangene dürfen in Deutschland wählen. Nachdem jedoch die Teilnahme an Wahlen nur kostenpflichtig ermöglicht wurde, darüber hinaus entgegen § 8 Bundeswahlordnung in keiner einzigen Justizvollzugsanstalt ein »beweglicher Wahlvorstand« eingerichtet wurde (dabei würde für wenige Stunden eine Art Wahllokal in einem Raum der jeweiligen Haftanstalt eingerichtet), legte ich 2009 Einspruch gegen die Gültigkeit der Bundestagswahlen ein. Am 7.7.2011 (Drucksache 17/6300, Anlage 3; abrufbar unter www.bundestag.de/) wurde seitens des Bundestages der Einspruch zurückgewiesen. Weder der Wahlprüfungsausschuss noch das Plenum des Bundestages wollten in oben erwähnten Punkten Wahlfehler erkennen. Die Entscheidung des Bundestages kann mit Beschwerde (vgl. § 48 Bundesverfassungsgerichtsgesetz) angefochten werden. Wobei die Beschwerde nur zulässig ist, wenn ihr mindestens 100 Wahlberechtigte beitreten, d.h. die Beschwerde durch Unterschrift unter eine gesonderte Beitrittserklärung unterstützen. Dieses Quorum wurde übertroffen. Bis zum 26.08.2011 haben 142 WählerInnen die Beschwerde unterstützt. Entscheiden wird das Bundesverfassungsgericht. Mehr unter:
http://de.indymedia.org/2011/08/315064.shtml.

Justiz schützt Justiz: Polizeiliche Nazimethoden in Gießen bleiben ohne Anklage

Am 14.5.2006 überfielen uniformierte Kommandos vier Menschen auf dem Weg zur Projektwerkstatt nahe dem Ort Reiskirchen. Obwohl die Polizei wegen einer Observation genau wusste, dass die AktivistInnen nichts Verbotenes getan hatten, sperrte sie alle vier ein (einen mehrere Tage), beschlagnahmte Kleidung, containertes Essen und Fahrräder, wollte drei Personen zur Abgabe von DNA zwingen und durchsuchte ohne Rechtsgrundlage die Projektwerkstatt. Dazu dachte sie sich Straftaten mit politischem Hintergrund aus, verschleppte Beschwerden, sperrte Leute mit gefälschten Akten in falsche Knäste usw. Die (Nicht-)Aufarbeitung geriet zur Meisterstunde Gießener Rechtssprechung, wegen der Dominanz des hessischen Innenministers in seiner Heimatstadt Gießen auch »Bouffiersches Recht« genannt.

Nun wurden – nach 5 Jahren Vertuschungsermittlungen – die Verfahren gegen beteiligte RichterInnen, PolizeibeamtInnen und den inzwischen zum Ministerpräsidenten aufgestiegenen Mitdrahtzieher eingestellt. Dafür erfand der Generalstaatsanwalt einen dubiosen handschriftlichen Vermerk ohne Datum, Unterschrift und ungeklärter Urheberschaft. Auf dem stände, dass die Observation damals nicht geklappt hätte und daher das seit fünf Jahren auch von Polizeiseite immer wieder bestätigte Alibi des Betroffenen doch keines sei. Der hat nun Klage eingereicht, um einen gerichtlichen Entscheid zu erhalten. Doch Hessens mafiose Justiz dürfte zusammenhalten und auch diese letzte Option abschmettern. Mehr unter:
www.projektwerkstatt.de/14_5_06.

Weitere Verurteilungen von S21-GegnerInnen

Das Amtsgericht Stuttgart setzt am 25.8.2011 seine Aburteilungen bei fünf weiteren Stuttgart21-Gegnern in den sogenannten »Nordflügelprozessen« fort. Den insgesamt 49 AktivistInnen wird vorgeworfen, während einer Versammlung »Hausfriedensbruch zum Nachteil der Deutsche Bahn AG« begangen zu haben. In welche Richtung das Urteil ausfallen würde, war recht schnell klar: So unterbrach die Richterin Petermann eine Einlassung zur Sache, als die politischen Verflechtungen dargestellt wurden. Die Richterin meinte, sie allein entscheide, was sie – so wörtlich – »zu erleiden« hätte. Auf Unmutsäußerungen des Publikums reagierte sie mit der Verfügung, bei weiteren Störungen lasse sie »den Saal räumen.« Die Zuhörer hätten »den Mund zu halten«. Nachdem gegen zwei der Angeklagten das Verfahren eingestellt wurde, verurteilte Richterin Petermann die weiteren drei zu 10, 10 und 20 Tagessätzen. Mehr unter:
http://de.indymedia.org/2011/08/314696.shtml.

Verfahren gegen GenfeldbesetzerInnen eingestellt

Das Amtsgericht Rostock hat die Strafverfahren gegen gentechnik-kritische Aktivist_innen eingestellt. Damit hat sich deren offensive Prozessführung gelohnt, wegen der – nach absurden Ausrastern des Gerichts – vorangegangene Verhandlungen scheiterten. Einige Monate später verschickte das Gericht an alle verbliebenen Angeklagte das Angebot, die Verfahren ohne Auflagen und auf Staatskosten einzustellen. Diskussionen dazu waren offenbar gar nicht mehr erwünscht: »Sollten Sie sich bis zu dem Termin nicht gemeldet haben, werte ich dies als Zustimmung«, so der Wortlaut des richterlichen Schreibens. Aufgrund eines gerichtsinternen Fehlers wurde das Einstellungsangebot ein zweites Mal mit einer um einen Monat verschobenen Frist verschickt. Einem Angeklagten, der diesem Angebot ausdrücklich schriftlich widersprach und so eine Aufklärung der Vorwürfe herbeiführen wollte, wurde trotzdem der Einstellungsbeschluss geschickt. »Wir lernen daraus, dass Repression nur wirkt, wenn mensch es auch zulässt«, kommentierte der Aktivist den plötzlichen Unwillen der Gerichte zur öffentlichen Verhandlung nach anfänglich großem Aufwand. Bericht auf http://de.indymedia.org/2011/08/314946.shtml.

New York wurde evakuiert – Gefangene waren dem Untergang geweiht

New York City ist von kleinen Inseln und Sandbänken umgeben. Für den Hurrikan »Irene« entwickelte Bürgermeister Bloomberg den Plan, 250.000 Menschen zu evakuieren. Ein Blick auf die städtische Evakuierungskarte enthüllt, dass in den betroffenenen Zonen A und B eine Fläche ausgespart ist: Die Rikers Insel. Sie beheimatet ein großes Gefängnis, liegt im Gewässer zwischen Queens und Bronx und war überhaupt nicht markiert. Sie wäre also nicht evakuiert worden. Das Überleben der Gefangenen war egal. New York ist solches Verhalten gewöhnt: Als am 11.9.2001 die Twin Tower einstürzten, wurde aller dabei Gestorbenen gedacht – außer den Obdachlosen, die sich dort aufhielten und verschüttet wurden. Bericht zur Nichtevakuierung der Rikers:
http://de.indymedia.org/ 2011/08/314812.shtml.●

Jörg Bergstedt

PLÄDOYER GEGEN DIE DEFINIEREritis IN EINER ENTSTEHENDEN BEWEGUNG

Wer weiß, was Solidarische Ökonomie ist?

Mit dem großen Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« im November 2006 in Berlin ist es gelungen, den bis dahin in Deutschland eher unbekannten Begriff »Solidarische Ökonomie« in politische und fachliche Diskussionen um eine notwendige andere Ökonomie einzubringen. Am 7./8. Oktober 2011 trifft sich in Kassel eine Initiative zur Gründung eines »Netzwerk Solidarische Ökonomie« in Deutschland, wo auch wieder die Frage nach einer Definition für »Solidarische Ökonomie« diskutiert werden wird.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Die Verwendung des Begriffs »Solidarische Ökonomie« für das entstehende Netzwerk ist nicht unumstritten. So gibt es zum Beispiel ebenso den Vorschlag, von »Sozialer Ökonomie« zu sprechen. »Soziale Ökonomie« (»sozial« im Sinne von gesellschaftlich, nicht von Charity) ist eher innerhalb Europas gebräuchlich, während der Begriff »Solidarische Ökonomie« aus Lateinamerika stammt. Zunehmend wird auf europäischer Ebene auch der Begriff »Soziale Solidarische Ökonomie« verwendet. Im entstehenden Netzwerk wird »Solidarische Ökonomie« als Platzhalter für mögliche weitere Begriffe verwendet, und in diesem Sinne möchte ich auch diesen Beitrag verstanden wissen: Vorrangig ist das andere Wirtschaften selbst, nicht die Frage, welchen konkreten Namen es trägt.

Es geht dabei um Alternativen zur herrschenden, auf Gewinnmaximierung und Konkurrenz basierenden Wirtschaft, die zunehmend in Misskredit gerät. Deren katastrophale soziale und ökologische Folgen, die mit ihr einhergehenden zunehmenden Ungerechtigkeiten sowie ihr unkontrollierbares Wachstum führen dazu, dass der Ruf nach Alternativen mittlerweile selbst aus der Mitte der Gesellschaft deutlich zu hören ist.

Dabei fallen unter anderem Begriffe wie: Wirtschaftliche Selbsthilfe, Nutzen statt Gewinn, Kooperation statt Konkurrenz, Freiwilligkeit, Demokratie und Solidarität. Zu all dem ließe sich viel sagen, hier soll es aber nur um die Frage der Definition gehen. Denn fast unwidersprochen hängt an vielen Stellen, so auch in der Netzwerk-Initiative, das offene Anliegen im Raum, es müsse jetzt wohl eine gemeinsame Definition gefunden werden.

Anzeige

Nun ist es zweifellos notwendig, sich in einer beginnenden Zusammenarbeit darüber zu verständigen, was der Gegenstand dieser Zusammenarbeit sein soll, und was nicht. Auch gegenüber Außenstehenden – sowohl potentiell Mitwirkenden als auch externen Zielgruppen – ist ein klares Profil hilfreich. Trotzdem plädiere ich gegen einen solchen Definitionsprozess. Diese Ablehnung einer Definition Solidarischer Ökonomie begründet sich für mich zum einen aus dem Gegenstand selbst, zum anderen aus den damit einhergehenden sozialen Prozessen.

Die Vielfalt Solidarischer Ökonomien entzieht sich einer Definition

Konkrete Unternehmungen und Projekte anderen Wirtschaftens treten in verschiedensten Formen auf: Besetzte Fabriken (zum Beispiel in Argentinien), kleine und große Genossenschaften weltweit, insbesondere der große Sektor Solidarischer Ökonomie in Brasilien, der von Caritas, Gewerkschaften und einem eigens dafür eingerichteten Staatssekretariat unterstützt wird, aber ebenso kleine selbstverwaltete Alternativbetriebe und Hausprojekte, Tauschringe und Umsonstläden, genauso wie internationale solidarische Wirtschaftsnetzwerke wie zum Beispiel ALBA in Lateinamerika, und vieles mehr. Diese Vielfalt Solidarischer Ökonomien lässt sich kaum in eine gemeinsame Definition fassen, und vermutlich gibt es darüber hinaus noch so manche Projekte, die selbst wir, die wir schon lange an diesen Themen arbeiten, einfach noch nicht kennen.

Vor allem aber – und das ist mein Hauptargument – handelt es sich hier immer um (mehr oder weniger) demokratische Strukturen, das heißt, die Beteiligten definieren selbst, was sie sind und wie sie sich verstehen. Das kann mit unterschiedlicher Genauigkeit und Transparenz erfolgen, und wie weit solche Selbstdefinitionen zutreffen, oder ob nicht auch hier mitunter an der ein oder anderen Stelle zum Beispiel öffentlichkeitswirksames Socialwashing betrieben wird, kann nur im Einzelfall diskutiert werden. Die Definitionsmacht liegt aber nach meinem Verständnis eindeutig bei den Akteuren selbst.

Hinzu kommt, dass eine Definition immer mit dem Risiko einher ginge, den Blick zu verengen. Statt mit interessierter Offenheit immer wieder Neues zu erfahren, würden wir vermutlich nur noch nachschauen, ob denn nun die vorher festgelegten Kriterien erfüllt sind oder nicht. Das wäre schade und würde viel an Erkenntnisgewinn blockieren. Würden wir zum Beispiel die Definition der Forschungsgruppe Solidarische Ökonomie der Universität Kassel zugrunde legen, die unter anderem festschreibt, dass mindestens eine Person in einem solchen Unternehmen bezahlte Arbeit haben muss, würden wir die ganzen Umsonst-Initiativen und Peer-Economy-Zusammenhänge übersehen.

Umgekehrt könnte die Übereinstimmung mit solchen Kriterien vorschnell zu der Annahme verleiten, dass es sich um ein Vorhaben Solidarischer Ökonomie handelt. Wenn wir zum Beispiel, so wie es das Technologie Netzwerk Berlin (in Anlehnung an europäische Debatten) vorschlägt, den satzungsmäßigen Ausschluss privater Gewinnverwendung als Kriterium benennen, dann würden zum Beispiel all die gemeinnützigen sozialen Träger, die Menschen unter Bedingungen von Zwang und prekärer Arbeit beschäftigen, Teil der Solidarischen Ökonomie sein. Formal sind sie ja in der Regel sogar selbstverwaltet, haben demokratisch gewählte Gremien, nur die Beschäftigten sind weder Mitglied noch haben sie nennenswerte Rechte als ArbeitnehmerInnen. Der Ausschluss privater Gewinnausschüttung sagt ebenfalls nichts darüber aus, in welchem Maße durch überhöhte Zahlungen ans Management oder an befreundete Geschäftspartner die Entstehung von Gewinn schon durch eine vorgezogene Privatisierung verhindert wird.

Darüber hinaus stecken in der freiwilligen Zusammenarbeit, die ja bislang in unserer Gesellschaft kulturell nur wenig verankert ist, solche enormen Innovationspotentiale, dass ich sicher bin, dass wir uns mit unseren begrenzten Erfahrungen heute überhaupt nicht vorstellen können, wie sich dieser entstehende solidarische Wirtschaftssektor noch entwickeln und welche Formen er zukünftig hervorbringen wird. Zumal ja die nicht gerade förderlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel hinsichtlich Rechtsformen und Finanzierung, eine Reihe von Kompromissen erforderlich machen, so dass sich mitunter zum Beispiel hinter formal konventionellen Unternehmensstrukturen einer GmbH durchaus kollektive Zusammenarbeitsverhältnisse verstecken können.

Insofern sollten wir, statt die bunte Vielfalt Solidarischer Ökonomien – ich spreche dabei bewusst in der Mehrzahl, um diese Vielfalt zu verdeutlichen – vorschnell in ein definitorisches Korsett zu zwängen, uns gemeinsam an dieser Vielfalt erfreuen, sie untersuchen und uns über unsere Beobachtungen austauschen.

Definitionen sind Machtdemonstrationen

Ein weiterer Grund, warum ich einen Definitionsprozess für Solidarische Ökonomien ablehne, ist die Beobachtung, dass in dem Moment, wo es darum geht, eine gemeinsame Definition zu finden, die Machtfrage im Raum steht. Die Gesprächsatmosphäre verändert sich, und plötzlich geht es nicht mehr darum, miteinander zu sprechen und die Zusammenarbeit voran zu bringen, sondern darum, wem es gelingt sich durchzusetzen, und die anderen von der eigenen Definition zu überzeugen. Je dringlicher diese Einigung vermeintlich ist, umso mehr Vehemenz legen die Teilnehmenden in ihre Überzeugungsversuche, umso unsolidarischer wird der Diskussionsstil, möglicherweise bis hin zu Verletzungen und Streit.

Dabei gibt es aus meiner Sicht überhaupt keinen Grund für Besserwisserei und Rechthaberitis, denn Definitionen, so wie ich sie verstehe, haben in solidarischen und kooperativen Prozessen ohnehin nichts verloren. Eine Definition ist eine deklamatorische Aussage, mit der sich die Definierenden anmaßen, über einen Sachverhalt oder sogar über andere Menschen eine Aussage zu treffen. Das kann eine Zuschreibung sein, mit der eigene Vermutungen über andere festgelegt werden, oder die Festschreibung von Kriterien für bestimmte Zwecke. Immer gibt es eine – mehr oder weniger kleine – Gruppe von Menschen, die sich für legitimiert halten, eine solche Definition festzuschreiben. Aber wozu und auf welcher Grundlage?

Wer selbst mehr über Solidarische Ökonomien wissen möchte, braucht keine Definitionen, sondern anschauliche Beispiele, aus denen sich eine – sich vermutlich immer wieder verändernde – Sichtweise ergeben wird. Ein Netzwerk braucht ein gemeinsames Selbstverständnis, und es kann und sollte natürlich festlegen, wer dazu gehören soll und wer nicht. Aber eine solche Selbstdefinition ist etwas grundlegend anderes, als eine Behauptung über andere. Wenn EU-Kommissionen, staatliche Stellen, Gemeindeverwaltungen, Stiftungen etc., die eine Solidarische Ökonomie fördern möchten, Kriterien dafür festlegen, dann sollten sie wahrheitsgemäß sagen, dass es sich dabei um Definitionen dessen handelt, was sie als förderfähig erachten. Daraus aber rückzuschließen, dies sei dann also »die« Solidarische Ökonomie, das halte ich für anmaßend und grundfalsch.

Wie zusammenarbeiten?

Lasst uns zusammen setzen, uns entspannt zurücklehnen und die Vielfalt unserer Wahrnehmungen miteinander austauschen. Niemand hat »die Wahrheit«, denn eine solche gibt es nicht, sie liegt immer nur im Auge der jeweiligen BetrachterInnen. Wir müssen uns nicht auf eine starre Definition Solidarischer Ökonomie mit formalisierten und abprüfbaren Indikatoren einigen. Es reicht vollkommen aus, wenn wir uns darauf verständigen, was wir miteinander tun möchten, und für welche Werte und Ziele wir mit unserem Engagement für anderes Wirtschaften eintreten wollen. Darüber sollten wir untereinander Klarheit schaffen, und offen bleiben für die vielen unterschiedlichen Wege des Wirtschaften für eine bessere Welt.

Wenn es uns gelingt, ein buntes, vielfältiges Bild dieser anderen, solidarischen Ökonomie zu zeichnen, oder eine virtuelle Skulptur mit vielen Gesichtern zu entwerfen, die sich fortlaufend verändert, dann treten wir in einen lebendigen Arbeitsprozess miteinander ein, der – so hoffe ich jedenfalls – auch auf andere einladend wirkt, sich zu beteiligen. Wenn wir – statt lebloser Kompromisse – lebendige Schilderungen in die Welt geben, die ebenso widersprüchlich sein dürfen wie das Leben selbst, dann werden wir mit solcher Authentizität auch Interesse in der Öffentlichkeit und in der Gesellschaft erwecken, und darum geht es uns doch auch, oder?●

WEGWEISER

Zur Verdeutlichung der Vielfalt dieser anderen Ökonomie veröffentlichte die Autorin im Frühjahr 2010, herausgegeben vom NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., den »Wegweiser Solidarische Ökonomie – Anders wirtschaften ist möglich!« im AG SPAK Verlag, Neu-Ulm, 86 Seiten, 9 Euro. Informationen zum Wegweiser und Links dazu stehen online zur Verfügung: www.voss.solioeko.de

GENTECHNIK-SEILSCHAFTEN

Gibt es Demorecht an den bundeseigenen Versuchsflächen?
Es ist schon einige Zeit her, und schloss sich an eine Feldbesetzung an. Die Stadt Braunschweig, deren Spitze selbst in die Gentechnik-Seilschaften verflochten ist, verbot Demonstration auf dem großen Gelände an der Bundesallee 50, wo mehrere Bundesbehörden (z.B. vTI, JKI und BVL) sitzen und ein Genversuchsfeld geplant war. Ein Eilantrag an das Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht nützte nichts. Die Polizei baute eine absurde Barrikade vor dem Eingang auf und so endete die Demo an der Kreuzung davor.

Nun läuft das Hauptverfahren an – und es hat Bedeutung über die eine Fläche hinaus. Darf sich der Staat auf riesigen Flächen verschanzen und dort das Versammlungsrecht außer Kraft setzen? Mit einiger Sicherheit dürfte das Verfahren bis zum Verfassungsgericht gehen – und dann wird es ähnlich spannend wie bei der Entscheidung, ob in einem Flughafen, der überwiegend dem Staat gehört, demonstriert werden darf. Das Verfassungsgericht bejahte das vor einigen Monaten. Mal sehen, wie es hier ausgeht. Den Auftakt bildet jedenfalls eine Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig (Am Wendentor 7, Sitzungssaal 1) am Donnerstag, den 6.10. um 11.30 Uhr.

Berufungsprozess zur Gatersleben-Feldbefreiung beendet
Drei der sechs AktivistInnen waren trotz des relativ milden Urteils des Amtsgerichts Aschersleben in Berufung gegangen, um weiter dafür zu streiten, dass der Genehmigungsbescheid für die Freisetzung in unmittelbarer Nähe zur Genbank in Gatersleben hinterfragt wird. Die ersten drei Verhandlungstage waren geprägt von der Zeugenvernehmung. Die Versuchsleiterin Dr. Weschke musste einige Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen einen angemessenen Umgang mit einer Risikotechnologie zugeben.

Am 22. Juli fand nun der letzte Verhandlungstag statt. Die Angeklagten und ihre VerteidigerInnen hatten etliche Beweisanträge vorbereitet, um dem Gericht (durch die Ladung von Sachverständigen und Gutachtern) zu verdeutlichen, dass der Genehmigungsbescheid nichtig und höchst gefährlich gewesen ist. Doch die Kammer ließ sich auf eine Beschäftigung mit der Brisanz des Falles nicht ein. Fehler, Schlampereien und die Ignoranz der Vorsorgepflicht interessierte das Gericht nicht. Dies sei für die zu fällende Entscheidung der Kammer nicht relevant: Für Sachbeschädigung reiche die Substanzverletzung aus, auf deren Brauchbarkeit, Sinnhaftigkeit oder gar Gefährlichkeit komme es nicht an. Der Versuch war genehmigt – und weiter braucht niemand nachzudenken. Einige Beweisanträge wurden abgelehnt, weil die Feststellung von möglichen Gefahren nicht von Belang seien. »Die Tat war (...) erkennbar nicht geeignet, eine unterstellte konkrete Gefahr abzuwenden, da die Angeklagten unter gewollter Einbeziehung eines das Feld ausleuchtenden Kamerateams begangen haben, so dass von vornherein feststand, dass die Angeklagten alsbald bei der Tat angetroffen und eine vollständige Zerstörung aller Pflanzen verhindert wird.«

Vor der Urteilsverkündung war es für die leider nicht sehr zahlreichen Anwesenden noch einmal spannend geworden, als die Feldbefreier und ihre VerteidigerInnen ihre Plädoyers vortrugen. Wie die Ablehnung der Beweisanträge wurde dann letztendlich auch das Urteil begründet, welches den Spruch aus der 1. Instanz bestätigte und die Berufung verwarf. Sowieso sei das Gericht nicht dazu berufen, über die Gentechnik zu entscheiden. Quelle: www.gendreck-weg.de

Pro-Gentechnik-Demo mit null TeilnehmerInnen
Vor dem InnoPlanta-Forum veranstaltete das »Forum Grüne Vernunft« eine Demo pro Gentechnik. Diesmal kauften sie keine Leute. Das Ergebnis: Außer Veranstalter Jens Harnisch war niemand da. Und als der dann auch noch ging, hätte die Demo eigentlich zu Ende sein müssen. Doch Versammlungsbehörde und Polizei sahen das anders und prügelten genkritische Menschen von der verwaisten Fläche. Es war ganz klar: Diese Pseudo-Demo diente nur dazu, KritikerInnen auf Distanz zu halten. Damit das nicht wieder passiert, reichte einer der, die verscheucht wurden, Verwaltungsklage ein. Wer sich für sowas interessiert, sie ist zu finden unter: www.projektwerkstatt.de/gen/2011/farm/fortsetzungsklage100909.pdf
... mal sehen – von 2010 sind da auch noch zwei andere Verfahren anhängig, weil schon damals kritische Demonstrationen von den Hilfstruppen der Mächtigen eingeschränkt wurden.

Verfassungsklage gegen Saarbrücker Urteil zur Kritik an den Gentechnikseilschaften
Erinnert Ihr Euch noch? Im Sommer 2009 startete das Trio Horst Rehberger, Uwe Schrader und Kerstin Schmidt – also keine ganz Geringen in den Netzwerken – den Versuch, meine Kritik gerichtlich verbieten zu lassen. Dafür suchten sie sich ein Gericht aus, mit dem offensichtlich Vorabsprachen oder eine andere Beziehung bestand, um das Ding ohne jegliche Prüfung durchzuwinken. Das Urteil enthält spektakuläre Absurditäten, z.B. das Verbot, Üplingen als Propagandaprojekt zu bezeichnen, weil das Wort »Propaganda« in Demokratien nicht gebräuchlich sei usw. Offenbar rechnete das Trio aber nicht mit unserer Zähigkeit – und verlor auf der nächsthöheren Instanz, und zwar komplett.

Doch Ruhe gaben sie nicht, sondern reichten jetzt Verfassungsklage ein: Die Ehre eines Landtagsabgeordneten müsse doch höher gewertet werden als die Meinungsfreiheit! Wer das nachlesen will, kann das unter www.projektwerkstatt.de/gen/filz/unterlassung/101020bverfklage.pdf, meine Antwort auf www.projektwerkstatt.de/gen/filz/unterlassung/stellungnahme110907bverfg.pdf●

Jörg Bergstedt

INTERVIEW

Neue Energiekonzepte gemeinsam auf den Weg bringen

Netzübernahmen oder Beteiligungen an Stadtwerken als besondere Chance

Stadtwerke initiieren Energiegenossenschaften, Bürger beteiligen sich an Stadtwerken, um innovative Energiekonzepte umzusetzen. Burghard Flieger erläutert Beispiele erfolgreicher Kooperation. Flieger ist Vorstand der innova eG, die Genossenschaften bei ihrer Neugründung berät. Er ist Mitinitiator der »Energie in Bürgerhand eG« und in deren Vorstand aktiv. Er arbeitet seit Jahren bei der Zeitschrift CONTRASTE mit. Rainer Lange engagiert sich für neue Energiegenossenschaften und ist u. a. für die Öffentlichkeitsarbeit auf der Website www.energiegenossenschaften-gruenden.de zuständig.

Rainer Lange: Haben Energiegenossenschaften und Stadtwerke ähnliche Interessen?

Burghard Flieger: Die Energieversorgung der Zukunft wird dezentral und erneuerbar sein. Die Akteure vor Ort – Bürger, Kommunen, Stadtwerke spielen da eine Schlüsselrolle. Eine verstärkte Zusammenarbeit vor Ort drängt sich deshalb regelrecht auf.

Welche Chancen liegen in einer Kooperation?

Der Energiemarkt wandelt sich sehr schnell. Die Stadtwerke müssen darauf mit einem grundlegenden Strategiewandel reagieren. Nur so können sie ihre Wirtschaftlichkeit langfristig sichern. Bisher ist der Anteil der Stadtwerke an der installierten Leistung der erneuerbaren Energien mit fünf Prozent noch sehr niedrig. Da gibt es noch viel zu tun. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Energiegenossenschaften besteht für sie die Chance, hier schneller einen Durchbruch zu erzielen.

Energiegenossenschaften können Partner von Stadtwerken sein, wenn es darum geht, dezentrale, regenerative Energiekraftwerke vor Ort aufzubauen. Genossenschaften können sich an deren Finanzierung beteiligen, sie können die Anlagen zudem bauen und betreuen. Dies tun heute schon über 250 Energiegenossenschaften. Zukünftig werden sie aufgrund eines Vertrauensvorschusses bei den Bürgern verstärkt in der Energieberatung und bei der Errichtung und Umsetzung kleiner Blockheizkraftwerke eine Rolle spielen.

Welche gemeinsamen Interessen gibt es?

Das Ziel, die Energieversorgung lokal zu organisieren, ist eine Gemeinsamkeit. Immer mehr Menschen engagieren sich für eine dezentrale umweltverantwortliche Energieversorgung. Genossenschaften sind da ideal, denn ihr Geschäftsmodell beruht auf Beteiligung, auf Engagement der Bürger. Deshalb beobachten wir einen Boom bei der Gründung von Energiegenossenschaften. Gleichzeitig gründen immer mehr Kommunen ihre eigenen Stadtwerke oder kommunale Energieversorger ändern ihr Geschäftsmodell. Sie wollen in Zeiten ständig steigender Energiepreise nicht mehr abhängig von großen Energiekonzernen und fossilen Brennstoffen sein.

Burghard Flieger während des Interviews

Wie kann die Zusammenarbeit aussehen?

Da gibt es viele Möglichkeiten. Stadtwerke können Energiegenossenschaften bei Energieprojekten unterstützen, Know-how für lokale Energieprojekte und Dächer aus dem kommunalen Umfeld zur Verfügung stellen. Sie können auch selbst Energiegenossenschaften initiieren und sich an ihnen beteiligen. Mit Hilfe solcher Kooperationen steigen zum Beispiel die Chancen, Zugang zu den Dächern und Kellern der Kunden zu bekommen. Umgekehrt können sich auch Energiegenossenschaften an Stadtwerken beteiligen.

Eine höhere Kundenbindung und die Möglichkeit, neue Energiekonzepte gemeinsam umzusetzen, sind die positiven Folgen....

Welche Beispiele gibt es da?

In Wolfhagen in Nordhessen will die Stadt die Bürger zu 25 Prozent an den Stadtwerken beteiligen, über die Gründung der BürgerEnergie-Genossenschaft Wolfhagen. Die Genossenschaft soll Vertreter in den Aufsichtsrat der Stadtwerke entsenden. Die Kunden von heute werden so zu Miteigentümern und Mitgestaltern von morgen. In Wolfhagen ist das Ziel eine umweltfreundliche Energieversorgung aus regenerativen Quellen in Verbindung mit einer Wertschöpfung vor Ort aufzubauen. Im Mittelpunkt steht die Initiierung eines Energiesparfonds. Die Notwendigkeit von »Energieimporten« lässt sich so kontinuierlich senken.

Die Energieversorgung wird demokratisiert...

Genau. Stadtwerke können sich so auf den Weg zu Bürgerstadtwerken machen und eine Wertschöpfungspartnerschaft mit den Kunden aufbauen. Damit binden sie ihre bisherigen Kunden, und erschließen neue Kundenkreise: die vielen Menschen, die eine umweltverantwortliche Energieversorgung wollen. Und es kann eine Identifikation mit der lokalen Energieversorgung entstehen. Das ist besonders wichtig, wenn es, wie bei Windrädern, um die Akzeptanz von Projekten vor Ort geht.

Rekommunalisierung ist ein weiteres Schlagwort ...

Dafür ist Jena ein gutes Beispiel. Dort hat der Stadtrat eine Bürgerbeteiligung beschlossen. E.on Thüringen verfügt über zehn Prozent Anteile an den Stadtwerken Energie Jena-Pößneck. Die Stadt Jena kann dieses Jahr diese Anteile zurückkaufen. Indem zumindest ein Teil der Anteile an die Bürger verkauft wird, werden zwei Ziele miteinander verbunden: die Bürger sind beteiligt, die eigene Finanzsituation wird entlastet und eine Rekommunalisierung wird realisiert.

Die Stadtwerke können sich so von einem Wettbewerber unabhängiger machen und ausgeprägter eine eigenständige Energiepolitik betreiben. Die neu gegründete BürgerEnergie eG nimmt Einfluss auf die Unternehmensentwicklung bei den Stadtwerken hin zu einem zukunftsfähigen, umweltfreundlichen, klimaverträglichen Energieversorgerunternehmen.

Können die Bürger denn überhaupt das dafür notwendige Geld aufbringen?

Ziel der lokalen Energiegenossenschaften ist fast immer, dies allein zu stemmen. In vielen Fällen reicht aber das vor Ort aufgebrachte Geld nicht. Dann ist die bundesweit agierende Genossenschaft »Energie in Bürgerhand eG« ein guter Partner. In ihr engagieren sich über 5.000 Menschen mit mehr als 30 Millionen Euro, um solche Rekommunalisierungen zu unterstützen.

Die Energie in Bürgerhand berät zum Beispiel in Wolfhagen. Wenn die Wolfhagener Bürger am Anfang nicht die ganzen 25 Prozent an den Stadtwerken finanzieren können, ist die Energie in Bürgerhand bereit, dies durch eine Beteiligung an der Genossenschaft vor Ort zu ermöglichen. Auch in Jena sind wir mit dem dortigen Genossenschaftsvorstand über eine entsprechende Beteiligung im Gespräch.

Welche zukunftsweisenden Modelle gibt es noch?

Titisee-Neustadt im Hochschwarzwald entwickelt gerade ein deutschlandweit einmaliges Modell. Dort geht es um den Rückkauf des Energienetzes. Die Stadt hat zusammen mit der EWS Schönau, ein als Genossenschaft organisierter Ökostromanbieter, dieses Jahr die Stromgesellschaft Energieversorgung Titisee-Neustadt (EVTN) gegründet. Die EVTN will zum Januar 2012 das lokale Stromnetz von einer EnBW-Tochter kaufen und es selbst betreiben. Die Stromgesellschaft kauft dann über die EWS Schönau atomfreien Strom ein und verkauft ihn weiter.

Die Finanzierung erfolgt über eine Beteiligung der EWS Schönau und eine bereits gegründete Energiegenossenschaft. Durch diese können sich die Bürger zu zehn Prozent am Stromnetz beteiligen. Auch hier wird die Energie in Bürgerhand eine Rolle spielen, wenn die finanziellen Mittel vor Ort am Anfang nicht ausreichen.

Sind dies nicht exotische Beispiele, die für die Energiewirtschaft in Deutschland Einzelfälle bleiben?

Seit der Gründung der Energie in Bürgerhand vor zwei Jahren nimmt die Idee der Bürgerbeteiligung an den Stromnetzen zunehmend Gestalt an. Fast wöchentlich bekommen wir Anfragen und Vorschläge. Viele Energiegenossenschaften, die anfangs »nur« in die regenerative Stromerzeugung einsteigen, würden gerne solche Formen der Bürgerbeteiligung verwirklichen und so lokale Wertschöpfung, dezentrale Energieversorgung und den Ausstieg aus der Atomindustrie vorantreiben. Ich möchte daran erinnern, dass es in der Weimarer Republik mehr als 6.000 Elektrizitätsgenossenschaften gab. Wir werden bei solchen Formen der Bürgerbeteiligung an der Energieversorgung noch einen kleinen Boom erleben.●

Bei der Ausbildung zum/r Projektentwickler/in Energiegenossenschaften spielen auch Exkursionen eine wichtige Rolle, hier der Besuch bei dem Mitarbeiterbetrieb Wagner Solar GmbH & Co KG in Cölbe

2. FACHTAGUNG »ENERGIEWENDE JETZT«

Energiewende durch Kooperation

Wie Genossenschaften, Kommunen und Stadtwerke erfolgreich zusammenarbeiten

Bürger, Kommunen und Stadtwerke spielen eine Schlüsselrolle bei der Energiewende in der Region. Immer mehr Menschen engagieren sich für eine dezentrale umweltverantwortliche Energieversorgung und gründen Energiegenossenschaften. Kommunen gründen eigene Stadtwerke, kommunale Energieversorger ändern ihr Geschäftsmodell. Sie wollen im sich schnell wandelnden Energiemarkt ihre Wirtschaftlichkeit sichern und unabhängig von Energiekonzernen und fossilen Brennstoffen werden.

Auf der Fachtagung »Energiewende durch Kooperation« am 29. Oktober 2011 in Kaiserslautern werden verschiedene Kooperationsformen zwischen Stadtwerken und Energiegenossenschaften vorgestellt und genau beleuchtet. Wann lohnt sich die Zusammenarbeit? Was sind die Voraussetzungen erfolgreicher Kooperation? Wie lassen sich langfristig positive Wirkungen sicherstellen? Welche Hürden gilt es zu überwinden?

Referenten sind u.a. Wolfgang Bühring, Geschäftsführer der Stadtwerke Speyer GmbH und Vorsitzender des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) Landesgruppe Rheinland-Pfalz. Die Kooperationsbeispiele der Workshops sind: Stadtwerke Aschaffenburg und BürgerEnergie Aschaffenburg e.G. (BEA), Stadtwerke Trier (SWT) und Energiegenossenschaft Südeifel Strom eG, Stadtwerke Wolfhagen, Bioenergiedorf Oberrosphe.

Veranstalter der Tagung sind die innova eG, die Evangelische Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft und die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Energiegenossenschaften. Gefördert wird die Tagung vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz.

Die 2. Fachtagung »Energiewende jetzt« Energiewende durch Kooperation, 29. Oktober 2011 findet statt in Kaiserslautern, 10-16.30 Uhr, 70 EUR (incl. Mittagsimbiss und Tagungsgetränke).

Anmeldung:
Ev. Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft,
Dietmar Freiherr von Blittersdorff
Tel.: (0 63 41) 98 58 16, Fax: 98 58 25
E-Mail:
info@energiegenossenschaften-gruenden.de
www.energiegenossenschaften-gruenden.de

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Kalender 2012: Wegbereiterinnen

Der Kalender »Wegbereiterinnen« erschien zum Jahre 2003 zum ersten Mal. Seit 2004 ist er ein autonomes Frauenprojekt und er erscheint nun 2012 schon zum zehnten Mal. Ab sofort kann er bestellt werden. Das beliebte Sammelobjekt ist nicht mehr wegzudenken aus Büros, Werkstätten, Küchen, Wohnzimmern und Gemeinschaftsräumen in WGs, Hausgemeinschaften und Kommunen. Der Wandkalender im Format DIN A3 präsentiert auch in diesem Jahr wieder zwölf aktive Frauen aus der Geschichte in Bild und Text. Viele historisch arbeitende Frauen und Männer schreiben an den fesselnden Portraits der zu Unrecht vergessenen Wegbereiterinnen mit. Auch im Kalender 2012 sind Frauen versammelt, die sich in Politik, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, im Widerstand, in der Kunst, als Journalistinnen, als Ärztinnen, als Tänzerinnen oder als Schriftstellerinnen für die Rechte der Frauen eingesetzt und für ein besseres Leben ohne Unterdrückung und kriegerische Auseinandersetzungen gekämpft haben. Ein schönes Geschenk – für sich selbst und für viele Andere.

Die Frauen in »Wegbereiterinnen 2012« sind:
- Marta Arendsee (1885-1953). Frauenpolitikerin und entschiedene Kriegsgegnerin;
- Marie Baum (1874-1964). Eine der »Mütter« der Weimarer Verfassung;
- Hanna Berger (1910-1962). Tänzerin im Widerstand
- Hedwig Dohm (1831-1919). Frauenrechtlerin, Schriftstellerin und radikale Denkerin;
- Käte Frankental (1889-1976). Ärztin, Jüdin, Intellektuelle und Sozialistin;
- Berta Lask (1878-1967). Revolutionäre Dramatikerin;
- Maria Leitner (1892-1942). Reporterin für eine bessere Welt;
- Frieda Nadig (1897-1970). Eine der »Mütter« des Grundgesetzes;
- Olive Schreiner (1855-1920). Schriftstellerin, Freidenkerin und Pazifistin;
- Anna Stiegler (1891-1963). Engel von Ravensbrück;
- Bertha von Suttner (1843-1914). Friedensaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin;
- Paula Thiede (1870-1919). Von der Hilfsarbeiterin zur ersten Gewerkschaftsvorsitzenden;

Konzipiert und herausgegeben wird der Kalender wie jedes Jahr von Gisela Notz, Historikerin und Sozialwissenschaftlerin und CONTRASTE-Autorin. Geschrieben haben diesmal: Gilla Dölle (Kassel), Tilmann Evers (Kassel), Claudia von Gélieu, Hella Hertzfeldt, Rainer Holze (alle Berlin), Julia Killet (München), Gisela Notz (Berlin), Shelley Rose (New York), Ilona Scheidle (Heidelberg), Christl Wickert (Berlin).

Bestellungen zum Preis von 13,50 EUR je Kalender zuzüglich 4,90 EUR Porto gegen Rechnung. Bei Abnahme von 10 Kalendern gibt es 1 zusätzliches Exemplar kostenlos und die Lieferung ist dann portofrei. Außer dem total vergriffenen Kalender 2003 gibt es noch einzelne Kalender aus den Vorjahren.

Bestellungen per Post: Pellens Verlag, Meckenheimer Allee 158, 53115 Bonn, per Fax: 0228/659766 oder per E-Mail: anita@pellens.de, www.pellens-verlag.de

Neue sozialistische Zeitschrift

Doch, das erfordert Mut. Noch eine neue sozialistische Zeitschrift zu gründen. Denn der Reflex vieler dürfte sein, nach der Sinnhaftigkeit des Unterfangens zu fragen – angesichts von mindestens 40 mehr oder minder wichtigen Zeitschriften, die das Feld bereits beakkern. Die neue Zeitschrift *emanzipation* wird von einer deutsch-schweizerischen Redaktion herausgegeben. Der organisatorische Hintergrund wird – außer im Impressum – nicht benannt, steht aber in der Kontinuität der Beilagen und Theoriehefte der *SoZ. Sozialistischen Zeitung*. Diese wiederum steht heute in der Tradition der sympathischen Teile des bundesdeutschen Trotzkismus. Von einigen antizionistischen Ausfällen abgesehen, beschäftigt sich die *SoZ* mit Themen der parteiförmigen Linken wie der außerparlamentarischen Bewegungen.

Die Organisationshuberei ist der Zeitschrift aber nicht anzumerken, sie verbreitet einen für dieses Spektrum eher ungewöhnlich offenen Geist. Im Editorial postuliert die Redaktion, die Phase der klassischen Arbeiterbewegung mit ihren Massenorganisationen sei unwiederbringlich Geschichte. Die »Versuche der Selbstorganisation«, die wohl so etwas wie das neue Modell sein sollen, seien aber »noch weitgehend fragmentiert«. Die Zeitschrift will »auf marxistischer Grundlage einen pluralistischen, theoretisch fundierten Diskussionsrahmen bieten«. Wie wird dieser Anspruch nun im ersten Heft umgesetzt?

Die aktuelle Ausgabe enthält neben einem Interview mit Elmar Altvater und einem Beitrag von Bodo Zeuner über die Grünen fünf Beiträge. Zwei arbeiten sich an dem in Frankreich und Belgien viel weiter als hierzulande verbreiteten Ansatz der Décroissance ab. Dieser propagiert eine Schrumpfung der Ökonomie, oder zumindest eine Rücknahme des Wachstums. Debattiert wird nun, ob eine sozial-ökologische Modernisierung Wachstum anstreben soll oder gar braucht. Oder nicht vielmehr eine radikale Linke gegen Wachstum argumentieren sollte.

Zwei weitere Texte beschäftigen sich aus feministischer Perspektive mit dem Begriff »Arbeit«, beziehungsweise mit einer Kritik des Ansatzes von Claudia von Werlhof und ihrem Forschungsinstitut für Patriarchatskritik und alternative Zivilisationen in Innsbruck. Gisela Notz zeigt nochmals unaufgeregt und solide die verkürzten Vorstellungen von Arbeit in der Linken und umreißt die Fallstricke eines erweiterten Arbeitsbegriffes. Anneliese Braun kritisiert von Werlhof und ihre AnhängerInnen scharf. Von Werlhof propagiert einen ökofeministischen Wandel, der die kapitalistisch-patriarchale Moderne ablösen soll.

Der beste Beitrag aber stammt von Eduardo Gudynas aus Uruguay. Er untersucht den, so nennt er es, Neo-Extraktivismus der linken Regierungen Südamerikas. Dieser plündere die Natur aus, setze auf Wachstum und die Umverteilung der daraus entstehenden Gewinne. Eine alternative Logik mache er nicht aus. Im Gegenteil sei der Sozialismus des 21 Jahrhunderts noch ein Produkt des Imports europäischer Vorstellungen von Sozialismus aus dem 19. Jahrhundert nach Lateinamerika.

Das nächste Heft soll im Dezember 2011 mit dem Schwerpunktthema Revolutionen in den arabischen Ländern erscheinen. Man darf gespannt sein.●

Bernd Hüttner

emanzipation. Zeitschrift für sozialistische theorie und praxis; Heft 1. Köln 2011, 112 Seiten, 7 EUR.
Bezug: VsP, Regentenstrasse 57-59, 51063 Köln, www.emanzipation.org

40 Jahre Juso-Linke

Mit diesem vom derzeitigen Vorsitzenden der Jusos herausgegebenen Buch liegen Beiträge zur Geschichte der sog. »Juso-Linken« vor, die sich 1971 als »Hannoveraner Kreis« gründete. Das Buch gliedert sich in drei Teile: Im ersten werden bewusst subjektive Beiträge mehr oder minder prominenter Jusos dokumentiert. Danach folgen eher strategische Beiträge mit aktuellem Bezug, denen sich im dritten Teil drei theoretische Artikel zu Wirtschaftspolitik, Internationalismus und zum Verhältnis von Individualisierung und Solidarität anschließen. Abwesender gemeinsamer Hintergrund ist die bemerkenswerte Tatsache, dass die SPD seit 1998 ein Drittel ihrer Mitglieder und die Hälfte ihrer WählerInnen verloren hat.

Im Hannoveraner Kreis, der sich später dann Juso-Linke nennt, sammeln sich innerhalb der Jusos die AnhängerInnen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Uwe Kremer und Reinhold Rünker steigen detailliert in die programmatischen Debatten und Modifikationen der Strömung vor und nach 1989 ein und führen der/die LeserIn in den Dschungel der Strömungen und geografischen Zuordnungen der Jusos der 1970er und 1980er Jahre. Die Juso-Linke kann sich innerparteilich stabilisieren, etliche Vorsitzende stellen und nennt sich dann ab 1997 »Netzwerk Linkes Zentrum«, was schon im Namen die geänderte Selbstdefinition andeutet. Nebenbei wird dann noch die Bedeutung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus angedeutet. Einer nicht nur von Jusos geteilten Metatheorie, die »dem Staat eine entscheidende Rolle in der aktuellen Ausgestaltung der kapitalistischen Formation zurechnete, und daher auch auf die Besetzung der staatlichen Institutionen durch eine sozialistische Linke mit dem Ziel, den nur noch durch die Stützung des Staates weiter existierenden Kapitalismus in eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform zu überführen, setzte« (Scholle/Schwarz, S. 83). Der Staat sollte die wissenschaftlich-technische Entwicklung moderieren, und die Linke dessen Kommandohöhen erobern.

Das Buch zeigt, dass die Juso-Linke, ebenso wie andere Strömungen der Linken (oder der LINKEN), sich mit den Herausforderungen der Gegenwart schwertut – und dies mühsam und tendenziell nachholend diskutiert: Was ist die technisch/energetische Grundlage der nächsten Basisinnovation, ist ein ökologischer Kapitalismus möglich? Wie wirkt sich die postfordistische Individualisierung auf die Organisationen der arbeitenden Menschen aus? Wie geht eine moderne sozialistische Linke damit um, dass es frei nach Robert Castel heute zwei Arten von Individuen gibt: Zum einen diejenigen »nutzenmaximierenden« Individuen, bereits im Überfluss lebend, die in ihrer übersteigerten Subjektivität meinen auf soziale Regeln verzichten zu können, zum anderen diejenigen »bloßen Individuen«, denen die Voraussetzungen für individuelle Freiheit in Form von sozialem und kulturellem Kapital fehlen. Durch diesen Prozess wird die Linke programmatisch und vermutlich auch personell zerrieben. Die Jusos reagieren darauf mit einer Art Milieutheorie, die davon ausgeht, dass das politische Bewusstsein nicht aus der Klassenlage ableitbar sei und – für einen Jugendverband weit wichtiger – auch Jugend zusehends kein biographischer Abschnitt ist, aus dem zwingend gemeinsame Interessen resultieren.

Gleichzeitig bleibt das Buch seltsam blutleer. Was es persönlich bedeutet, Juso-Linke/r zu sein, wird nicht recht deutlich. Hauptsächlich scheint Papier produziert worden zu sein. Indirekt macht das Buch deutlich, dass das, was heute als das *golden age* des rheinischen Kapitalismus angesehen wird, seinerzeit Gegenstand von Kritik war.●

Bernd Hüttner

Sascha Vogt (Hg.): JusoLinke. 40 Jahre theoretische Orientierung der Jusos – Vom Hannoveraner Kreis zum Netzwerk linkes Zentrum; spw-Verlag, Dortmund 2011, 184 Seiten, 11,90 EUR

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II

Für Hartz IV-Bezieher hat sich 2011 viel verändert. Die in der Fachhochschule Frankfurt am Main erschienene Neuauflage des »Leitfadens zum Arbeitslosengeld II« bringt die Veränderungen auf neuesten Stand.

- In einem zusätzlichen Kapitel wird das von Ministerin von der Leyen hoch gelobte Bildungs- und Teilhabepaket für arme Kinder erläutert.
- Die Anrechnung von Einkommen, insbesondere von Selbstständigen, wird detailliert behandelt.
- Ein Klagemuster ermöglicht die Gegenwehr gegen die unsoziale Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II.
- Anschaulich werden die neu geregelten Sanktionen und die Verschärfungen bei Darlehensvergabe und Aufrechnung diskutiert.
- Die für Hartz IV-Bezieher wichtigen Neuerungen zum Krankenversicherungsrecht (Zusatzbeitrag, Übernahme der Beiträge bei privat Versicherten) werden vorgestellt.

Arbeitslosenprojekt TuWas: Leitfaden zum Arbeitslosengeld II. Der Rechtsratgeber zum SGB II. 8. Auflage, Stand 1.5.2011, 768 Seiten, 2-farbig, 16 EUR zzgl. Portokosten. Der Leitfaden ist zu beziehen über: Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Gebäude 1, 60318 Frankfurt
Tel.: (0 69) 15 33-28 20, Fax: 15 33-28 40, E-Mail: bestellung@fhverlag.de, online: www.fhverlag.de

Le Grand Magasin

Im Rahmen eines Kunstprojekts eröffnete 2008 im Berliner Stadtteil Neukölln ein »Modellkaufhaus für genossenschaftlich produzierte Waren aus Europa«. Dieses kleine, temporäre Kaufhaus, mit dem schönen Namen »Le Grand Magasin« präsentierte Waren, die nicht in erster Linie über ihre Produkteigenschaften definiert waren, sondern über den Kontext, in dem sie hergestellt wurden. Alles dort Angebotene stammte aus genossenschaftlicher Produktion.

Der Künstler Andreas Wegner initiierte das Projekt und widmete sich der Untersuchung kollektiver Produktion und deren Potenzial in Kunst und Ökonomie. Zusammen mit internationalen KünstlerInnen und europäischen Genossenschaften aus Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland, sowie Cooperatives Europe, dem europäischen Dachverband der Produktivgenossenschaften, entstand ein vielfältiges Panorama von Funktionalität und Design. Neben dem Modellkaufhaus wurden Ausstellungen in der Emil-Filla-Galerie der Jan-Evangelista-Purkyn-Universität in Ustí nad Labem (Tschechien), der Trafo Galerie in Budapest und dem Institut für Zeitgenössische Kunst in Dunaújváros (Ungarn) durchgeführt.

Die Produkte – Haushaltsgegenstände, Möbel, Kinderspielzeug, Kosmetika, Bekleidung, Dekorationsmaterial und vieles mehr – wurden nicht in erster Linie zum Verkauf dargeboten, vielmehr wurde mit ihnen gezeigt, dass es neben der herrschenden, auf Ausbeutung basierenden Produktionsweise, noch eine andere, solidarische, auf der Basis von Selbsthilfe gibt, und dass diese nicht nur eine utopische Idee ist, sondern eine Praxis, die schon heute Nützliches und Schönes hervorbringt.

So ist die Dokumentation dieses einmaligen Projekts folgerichtig kein Warenkatalog. Ein recht umfangreicher Bildteil präsentiert Eindrücke von der Ausstellung, weit umfangreicher sind jedoch die Beiträge verschiedener AutorInnen zu Idee und Praxis genossenschaftlicher Produktionsweisen. In dem zweisprachigen Buch (deutsch und englisch) finden sich Texte zum Modellkaufhaus und zu den Ausstellungen, Darstellungen der beteiligten Genossenschaften ebenso wie kunstkritische Reflektionen und theoretische Auseinandersetzungen über Geschichte und aktuelle Situation von Produktivgenossenschaften.●

Elisabeth Voß

Kulturamt Berlin-Neukölln (Hg.): Le Grand Magasin. Künstlerische Untersuchungen zum Genossenschaftsmodell / Artistic Research into the Cooperative Model, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2010, 216 S., 22 EUR

Recht für Selbsthilfegruppen

Der Ratgeber entstand aus der Praxis des Selbsthilfezentrums München. Er behandelt Fragen, die »in der Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen und -organisationen, in Beratungssituationen, in Fortbildungen, bei Verlautbarungen und Seitengesprächen« immer wieder aufgetaucht sind. Er möchte helfen, weit verbreitete rechtliche Unsicherheiten zu beheben, die nicht nur bei Laien, sondern häufig auch unter Fachleuten oder bei Zuschussgebern vorzufinden sind. Es ist die zweite Veröffentlichung der erfahrenen Juristin Renate Mitleger-Lehner; bereits 1995 erschien von ihr – ebenfalls herausgegeben vom Selbsthilfezentrum München – »Recht und Haftung für Selbsthilfegruppen«.

Als Einstieg ins komplexe Thema dient ein kurzer Blick in die Geschichte der Selbsthilfebewegung seit den 1960er Jahren, auch im Kontext der Diskussionen um die Bedeutung Bürgerschaftlichen Engagements. Die Autorin betont, dass es sich bei Selbsthilfegruppen in der Regel nicht um Vereine handelt – weder um eingetragene noch um nicht eingetragene – sondern um ganz eigene Organisationsformen, die formaljuristisch als »Gesellschaft des bürgerlichen Rechts« verstanden werden können, wobei die Übergänge zum nicht rechtsfähigen Verein fließend sein können. Größere Selbsthilfegruppen, die die Form des eingetragenen Vereins gewählt haben, sind ausdrücklich nicht Zielgruppe dieser Veröffentlichung.

Die juristischen Ausführungen umfassen das ganze Spektrum praktischer Fragen, von Regelungen und Verträgen nach innen und außen, Rechten und Pflichten in der Beratung (z.B. beim Aussprechen von Empfehlungen oder zum Komplex der Schweigepflicht), über Rechtsvorschriften, die in der Öffentlichkeitsarbeit beachtet werden sollten (Impressumspflicht, Urheberrechte etc.) bis zu Haftungsfragen und Versicherungen. Das letzte Kapitel behandelt alle Fragen rund um »... das liebe Geld!«, dessen Bewirtschaftung, Steuererklärungen, Spenden und Sponsoring. Manche Hinweise auf Finanzierungsmöglichkeiten beziehen sich auf Bayern, können aber auch für andere Bundesländer als Anregungen verstanden werden.●

Elisabeth Voß

Selbsthilfezentrum München (Hg.), Renate Mitleger-Lehner: Recht für Selbsthilfegruppen, AG SPAK Ratgeber, Neu-Ulm, 2010, 112 Seiten, 16 EUR

Anzeige

Anzeige

#326
iz3w
Schluss mit der Angst – LGBTI gegen Homophobie
Außerdem: ▸ Community-TV in Südafrika ▸ Rote Khmer in Kambodscha ▸ Rassismus in der Anthroprosophie ...
52 Seiten, € 5,30 + Porto
auch als PDF-Download
iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org
iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

PROJEKTE

Südeifel – Landleben im Dorf
Frauengemeinschaft in Gründung hat Platz, Gast oder ganz? Einfach subsistent leben, Garten, Handwerk, Vernetzung, Jahreskreis.
☎ (0 65 22) 10 46

Freie Schule Bremen sucht LernbegleiterIn
Zum August 2012 sucht die Freie Schule Bremen eine/n Primarstufen- oder Sonderschullehrer:In mit 2. Staatsexamen und viel Freude daran, diesen Lebens- und Lernort von Kindern und Erwachsenen mitzugestalten.
Konzept: www.freie-schule-bremen.de
Infos und Kontakt:
Dorothee Torbecke, torbecke@web.de
☎ (04 21) 43 66 94 74

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎ (02 21) 31 57 83

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07306) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07306) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Monate für 55 Euro (statt 92,50 Euro) lesen. Das Abo endet automatisch. (Dieses Abo ist pro Haushalt nur einmal im Jahr bestellbar.)

Frau Herr
Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon/E-Mail
Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin). Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.
Das Abo soll am beginnen
Datum, Unterschrift

Ich bezahle das Abo
per Einzugsermächtigung per Rechnungslegung
Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag einmalig von meinem Konto abzubuchen:
Kontoinhaber
Geldinstitut
Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift

Als Dankeschön für den Abschluß des Aktionsabonnements erhalte ich die Broschüre »BARBAROSSA« – Raubkrieg im Osten« (Verlag 8. Mai GmbH, 80 Seiten A-4-Format, zahlr. Illustrationen)
Ich verzichte auf eine Prämie

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44.
www.jungewelt.de/abo • Aboservice: 0 30/53 63 55-80

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www.ricardabuch.de, E-Mail: mail@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nitu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext. Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten,
- gemeinsame Ökonomie,
- Entscheidungsfindung im Konsens, gemeinsame Verantwortung füreinander,
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 24.-28.10.2011

Wir können auch anders! Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne Chefln und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 9.-11.12.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
kommune-niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2012
Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: solidarische-oekonomie.at

BRD

Impulstag Gemeinwohl: Muss denn alles Ware sein?
Dabei geht es auch um mögliche Organisationsformen für Gemeingüter und welche Ziele und Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hierfür denkbar sind. Thematisiert wird u.a.: Kann die Genossenschaft dazu dienen Gemeingüter zu organisieren und welche Ansätze sind für den Energiesektor denkbar? Inputs von Dr. Burghard Flieger, Experte für neue Genossenschaften, Freiburg, Silke Helfrich, freie Publizistin (Commons Blog und Commons Strategies Group, CSG), Jena sowie Stefan Rost, Mietshäuser Syndikat, Freiburg.
Termin: 7.10.2011, 10-17 Uhr, Karlsruhe
Veranstalter: Evangelische Erwachsenenbildung Karlsruhe, Weltladen Karlsruhe – Aktion Partnerschaft Dritte Welt, Evangelische Luthergemeinde Karlsruhe in Kooperation.
Anmeldung: ☎(07 21) 82 46 73 10

SEMINAR

Einführung in die Gewaltfreie Kommunikation
20.-23.10.2011 im »Mini-Tagungshaus« der Kommune Hof Rossee an der Ostsee.
Infos: www.fewo-rossee.de oder
☎ (0 43 51) 76 73 27

MEDIEN

Community Media Werkstatt
Selbstorganisierte und nichtkommerzielle Alternativ- und Bürgermedien in Norddeutschland stehen im Fokus der »Community Media Werkstatt« vom **11. bis 13. November 2011** in Hamburg. MacherInnen aus Freien Radios, Offenen Kanälen, von Zeitungsprojekten, Blogs etc. sind eingeladen, zusammen zu diskutieren und voneinander zu lernen.
In Norddeutschland gibt es wenig Freiräume für Medien von unten. Warum das so ist und was sich dagegen unternehmen lässt, wird Fokus der Werkstatt sein. Initiativen und interessierte Einzelpersonen sind dazu eingeladen, sich vorzustellen, über die aktuelle Situation und Visionen ins Gespräch zu kommen und in Arbeitsgruppen und Workshops praktische und nachhaltige Ansätze zu erarbeiten. Eingeladen werden auch ReferentInnen aus anderen Bundesländern, die über ihre Erfahrungen berichten.
Zum Auftakt am **Freitag, 11. November** wird es am Abend eine öffentliche Podiumsrunde geben. Am nächsten Tag ist nach Vorträgen und Präsentationen in Arbeitsgruppen Zeit, einzelne Themen intensiver zu diskutieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Am Sonntagvormittag finden Workshops statt.
Programm und alles weitere auf:
alternativmedien.de
Veranstalter: FSK Hamburg, Radio CORAX/CMFE, Rosa Luxemburg Stiftung Schleswig-Holstein und andere.

BUKO

BUKO 34 goes Erfurt
2010 fand in Tübingen der BUKO 33 unter dem Motto »Nach den Sternen greifen« statt, 2011 gab es zwar keinen »klassischen BUKO«, aber den auch tollen »Recht-auf-Stadt-Kongress« in Hamburg, der von der Bundeskoordination Internationalismus mitorganisiert war. 2012 wollen wir nun den Kongress nach Erfurt holen und suchen noch weitere unterstützende Köpfe & Hände.
Die BUKO-Kongresse mit etwa 300-600 Teilnehmenden bestechen durch eine Vielzahl internationaler ReferentInnen, durch ein undogmatisches, entspanntes Publikum und die Möglichkeit, Themen in verschiedenen Panels intensiv zu diskutieren. Ein erstes bundesweites Vorbereitungstreffen hat bereits im September stattgefunden, weitere folgen. Seid herzlich dazu eingeladen!
Die nächsten beiden Treffen sind auch schon fix: am **28.-29.10.** und **2.-3.12.**, jeweils in Erfurt. Meldet euch gerne bei mail@buko.info, wenn ihr euch inhaltlich und/oder organisatorisch in die Kongressvorbereitung einbringen wollt.

EL SALVADOR

In Frankfurt/Main findet vom **28.-30. Oktober** ein Wochenendseminar und Bundestreffen der El Salvador-Solidaritätsgruppen statt. Diesmal mit dem Themenschwerpunkt: »Essen und Trinken in Zeiten des Klimawandels. Agrarpolitik, Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit in El Salvador«. Außerdem wird es im Zeitraum vom **22.10.-4.11.** eine Rundreise mit den beiden Gästen aus El Salvador geben. Eingeladen sind Javier Rivera und María Ana Calles Ramos. Javier Rivera vom »BürgerInnennetzwerk gegen Gentechnik« informiert zu den Themen Agrosprit, Ernährungssouveränität und dem Konzept der Klimagerechtigkeit in El Salvador. María Ana Calles Ramos von der Kleinbauern- und -bäuerinnenorganisation ANTA (Asociación Nacional de Trabajadores Agropecuarios) wird auf der Basis ihrer Erfahrungen in der Organisierungsarbeit erläutern, was Ernährungssouveränität in der konkreten Arbeit einer solchen Organisation bedeutet und welche Rolle die nationale Agrarpolitik spielt.
oeku-buero.de

PHILIPPINEN

Seminar »Menschenrechte in den Philippinen« vom **4.-6.11.** in Hamburg: Das Einstiegsseminar richtet sich an alle, die an einer Ausreise im Juli 2012 als MenschenrechtsbeobachterIn interessiert sind, aber auch an Menschen, die sich allgemein über das Projekt und die Arbeit mit Menschenrechten in den Philippinen informieren möchten. Organisiert wird das Seminar von International Peace Observers Network (IPON).
Mehr Infos:
ipon-philippines.org

JUNGE LINKE

Kapunst!
Kunst zwischen Subversion, Galerie und Supermarktregal
»Sie haben noch keinen Banksy in ihrer Hauptstadtwohnung hängen?« – »Das ist mir auch schrecklich peinlich. Dafür einen Mr. Brainwash.« – »Auch nicht schlecht. Dann sparen Sie sich gleich den Warhol.«
Natürlich ist Kunst politisch, Alter! Radikal? Revolutionär? Jetzt nur für kurze Zeit in der Designerflasche! Ist das noch eine Szene oder schon wieder ein Markt? Scheiße, du kommst da nicht raus. Wovon willst du denn leben, wenn du alles verschenkst?
Soziale Plastik und Kulturindustrie. Politische Kunst und Marktmechanismen. Freie Distribution, Kunst auf der Straße und der Saugrüssel der Kommerzialität. Kunst im Kapitalismus?
!!!!!KAPUNST!!!!!
Termin: 14.-16.10.2011,
Rheinland-Pfalz
Ein Seminar des BAZ Dada
Weitere Infos: dada.jdjl.org

SOZIALES

Allzuständig? Lückenbüßer? Scharnier?
Schnittstellen der Hilfen für Menschen in Wohnungsnot und Armut zu angrenzenden Hilfesystemen
Menschen in Wohnungsnot oder Wohnungslosigkeit waren schon immer mit vielen sozialen Problemen gleichzeitig konfrontiert: Wohnungslosigkeit, drohende Wohnungslosigkeit, Sucht, Arbeitslosigkeit, Krankheit, wirtschaftliche Probleme, soziale Isolation und Diskriminierung – kurzum Armut und soziale Ausgrenzung.
Die Wohnungslosenhilfe konnte die Vielfalt der sozialen Integrationsaufgaben noch nie auf sich allein gestellt lösen, obschon sie nicht selten allein blieb. Sie war und ist auf starke Partner angewiesen: auf Kommunalverwaltungen, Arbeitsagenturen und andere Sozialleistungsträger, auf Suchtkrankenhilfe, Migrationsdienste, Psychiatrie, Krankenhäuser, Jugendhilfe und Straffälligenhilfe, auf Wohnungswirtschaft und Arbeitgeber – um nur die Wichtigsten zu nennen. An den zahlreichen Schnittstellen zu diesen anderen Hilfefeldern und Institutionen muss bestimmt werden, wie Kooperation und Vernetzung geregelt werden soll; die Hilfen für Menschen in Wohnungsnot und Armut müssen ihren Standort zwischen »Lückenbüßerfunktion« und »Allzuständigkeit« immer wieder neu bestimmen:
• Wie weit reicht die Verantwortung und Zuständigkeit der Wohnungslosenhilfe in ihren Arbeitsfeldern?
• Welche Verantwortung und Zuständigkeit haben angrenzende Hilfesysteme und Institutionen im Bereich sozialer Ausgrenzung?
– Wie werden verbindliche und tragfähige Kooperationen entwickelt und durchgehalten?
Das sind die Leitfragen der Bundestagung 2011, die für die Wohnungslosenhilfe als Gesamthilfesystem, aber auch für die Felder Arbeiten, Wohnen, Gesundheit usw. gestellt werden sollen.
Termin: 9.-11.11.2011, Leipzig
Das vollständige Tagungsprogramm mit ausführlichen Darstellungen der Einzelveranstaltungen und dem Anmeldeformular unter: bagw.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

FLÜCHTLINGE

»Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstorganisation von jungen Flüchtlingen durch freiwilliges Engagement fördern«
Ziel der Fachtagung ist es, den TeilnehmerInnen Anregungen für Handlungsansätze zu vermitteln, die erfolgreich freiwilliges Engagement für junge Flüchtlinge und von jungen Flüchtlingen fördern. Wesentliche Stützen des freiwilligen Engagements für junge Flüchtlinge, insbesondere für diejenigen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, sind unterschiedliche Akteure der Zivilgesellschaft, die den Kindern und Jugendlichen in ihrer ausgegrenzten Situation beistehen und sie dabei unterstützen, sich selbst zu engagieren. In Referaten, Gesprächsrunden sowie praxisbezogenen Foren können sich die rd. 80 TeilnehmerInnen über Praxisansätze, Rahmenbedingungen und Anforderungen für ein verstärktes Engagement informieren und austauschen.
Der Teilnahmebeitrag beträgt 80 EUR. Migranten- und Flüchtlingsorganisationen können vom Teilnahmebeitrag befreit werden.
Termin: 25./26.11.2011, Köln
Veranstalter: Stiftung MITARBEIT u.a.
Mehr:
mitarbeit.de/tagungen.html
Kontakt: fwe-fluechtlinge@mitarbeit.de

TAGUNG

Soziale Landwirtschaft – Ziele, Perspektiven und Praxis
Zahlreiche soziale Aufgaben werden von der Landwirtschaft erfüllt. Dies kann sowohl im Rahmen ihrer Multifunktionalität als auch in Form einer Spezialisierung auf die soziale, pädagogische bzw. therapeutische Arbeit mit therapiebedürftigen oder sozial benachteiligten Menschen geschehen. Die Fachtagung möchte über das Spektrum Sozialer Landwirtschaft in Deutschland informieren, zur Diskussion über die damit verbundenen Chancen und Schwierigkeiten anregen und anhand von Best-Practice Beispielen den Erfahrungsaustausch fördern.
Die Teilnehmenden erhalten einen Überblick über das Spektrum an Möglichkeiten des sozialen Engagements auf landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben. Die Vor- und Nachteile einer Integration oder Spezialisierung mit sozialen Leistungen im landwirtschaftlichen Betrieb werden den Teilnehmenden vermittelt und ihnen anhand von Best-Practice Beispielen erfahrbar gemacht.
Termin: 7.11.2011
Evangelische Akademie Hofgeismar,
Gesundbrunnen 11, 34369 Hofgeismar,
☎ (0 56 71) 88 12 00, Fax 88 11 54
E-Mail:
ev.akademie.hofgeimar@ekkw.de

ROSTOCK

Der Verein Soziale Bildung e.V. lädt vom **18.-22.10.** zum zweiten Mal zur A-Woche ins Rostocker Peter-Weiss-Haus ein. Die Veranstaltungswoche ist allgemeinen und aktuellen gesellschaftspolitischen Themen gewidmet.
Das <A> steht dabei sowohl für <A>lternativen genauso wie für <A>narchie, für <A>gieren wie für <A>ntifaschismus, für <A>ufstehen und <A>nfangen.
In einer Welt, in der sich scheinbar die Nachrichten von Krisen überschlagen, wo innenpolitisch immer noch die Geister des Faschismus ihr Unwesen treiben, wo man Umweltprobleme wie Klimawandel und Umweltfolgen des Massenkonsums und der industriellen Landwirtschaft nicht weiter getrennt betrachten kann von sozialen Problemen weltweit, Krieg und Migration, wo soziale Standards aufgelöst werden und ein als »Finanzkrise« verharmloster, unkontrollierbar gewordener Kapitalismus etablierte Sozialsysteme zu erdrücken droht... wird es Zeit, Freiräumen zum gemeinsamen Austausch über Alternativen den notwendigen Platz einzuräumen.
Einen solchen freien Raum soll die A-Woche jedem Menschen bieten, der sich aktiv daran beteiligen will, dieser Welt und uns bessere Perspektiven zu geben, oder um sich über Utopien und real vorhandene Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu informieren.
Es werden Themen wie Hartz IV, bedingungsloses Grundeinkommen, Finanzkrise und Postwachstumsökonomie genauso eine Rolle spielen, wie die Perspektiven der erneuerbaren Energien, das Problem der grünen Gentechnik und der »braunen Saat«. Es wird Lesungen, Vorträge, Seminare, Filme und Workshops geben, zu mentaler Selbststärkung, Gender und Gewaltfreier Kommunikation, wie zu Inhalten über die Rekrutierung der Bundeswehr an Schulen und über Konsumkritik.
Wer sich lieber praktisch betätigen will, kann seinen Energien beim Möbelbau-Workshop, Nähworkshop, Graffitiworkshop, einer 'Critical Mass' oder beim Einsteigerkurs Baumklettern fließen lassen.
Für Kreative wird ein »Open-Space« bereitgestellt und ein Café dient dem gemütlichen Austausch. An den Abenden ist Volksküchenversorgung geplant. Und Samstagabend wird die A-Woche kulturell-musikalisch abgerundet. Fühlt Euch zu diesem kleinen Symposium des Wandels unter dem Motto »Alles verändert sich, wenn Du es veränderst« (Ton, Steine, Scherben) herzlich eingeladen.

FORTBILDUNG

Wordpress:
Websites und Blogs für die politische Arbeit
Online-Angebote einfach pflegen und mit geringem Aufwand aufsetzen: Das Content-Management-System »Wordpress« lässt sich als Blog- oder als Website-System installieren. Das Programm selbst gibt es kostenfrei. Beim Installieren und beim Arbeiten mit Wordpress sind jedoch einige Punkte zu beachten. Vorkenntnisse im Bedienen von Blogs und im Arbeiten mit einem Web-Server (FTP) von Vorteil!
Termin: 15. und 16.10.2011
(jeweils 10.00-16.00 Uhr)

Facebook und Twitter als politische Instrumente
Soziale Netzwerke verbinden Menschen mit gemeinsamen Interessen. Darüber lassen sich politische Aktivitäten gut veröffentlichen und koordinieren. Das Seminar führt in die Möglichkeiten von Facebook und Twitter ein und klärt auch über Datenschutz-Risiken auf.
Termin: 29. und 30.10.2011
(jeweils 10.00-16.00 Uhr)
Veranstalter:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.
Anmeldung: baysem.de

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.